

**Oldenburger Beiträge zur
DDR- und DEFA-Forschung**

Band 4

Die Schriftenreihe soll ein Forum für die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit den politisch-kulturellen Hinterlassenschaften der SED-Diktatur bieten. Dabei werden die Filme der DEFA im Mittelpunkt stehen. Dieses Filmerbe, das mit Gründung der DEFA-Stiftung im Januar 1999 in Berlin den Rang eines „nationalen Kulturerbes“ erhalten hat, stellt für politik- und kultur-wissenschaftliche Forschungen einen außerordentlich bedeutsamen Quellenbestand dar. In der Mediathek der Universitätsbibliothek Oldenburg steht ein umfangreicher Bestand an Spiel- und Dokumentarfilmen der DEFA sowie weiteres Quellenmaterial zur Filmgeschichte der DDR für Lehre und Forschung zur Verfügung.

Worin besteht die Bedeutsamkeit dieses Erbes? Was zeigen die Bilder des Staatsmediums? Bilden sie die ideologischen Fiktionen eines totalitären Herrschaftssystems in seinen unterschiedlichen Erscheinungsweisen ab oder können sie Einblicke gewähren in die Lebenswelt der sozialistischen Gesellschaft? Darin ist die ganze Spannweite möglicher Fragen enthalten. Auf sie Antworten zu geben, wird Anliegen dieser Schriftenreihe sein. Sie steht Wissenschaftlern, Publizisten, Zeitzeugen, Studierenden und allen Interessierten offen.

Die Herausgeber

Oldenburger Beiträge zur DDR- und DEFA-Forschung

Eine Schriftenreihe der Arbeitsstelle
„DEFA-Filme als Quellen zur Politik und Kultur der DDR“
und des Bibliotheks- und Informationssystems
der Universität Oldenburg

Herausgegeben von:
Klaus Finke, Helmut Freiwald,
Gebhard Moldenhauer, Hans-Joachim Wätjen

Klaus Finke / Dirk Lange (Hrsg.)

Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland

**Historisch-politische Bildung
in der Erinnerungskultur**



**Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg
2004**

Verlag / Druck /
Vertrieb:

Bibliotheks- und Informationssystem
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
(BIS) – Verlag –
Postfach 25 41, 26015 Oldenburg
Tel.: 0441/798 2261, Telefax: 0441/798 4040
e-mail: verlag@bis.uni-oldenburg.de

ISBN 3-8142-0952-4

Inhalt

Klaus Finke / Dirk Lange

Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland.
Historisch-politische Bildung in der Erinnerungskultur –
ein Überblick 9

Helmut Freiwald

Eröffnung der Tagung 17

Wolf-Dieter Scholz

Grußwort des Präsidiums 19

Karl Otmar von Aretin

Henning v. Tresckow und der militärische Widerstand
gegen Hitler 23

Karl Wilhelm Fricke

Der Widerstand gegen die SED-Diktatur 47

Armin E. Mruck

Widerstand in der internationalen Erinnerungskultur:
Die F. D. Roosevelt Administration und der deutsche
Anti-Hitler-Widerstand 69

Werner Boldt

Widerstand in der regionalen Erinnerungskultur:
Die Emsland-Lager 81

Dirk Lange

Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus im
historisch-politischen Schulbuch. Erinnerungskultur im Wandel 95

Dorit Bückmann

„Die Weiße Rose“ – Studentischer Widerstand gegen das
NS-Regime 113

Klaus Finke

Widerstand und Erinnerungskultur 141

Dirk Lange

„Widerstand und politische Bildung“.
Interview zur Tagung (gesendet am 9.7. 04 um 16:05 Uhr
auf oeins) 155

Die Autoren

159

Klaus Finke / Dirk Lange

Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland. Historisch-politische Bildung in der Erinnerungskultur – ein Überblick

Im Juli 2004 jährte sich zum sechzigsten Mal das Attentat auf Hitler. Dieses Datum haben die Abteilung „Politikdidaktik und Politische Bildung“ und die Arbeitsstelle „DEFA-Filme als Quellen zur Politik und Kultur der DDR“ am Institut für Politikwissenschaft der Carl-von-Ossietzky Universität zum Anlass genommen, den Widerstand gegen den Nationalsozialismus und gegen die SED-Diktatur öffentlich zu diskutieren, um dadurch die gesellschaftliche Debatte um die Gegenwartsbedeutung des Widerstands gegen Diktaturen wissenschaftlich anzuregen und zu begleiten.

Dies ist am 9. Juli 2004 auf unserer Tagung „Der 20. Juli 1944 in der Erinnerungskultur. Widerstand in Diktaturen in Deutschland“ geschehen. Die Tagung fragte nach den Inhalten und Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus (a), der vergleichenden Perspektive zum Widerstand in der DDR (b) und schließlich nach didaktischen Konsequenzen für die Entwicklung für einer demokratischen Kultur (c).

(a) Zunächst stellte sich die Frage nach dem aktuellen Forschungsstand zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Wie und unter welchen Bedingungen entwickelten sich Formen von Widerstand und Opposition, von Verweigerung und „Resistenz“ (Broszat) gegen das politische Herrschaftssystem. Dies wurde exemplarisch in internationalen und regionalen Bezügen analysiert. Im Blick auf die nationalsozialistische Gesellschaft war dabei das Zusammenspiel und die Ambivalenz von Zustimmung und Verweigerung von besonderem Interesse. Auf der Tagung sollte aber nicht nur die Geschichte des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, sondern auch die Geschichte des Erinnerns an den Nationalsozialismus thematisiert werden.

Dabei sollte der Widerstand im Widerstreit der bundesrepublikanischen Gesellschaft gespiegelt werden.

(b) Die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts ist wesentlich geprägt von der „totalitären Erfahrung“ (Bracher). Sowohl der NS-Staat als auch die DDR weisen bei aller Gegensätzlichkeit ihrer sozialen und ideologischen Positionen und Ziele in ihrer jeweiligen Herrschaftspraxis, in den Methoden und Techniken der Kontrolle, der ideologischen Steuerung, Erziehung und Mobilisierung der Menschen unverkennbare Ähnlichkeiten auf. Das Menschheitsverbrechen der nationalsozialistischen Herrschaft, die Ermordung der europäischen Juden, bleibt dabei singulär. Konstitutiv für beide Formen totalitärer Herrschaft ist die rigorose Ausschaltung jeder faktischen oder potentiellen Opposition; die Entrechtung und Unterdrückung der eigenen Bevölkerung gehört zur Grundlage der Machtausübung beider Diktaturen und bildet zugleich den Ausgangspunkt ihrer jeweiligen Pläne zur gewaltsamen Schaffung einer homogenisierten „Volksgemeinschaft“ bzw. einer „Neuen Gesellschaft“. Angesichts des Umstands, dass sich beide Diktaturen mit zunehmender Dauer auch auf Loyalitätsgewinne und Zustimmung stützen konnten, sollte auch die Frage erörtert werden, welche Trägerschichten des Widerstands erkennbar sind und welches politische Potential und welche Programmatik sich in ihm artikulierten.

(c) Die historisch-politische Analyse der vielfältigen Widerstandsbewegungen gegen das NS- bzw. SED-Regime – von der „Weißen Rose“ bis zum Attentat vom 20. Juli 1944 bzw. vom Volksaufstand vom 17. Juni 1953 bis zur Bürgerrechtsbewegung in den 1980er Jahren – mündete in die Frage nach der Deutung und Bedeutung dieser Strömungen für die heutige demokratische Gesellschaft und ihre Stellung in der Erinnerungskultur des vereinten Deutschlands. Welche Sinnbezüge kann die Beschäftigung mit dem Widerstand gegen Diktaturen für die Entwicklung der historisch-politischen Kultur Deutschlands eröffnen? Welche politischen Legitimationen lassen sich ableiten und welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die politische Bildung?

Einen zweiten wichtigen Aspekt der Auseinandersetzung mit dem Gegenstand haben wir durch eine Ausstellung in der Bibliothek der Universität thematisiert: durch die vom 21. Juni bis zum 9. Juli 2004 präsentierte Ausstellung: „Die Weiße Rose – Studenten gegen Hitler. München 1942/43“, eine von der Münchener ›Weiße Rose-Stiftung‹ eingerichtete Wanderausstellung. Zu einem besonderen Ereignis wurde dabei die Eröffnung der Aus-

stellung durch die Anwesenheit des Zeitzeugen Franz-Josef Müller aus München, der in seiner Jugend an den Aktionen der „Weißen Rose“ beteiligt war und in Oldenburg vor einer großen Zahl von Zuhörern eindringlich und bewegend von seinen Handlungen und Erlebnissen erzählte.

Ohne die Unterstützung des Instituts für Politikwissenschaft, des Präsidiums der Universität, der mitveranstaltenden Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung und der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW – Sektion Politische Bildung), sowie die Förderung der Oldenburger Universitätsgesellschaft, des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Kreis Oldenburg-Wilhelmshaven, der Claus Hüppe-Stiftung Oldenburg und der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung (DVPB – Landesverband Niedersachsen) hätten wir die Tagung nicht ausrichten können. Unser Dank gilt daher den Genannten.

Für die Möglichkeit, die Wanderausstellung „Die Weiße Rose“ in der Universitätsbibliothek präsentieren zu können, sind wir dem Direktor der Bibliothek, dem ASTA der Universität und dem Kulturbüro der Stadt Oldenburg für ihre Unterstützung und Förderung zu besonderem Dank verpflichtet.

Der vorliegende Band präsentiert die Beiträge der Tagung vom 9. Juli 2004; die Beiträge sind in überarbeiteter Fassung in den Druck gegangen. Ergänzt wird der Band durch einige zusätzlich aufgenommenen Beiträge. In einem studentischen Beitrag – es handelt sich dabei um die erweiterte Fassung eines in unserer Lehrveranstaltung gehaltenen Referats – geben wir einen Einblick in die Widerstandsaktionen der „Weißen Rose“. Dann folgt ein Diskussionsbeitrag von Klaus Finke, der offene Fragen des Problembereichs „Widerstand und Erinnerung“ behandelt. Der Band wird abgeschlossen mit einem Interview von Dirk Lange mit dem Regionalsender O1.

Auf unserer Tagung „Der 20. Juli 1944 in der deutschen Erinnerungskultur. Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland“ wurden die vielfältigen Probleme des Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime und seine Bedeutung für die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik in vergleichender Perspektive thematisiert. Der komparative Ansatz behebe, wie Karl Wilhelm Fricke (Köln) in seinem Vortrag hervorhob, ein lange dominierendes „Defizit“ der Forschung, das „Widerstand als Synonym für politische Gegnerschaft in der Zeit 1933-1945“ verstand. Mit der Einbeziehung des Widerstands nach 1945 in der SBZ/DDR könne ein zentrales Postulat der demo-

kratischen Erinnerungskultur, die nichtselektive Erinnerung an den „antitotalitären Widerstand“ in Deutschland erfüllt werden. Eine demokratische „Geschichtspolitik“ müsse auf „historischer Rationalität“ beruhen; „heroisierende Legendbildung“ oder gar „ein Widerstandsmythos“ sei, wie Fricke nicht nur mit Blick auf den Widerstand in der DDR betonte, „nicht gefragt.“

Der Eröffnungsvortrag von Prof. Karl Otmar von Aretin (München) behandelte die Problemlagen des vornehmlich vom Adel getragenen Widerstands exemplarisch an „Henning von Tresckow und der militärische Widerstand gegen Hitler“. v. Aretin stellte deutlich auf den frühen Beginn des partiellen militärischen Widerstands ab; bei Tresckow sei bereits nach den Morden vom 30. Juni 1934 ein deutlicher Wandel der positiven Sicht auf Hitler eingetreten. Dies gelte aber nicht für die Wehrmacht überhaupt, denn sie habe, per „Teufelspakt“ mit dem Regime verbunden, in der Zeit der forcierten Aufrüstung „keine Zeit gehabt, über den Charakter der NS-Diktatur nachzudenken.“

Das von v. Aretin skizzierte Bild von H. v. Tresckow zeigt eine heroisch-tragische Gestalt; sie vollzieht mit konsequenter Haltung eine Handlung, die Tresckow selbst mit den berühmten Worten beschrieben hat: „Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte.“ Dies ist eine treffende Charakterisierung der Verschwörergruppe – auch Stauffenbergs, auf den im „Herbst 1943 die Führung im militärischen Widerstand übergeht“ und dessen Kulminationspunkt mit dem Versuch zur Beseitigung des Tyrannen erreicht wird.

Karl Wilhelm Fricke (Köln) entwickelte in seinen Vortrag „Der Widerstand gegen die SED-Diktatur“ eine historische Phänomenologie des Widerstands, dem sich die SED-Herrschaft vom Anfang bis zum Ende ausgesetzt sah und der als Artikulation von Dissens in Permanenz eine fortschreitende Delegitimierung der usurpierten Macht der SED nach sich zog.

Fricke zeigte am von ihm auf die eigene Arbeit applizierten Begriff der „Resistenz“, den Martin Broszat geprägt hat für bestimmte Formen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus, die befruchtende Wirkung einer vergleichenden Widerstandsforschung. Seinen weiten Widerstandsbegriff differenzierte er in Opposition als „relativ offene, relativ legale“ und Widerstand als „von vornherein illegale“ politische Gegnerschaft. Fricke legte Wert darauf, dass beide Formen „konkrete Namen und Gesichter tragen“ und in ihrer Nennung liege ein Akt historischer Gerechtigkeit. Genau dies machte einen großen Teil seines Vortrags aus, in dem Fricke ein beeindruckendes Panorama des ungeheuer breiten und vielfältigen, schon früh einsetzenden

Widerstands entrollte, dessen Trägerschichten aus allen Teilen der Bevölkerung und aus unterschiedlichsten politischen Optionen entstammten. Handlungsleitendes Motiv sei vielfach die „strukturelle Analogie beider Diktaturen“ gewesen.

Seine „Kernthese“, dass „Widerstand und Opposition in der SBZ/DDR in inneren Ursachen“, im „Gegensatz von Herrschaft und Gesellschaft“ begründet sei verband er mit dem Hinweis auf den „Sinn“ des Widerstands, der neben seiner historischen Legitimität auch darin liege, der „Willkür und Repression“ entgegengetreten zu sein, die ohne ihn noch „zügelloser, drückender und brutaler“ gewesen wären. Zu den wichtigsten Aufgaben gehöre heute für eine verantwortungsvolle Geschichtspolitik die „wissenschaftliche Erforschung von Widerstand und Opposition gegen die Diktatur der SED“.

Als aufschlußreiches Mittel gegen Selbstüberhöhungen des deutschen Widerstands erwies sich ein Perspektivenwechsel, den Prof. Dr. Armin Mruck (Towson/USA) in seinem Vortrag „Die Roosevelt-Administration und der deutsche Anti-Hitler-Widerstand“ vornahm. Mruck wies zunächst darauf hin, dass die Kultur des Erinnerens eine besondere Bedeutung für die amerikanische Selbstvergewisserung besitzt. Seit den 1950er Jahren wurde in diesem Zusammenhang auch der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus wahrgenommen. In der aktuellen Erinnerungskultur finde er allerdings kaum noch Beachtung.

Armin Mruck vertrat die These, dass deutsche Widerständler schon seit 1937 ihre anglo-amerikanischen Kontakte intensivierten, um über die Zustände in Hitlerdeutschland und die Aktivitäten des Widerstandes zu informieren. Vor allem an den Bemühungen der ›Reisediplomatie‹ von Adam Trott zu Solz in den USA und in England konnte er die distanzierte Nüchternheit und Reserve der angloamerikanischen Seite zu den Widerstandsbemühungen zeigen. Die Reaktionen in den USA blieben skeptisch, da die Botschafter des Widerstandes (neben Trott zu Solz auch Goerdeler und Bonhoefer) im Auftrag der deutschen Regierung reisten. Die Aktivitäten des deutschen Widerstandes stießen auf Interesse, aber man wollte ihn weder unterstützen noch sich sonst irgendwie einmischen.

Mruck machte mehrere Gründe für die ausbleibende Unterstützung der USA verantwortlich. Zunächst misstrauten sie den Aussagen und der Ernsthaftigkeit der Offiziere. Außerdem bestanden Bedenken für die Zeit eines geglückten Putsches. Man sah die Gefahr eines Bürgerkrieges in Deutschland, der den USA keinen direkten Gewinn versprochen hätte und von dem wahr-

scheinlich in erster Linie die Sowjetunion profitiert hätte. Schließlich wurden die Widerständler ignoriert, da man sie nicht als potentielle Verhandlungspartner für die Nachkriegszeit aufbauen wollte.

Prof. Dr. Werner Boldt (Oldenburg/Erlangen) legte in seinem Vortrag „Widerstand in der regionalen Erinnerungskultur“ die spezifischen Anforderungen an Gedenkstättenarbeit dar, denn „Gedenken ist ›Trauerarbeit‹, die eine eigene Didaktik erfordert.“ Zu seiner „bitteren Erfahrung“ gehöre, dass die „politische Distanz“ der damaligen Bevölkerung zu den Widerstandsmotiven der Inhaftierten erst durch „das Heranwachsen einer unbelasteten Generation“ überwunden und die Gedenkstättenarbeit zum „anerkannten Bestandteil der Erinnerungskultur“ werden konnte.

Boldt stellte zunächst die Geschichte der Emslandlager dar. Als Instanz der regionalen Erinnerungskultur hat sich inzwischen eine Gedenkstätte und das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Papenburg entwickelt. Die Initiative zu Einrichtung dieser Gedenkorte ist aus einem Aktionskomitee in den 1970er Jahre hervorgegangen. Bis dahin war die Erinnerung mehr oder weniger „verschüttet“. Im Zentrum der Erinnerungsarbeit stand die Kontaktaufnahme und -pflege mit ehemaligen Häftlingen der Emslandlager. In dieser personalisierten Formen des Gedenkens sieht Boldt einen wesentlichen Unterschied zur wissenschaftlichen Erinnerungskultur.

Der Darstellung des Widerstands im historisch-politischen Schulbuch wandte sich Prof. Dr. Dirk Lange zu. Er zeigt auf, wie sich die Kultur des Erinnerens in den letzten 50 Jahren gewandelt hat.

Im westdeutschen Schulbuch der 1960er Jahre sei die NS-Gesellschaft als „monolithischer Block“ vorgestellt worden, wodurch Widerstand nur für wenige „heldenhafte Personen“ einer meist männlichen elitären Schicht denkbar gewesen sei. Die Darstellung der Attentäter des 20. Juli 1944 neigte zu Heroisierungen.

In den 1980er Jahre hingegen sei der Einfluss des sozialgeschichtlichen Forschungsparadigmas erkennbar. Nicht mehr einzelne herausgehobene Akteure, sondern die gesellschaftlichen Gruppierungen, Institutionen, Weltanschauungen und Ideen, die den Widerstand getragen haben, bestimmten die Darstellung des Widerstandes im Schulbuch.

Die neuere Schulbuchgeneration habe den intentionalen Widerstandsbegriff endgültig durch ein funktionales Verständnis von Widerstand abgelöst. Zudem würden Überschneidungslinien von Anpassung und Widerstehen

thematisiert. Diese Tendenz solle auch in der zukünftigen Schulbuchentwicklung leiten. Es sei wichtig, die widerständigen Handlungen in ihrer Widersprüchlichkeit darzustellen, denn in der Regel seien punktuelle Unstimmigkeiten mit dem NS-Staat von vielfältigen Übereinstimmungen überlagert gewesen. So sollten die Ambivalenzen und Uneindeutigkeiten im Handeln widerständiger Menschen zum Lerngegenstand erhoben werden.

Insgesamt hat die Veranstaltung deutlich gemacht, dass der Widerstand gegen den Nationalsozialismus auch zukünftig ein herausragendes Thema der Politischen Bildung sein wird. Das Attentat vom 20. Juli 1944 steht im Kontext einer deutschen Demokratiegeschichte und verweist – gemeinsam mit anderen Aktivitäten des Widerstands – auf demokratische Wurzeln der Gegenwartsgesellschaft.

Helmut Freiwald

Eröffnung der Tagung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

1954, am 10. Jahrestag des Staatsstreichversuchs vom 20. Juli 1944, beginnt der frühere Königsberger Ordinarius, Professor in Tübingen, Hans Rothfels, Verfasser eines schon 1948 in den USA berühmt gewordenen Werkes über die deutsche Opposition gegen Hitler, seinen Vortrag in Berlin, indem er innehält. Er ruft seine Zuhörer in die Gegenwart des geteilten Deutschlands. Rothfels wird reden über das „Politische Vermächtnis des deutschen Widerstandes“. Aber unerwartet beginnt er mit diesen Sätzen: „Es mag naheliegen, die geschichtliche Besinnung, um die es uns in diesen Tagen geht, anzuknüpfen an einen Anlaß ernstesten Gedenkens, der nur wenige Wochen zurückliegt: Der 17. Juni und der 20. Juli sind eigentümlich zugeordnete Daten. Beide Male hat es sich um die Auflehnung gegen die angemaßte Gewalt gehandelt, was immer ihre legalistischen Verkleidungen oder fiktiven Legitimierungen gewesen sein mögen oder sind ...“

Hans Rothfels, der die unterschiedlichen Bedingungen beider Ereignisse deutlich beschreibt, verstand seine Betrachtungen keineswegs als eine „rückwärtsgewandte Pietätspflicht“, sondern als „dem Heute und Morgen“ geltend. Die „eigentümlich zugeordneten Daten“, wie er sie nennt, lagen nur neun Jahre auseinander, und die Zeitgenossen des Tübinger Professors 1954 in Deutschland waren die Miterlebenden dieser beiden Daten. Was der Historiker Rothfels, hier ganz Mensch in seiner Gegenwart, unternahm, war angesichts der einschneidenden Erfahrungen mit zwei deutschen Diktaturen nichts weniger als der frühe Versuch, durch gründliche Besinnung zu einer freiheitlichen Erinnerungskultur der Deutschen beizutragen.

Doch wo befinden wir uns, wenn wir heute das Vermächtnis der deutschen Widerstandes erörtern wollen und dabei die deutsche Erinnerungskultur in

den Blick nehmen? In die Jahrzehnte seither sind eingeschlossen der Herbst 1989 und der 3. Oktober 1990, sind: wiederum eine freiheitliche Auflehnung gegen die angemäÙte Gewalt der herrschenden Partei in der DDR, die jedoch geschichtsmächtig in den formellen Akt der deutschen Wiedervereinigung münden konnte.

In unseren Erörterungen werden wir demgegenüber Mühsal, Gefahren und menschliche Opfer des scheinbar vergeblichen Widerstandes gegen die Gewaltherrschaft beider deutscher Diktaturen beachten; das auch vorbeugend gegen das Vergessen. Soweit wir dabei verantwortliches Agieren in der freiheitlichen und demokratischen Ordnung unseres Landes in didaktischer Absicht unterstützen wollen, dürfen unser Bemühen so verstehen – wie Hans Rothfels, das es mehr sei als eine rückswärtsgewandte Pietätspflicht.

Die beiden Arbeitsstellen des Instituts für Politikwissenschaft unserer Universität, die den heutigen Tag gemäß dem erwähnten Zweck ausrichten, danken allen, die sie bei diesem Vorhaben unterstützen: zuallererst ihrem Institut, sodann dem Präsidium der Universität, der mitveranstaltenden Niedersächsischen Landeszentrale für politische Bildung, der Oldenburger Universitätsgesellschaft, dem Deutschen Gewerkschaftsbund im Kreis Oldenburg-Wilhelmshaven, der Claus-Hüppe-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung in Oldenburg und der Deutschen Vereinigung für Polische Bildung in Niedersachsen.

Für die gleichzeitig in der Universitätsbibliothek gezeigte Wanderausstellung „Die WeiÙe Rose“ danken wir dem Direktor der Bibliothek sowie dem Kulturbüro der Stadt Oldenburg und dem Allgemeinen Studentenausschuss unserer Universität für ihre Förderung. Ein besonderer Dank für die Verbreitung unserer Werbung gilt dem Standortältesten der Bundeswehr in Oldenburg.

Meine Damen und Herren, leider wird unser erster Referent, Prof. Dr. Karl Otmar Freiherr von Aretin, aus gesundheitlichen Gründen nicht kommen können. Die Veranstalter bedauern das sehr. Der Text seines Vortrages wird verlesen werden. Zunächst hat jedoch Prof. Dr. Wolf-Dieter Scholz, Vizepräsident unserer Universität, das Wort!

Wolf-Dieter Scholz

Grußwort des Präsidiums

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

verehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kollegen und Kolleginnen, es ist mir eine große Freude, Sie alle zu dieser Veranstaltung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg begrüßen zu dürfen. Ich darf Ihnen gleichzeitig die Grüße des gesamten Präsidiums unserer Universität und den Dank an die Initiatoren und Organisatoren dieser Veranstaltung überbringen.

Für diese wissenschaftliche Tagung, in der der Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland – im Schwerpunkt der Widerstand gegen die barbarische Diktatur des NS-Regimes – thematisiert wird, bietet sich unsere Carl von Ossietzky Universität Oldenburg in besonderer Weise an.

Sie trägt den Namen eines Mannes, der schon vor der großen Katastrophe, dem durch Deutschland geplanten und durchgeführten Völkermord an den Juden und Sinti und Roma und dem fürchterlichen Krieg, der die Lebensverhältnisse in Europa grundlegend verändert hat, Widerstand gelebt und dafür einen hohen Preis bezahlt hat.

Sie nehmen den 60. Jahrestag des 20. Juli 1944 zum berechtigten Anlass, exemplarisch aus historischer und politischer Perspektive den Widerstand gegen deutsche Diktaturen zu analysieren und die Erinnerungskultur daran zu reflektieren. Carl von Ossietzky hat uns gezeigt, dass lebensbedrohlicher Widerstand gegen die NS-Diktatur schon weit vor 1944 eingesetzt hat.

In einer Zeit, in der der Nationalsozialismus sich noch auf bürgerliche Gruppen stützen konnte, die erst sehr viel später im Angesichts der schweren Zerstörungen von Kulturen und Kulturgütern, von Menschen und sittlichen Grundlagen des zivilisierten Lebens in Europa die Notwendigkeit des couragierten Widerstands erkannt und diesen dann auch unter Einsatz ihres

Lebens geleistet haben. Ihnen allen gilt mein tiefer Respekt und, als Nachgeborener, auch mein Dank.

Das gilt für den sozialdemokratischen Arbeiter ebenso, wie für den adligen Militär! Ich sage das deshalb, weil die Entwicklung der Erinnerungskultur nach 1945 in der Bundesrepublik auch selektive Tendenzen gehabt hat. Die tragenden bürgerlichen Gruppierungen im Nachkriegsdeutschland sind nicht frei geblieben von der Versuchung, mit dem Herausheben eines bestimmten Widerstandes, sich selbst gleichsam ex post von Schuld und Verantwortung zu exkulpieren. Ihnen, die Sie sich wissenschaftlich damit auseinandersetzen, brauche ich nicht ausdrücklich zu sagen, dass auch hier nur der klare und unromantische Blick durch beide Augen zu einer angemessenen Würdigung des deutschen Widerstands gegen deutsche Diktaturen führt. Dabei muss selbstverständlich eine Überhöhung und Verklärung der Menschen ebenso vermieden werden, wie eine moralisch erhobene Be/Verurteilung derer, die nicht diese Kraft und Stärke zum großen oder kleinen Widerstand aufgebracht haben – ich rede hier nicht von denen, sich in dieser Zeit großer Verbrechen schuldig gemacht haben!

Alle Menschen, in ihren Stärken und Schwächen, in ihrer relativen Großartigkeit und relativen Erbärmlichkeit müssen jeweils im Kontext der real existierenden gesellschaftlich-kulturell-ökonomisch-politischen Verhältnisse gesehen und beurteilt werden. Es gab selten – wenn überhaupt – die reine Lichtgestalt. Dazu eignet sich der reale Mensch auch kaum. Widerstandskämpfer dürfen nicht nachträglich zu Projektionen eigener Wünsche oder Versäumnisse werden, wenn wir von ihnen für unsere eigene Gegenwart und Zukunft lernen wollen.

Günther Gauss hat einmal ironisch von der Gnade der späten Geburt gesprochen. Helmut Kohl hat die Ironie nicht erkannt und diese „Gnade“ darauf bezogen, dass die Nachgeborenen nicht in der Kontinuität der historischen Verantwortung stehen. Ich halte den Gedanken der „Gnade der späten Geburt“ gleichwohl für geeignet, um zu verdeutlichen, dass wir, die wir nach 1945 bzw. nach 1949 in der BRD aufwachsen und die Entwicklung Deutschlands zu einer rechtsstaatlichen Realität erleben bzw. daran mitwirken dürfen, uns nicht selbst prüfen oder später von anderen prüfen lassen mussten, ob wir widerstandsfähig und widerstandsbereit gewesen wären, wenn erneut die Diktatur gedroht hätte. Lassen Sie mich dazu einen lebensklugen Aphorismus von Stanislaw Jerzy Lec aus seinen „Unfrisierten Gedanken“ vorlesen:

Nachtrag

Jemand
aus dem Westen
erzählte mir
vom schreienden Unrecht
in seinem Lande.
Wir sprachen
von diesem bedrückenden Zustand
bis in die Nacht.
Als er gegangen war
raunte mir ein Teufel zu:
Wenn aber das Unrecht
noch schreien darf,
dann ist es doch gar nicht so schlimm,
oder?

In diesem Sinne empfinde ich tiefe Dankbarkeit denen gegenüber, die mit ihrem Beispiel gezeigt haben, dass der mündige und ethisch handelnde Mensch mehr ist als ein bloßer Befehlsempfänger oder ein entfesselter Kleinbürger. Sie haben die Fundamente mit errichtet, auf denen unsere rechtsstaatlich-demokratische Gesellschaft gebaut ist. Das macht sie in einem symbolischen Sinne unsterblich. Auch dass sollten wir bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Erinnerungskultur bedenken.

Karl Otmar von Aretin

Henning v. Tresckow und der militärische Widerstand gegen Hitler

Henning von Tresckow war ein Offizier, in dessen Leben Traditionen eine prägende Rolle spielten, ohne dass diese sein Handeln allein bestimmt hätten.¹ Er war sich der großen Vergangenheit der königlich-preußischen Armee bewusst. Einen letzten Abglanz hatte er erlebt, als er Anfang Dezember 1918 als siebzehnjähriger Leutnant die Rückkehr seines Regiments, des 2. Garderegiments zu Fuß, in die Garnisonstadt Potsdam mitmachte. Ein letztes Mal hatte der Kommandeur Prinz Eitel Friedrich von Preußen die Parade seines aus dem Feld heimgekehrten Regiments abgenommen. Wenige Tage später griff die Revolution in Tresckows Leben ein: vor der Bedrohung durch den Spartakusaufstand bildete die Regierung das Regiment Potsdam, in das der junge Henning von Tresckow als Leutnant übernommen wurde. 1920, als nach dem Abschluss des Versailler Vertrages das Hunderttausend-Mann-Heer der Reichswehr gebildet wurde, trat er in das Infanterieregiment 9 ein, das die Tradition der Potsdamer Garderegimenter weiterführte.

Tresckow war nicht der Mensch, der in dem anfangs sehr engen Garnisonsdienst eine Befriedigung finden konnte. Am 31. Oktober 1920 nahm er seinen Abschied, studierte in Kiel und trat schließlich in ein Bankgeschäft ein. In dieser Zeit hatte sich das weitere Schicksal der Reichswehr entschieden. Der erste Chef der Heeresleitung, General Seeckt, hatte sie als eine Kaderarmee aufgebaut, aus der später eine starke Armee hervorgehen konnte. Die

1 Zur Biographie Henning v. Tresckows vgl. Bodo Scheurig, H. v. Tresckow. Eine Biographie, 1972. Die neuste Auflage von 2004 berücksichtigt die seither erschienen Literatur nicht und ist ein Nachdruck. Zu den Ereignissen des Widerstandes vgl. Joachim Fest, Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli 1944.

Vorbereitungen für eine spätere Aufrüstung waren 1927/28 abgeschlossen. Politisch hatte dieses Heer einen starken Einfluss, der sich insbesondere in der Krise der Weimarer Republik 1930-33 auswirkte.² Das Heer wurde dabei stärker in politische Entscheidungen hereingezogen, als es vielen Generälen lieb war. Die Pläne, die Weimarer Republik in eine Präsidialdemokratie umzuwandeln, in dem die Rechte des Parlamentes zu Gunsten der Präsidenten beschränkt waren, wurde von politischen Generalen wie Kurt von Schleicher vorangetrieben. Er hatte eine Reihe von prinzipiellen Gegnern der parlamentarischen Demokratie, darunter den späteren Chef der Heeresleitung, den Freiherrn von Fritsch, aus dem Reichswehrministerium entfernt. Schleicher begünstigte, ohne es zu wollen, 1932 den Aufstieg der Nationalsozialisten durch schwere politischer Fehler. Die Gegner der Weimarer Republik, KPD und NSDAP, besaßen seit November 1932 mehr als 50 % der Reichstagsmandate. Eine Kabinettsbildung ohne die Beteiligung von einer dieser Parteien war nicht möglich. Im Januar 1933 gab es zu einem Kabinett Hitler nur noch die Alternative einer Militärdiktatur. Davor schreckte der Reichspräsident von Hindenburg zurück und ernannte Hitler zum Reichskanzler. Diese Ernennung war das Ende der politischen Generale. Mit General Werner v. Blomberg wurde ein überzeugter Nationalsozialist Reichskriegsminister.

1926 war Tresckow wieder als Leutnant in das Infanterieregiment 9 in Potsdam eingetreten. Zuvor hatte er Erika v. Falkenhayn, die Tochter des Generalstabschefs des 1. Weltkrieges, geheiratet. Bei der Ausarbeitung der Befehle für den Staatsstreich am 20. Juli 1944 sollte sie eine wichtige Rolle spielen. Tresckow war damit in den Kreis der Offiziere des Hunderttausend-Mann-Heeres zurückgekehrt. Die Offiziere kannten sich, waren nach einheitlichen Kriterien ausgesucht und bildeten eine verschworene Gemeinschaft. Diese Vertrautheit wurde für die spätere Zeit außerordentlich wichtig. Auch ohne ihm persönlich begegnet zu sein, wusste man in der Reichwehr, dass Henning von Tresckow ein überaus fähiger Offizier war. Dies erklärt die sonst nur schwer zu verstehende Tatsache, dass Tresckow vielen Kameraden seine Ablehnung des Nationalsozialismus offenbaren konnte, ohne verraten zu werden.

In der Isolation, in der die Reichswehr als ein Staat im Staate lebte, erschien die 1929/30 ausbrechende Wirtschaftskrise auch für Tresckow die Quittung für eine kurzsichtige Politik, die im nationalen Sinn als würdelos empfunden

2 Zu dieser Entwicklung vgl. Thilo Vogelsang, Reichswehr, Staat und NSDAP. Beiträge zur deutschen Geschichte 1930-1932, 1962, S. 63 ff.

wurde. So näherte sich auch Tresckow dem Denken der Nationalsozialisten. 1929, als der kometenhafte Aufstieg der Nationalsozialisten nur von Wenigen vorausgesagt wurde, sprach er sich für die Nationalsozialisten aus. 1930 versuchte er, das Offiziercorps seines Regimentes nationalsozialistisch zu beeinflussen.

Als im November 1932 gewählt wurde, schrieb er einer Bekannten: „Wir wählen A.H.“³ Hitlers Machtergreifung begrüßte er als Erlösung aus einem unerträglichen Dilemma. Am Tag von Potsdam, dem 21. Mai 1933, parodierte Tresckows Bataillon an Hindenburg und den Vertretern des alten Preußen ebenso wie an Hitler, Göring und den nationalsozialistischen Führern vorbei. Es schien ihm einer der glücklichsten Tage seines Lebens zu sein. Die Offiziere der Reichswehr waren von der vor ihnen stehenden Aufgabe, aus dem Hunderttausend-Mann-Heer eine schlagkräftige Armee zu schaffen, fasziniert. Reichskriegsminister v. Blomberg und der Chef der Heeresleitung General von Fritsch schufen die organisatorischen Voraussetzungen. Im Gegensatz zu General v. Schleicher hielten sie an dem Grundsatz fest, dass die Armee sich nicht in die Politik einzumischen habe. Was sie unter dieser Maxime bereit waren, hinzunehmen, zeigte sich im Sommer 1934. Am 30. Juni wurde mit Wissen und Unterstützung des Heeres von Hitler die Mordaktion gegen hohe SA-Führer durchgeführt, der auch viele Gegner des Regimes, darunter die Generäle v. Schleicher und Bredow, zum Opfer fielen. Es war Blomberg, der das Gesetz einbrachte, mit der die Morde für rechtens erklärt wurden. Am 20. Juli 1934 wurde mit der Leibstandarte Adolf Hitler die Waffen SS gegründet.

Fünf Tage später fiel der österreichische Bundeskanzler einem Putsch österreichischer Nationalsozialisten zum Opfer. Das hinderte die Reichswehrführung nicht, die Reichswehr engstens an die Machthaber zu binden. Beim Tod des Reichspräsidenten von Hindenburg am 2. August 1934 ließ Blomberg als Reichskriegsminister in einer Art Staatsstreich die Reichswehr auf Hitler persönlich vereidigen.⁴ Die Eidesformel, die bis 1945 neunzehn Millionen Deutsche nachsprachen, wurde im Reichswehrministerium als ein Überraschungscoup ausgehandelt. Sie verpflichtete die Soldaten zu unbedingtem

3 Karte Nachlaß Tresckow.

4 Zu den skandalösen Umständen des Fahneneides vgl. K. O. v. Aretin, Der Fahneneid. Eine Studie zum moralischen Verfall des Offizierskorps der Reichswehr, in: Nation, Staat und Demokratie in Deutschland, ausgewählte zur Zeitgeschichte, hrsg. v. Andreas Kunz u. Martin Vogt, 1993, S. 175-194.

Gehorsam auf Hitler persönlich. Der Text stammte von dem späteren Generalfeldmarschall v. Reichenau. Als ihn der ebenfalls im Reichswehramt tätige Major Förtsch darauf hinwies, dass die Anrufung von Gott nicht mehr dem Geist des Nationalsozialismus entspräche, wies Reichenau den Einwand mit der Begründung zurück, dass die Generale den Eid ohne Gott nicht schwören würden. Hitler unterwarf das Gesetz, mit dem nach dem Tode Hindenburgs die Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers vereinigt wurden, einem Volksentscheid am 19. August. Da die Reichswehr auf Befehl Blombergs bereits am 2. August vereidigt wurde, war die Truppe 17 Tage auf einen Mann vereidigt, der staatsrechtlich noch gar nicht das Staatsoberhaupt war.

Die Wehrmacht war noch in einer Phase des Aufbaues einen Teufelspakt eingegangen. Die Schaffung einer schlagkräftigen Armee schien den hohen Offizieren im Kriegsministerium ein so hohes Ziel, dass daneben moralische Bedenken über einige Morde kein Gewicht besaßen. Der Prozeß der Ernüchterung setzte bei H. v. Tresckow mit der Mordaktion vom 30. Juni 1934 ein. Wenige Wochen vorher hatte ihn sein Bruder Gerd vergeblich vor den undurchsichtigen Machenschaften der neuen Machthaber gewarnt.⁵ Zunächst hatte Tresckow an die Version eines SA-Putsches geglaubt. Die Wahrheit über die Mordaktionen erregte Entsetzen bei ihm. Die Nachricht von der Ermordung der Generale von Schleicher und von Bredow und die Gelassenheit, mit der die Armee diese Tatsache hinnahm, erschütterten ihn zutiefst.

Ein Reichskanzler, der per Gesetz die Morde für rechtens erklären ließ und ein Reichswehrminister, der diesem für die Mordaktionen dankte, waren für ihn eine Ungeheuerlichkeit. Von da an betrachtete er den nationalen Aufbruch, den er so herbeigesehnt hatte, mit kritischen Augen.

Das eigentliche Ziel Blombergs und des Chefs der Heeresleitung Generaloberst Fritsch war die rasche Durchführung der Aufrüstung. Das geschah zwischen 1935 und 1939. Innerhalb von vier Jahren entstand eine moderne, schlagkräftige Armee. Das war eine unglaubliche organisatorische Leistung. Die in diesen Jahren aufgebaute Wehrmacht war das Beste, was preußisch-deutsche Militärtradition hervorgebracht hat. Ein ungeheurer Stolz auf das Geschaffene und ein starkes Selbstbewusstsein erfüllte alle Offiziere. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935 und die rasante Aufrüstung

5 Briefe Gerd v. Tresckow an seinen Bruder Henning, Nachlaß Tresckow.

ließ der entstehenden Wehrmacht keine Zeit, über den Charakter der NS-Diktatur nachzudenken.

Nach zwei Jahren, am 5. November 1937, enthüllte Hitler vor einem kleinen Kreis seine Eroberungspläne. In Anwesenheit des Reichskriegsministers v. Blomberg, des Reichsaußenministers Konstantin v. Neurath und der drei Oberbefehlshaber der Wehrmachtsteile trug er seine Absicht vor, noch 1938, spätestens aber 1941 die Tschechoslowakei und Polen anzugreifen. Hitlers Ausführungen fanden keineswegs den Beifall Blombergs und Fritschs. Sie wiesen darauf hin, dass gerade erst ein Jahrgang ausgebildet und ein zweiter eingerückt sei. Ihre Bedenken waren jedoch sachlicher Art und zeigten keine grundsätzliche Ablehnung gegen eine Politik der Angriffskriege. Als Blomberg im Februar 1938 wegen einer Ehegeschichte und Fritsch wegen homosexueller Anschuldigungen entlassen wurden, übernahm Hitler den Oberbefehl über die Wehrmacht. Er stand nun über den drei Wehrmachtsteilen, von denen das Heer von Generaloberst v. Brauchitsch, die Luftwaffe von Göring und die Marine von Admiral Raeder geführt wurde.

Die Blomberg-Fritsch-Affäre 1938 erschütterte Tresckow derart, dass er erwog, seinen Abschied von der Armee zu nehmen, die eine solche Behandlung ihres Oberbefehlshabers widerspruchslos hinnahm. Zusammen mit seinem Regimentskameraden Wolf Graf Baudissin begab er sich zum Befehlshaber des Wehrkreises III Berlin, Erwin von Witzleben, und trug ihm seine Empörung vor. Witzleben hörte den beiden Offizieren aufmerksam zu. Er erkannte in ihnen Gesinnungsgenossen und redete ihnen ihre Absicht aus. Es sei eine Aktion vorbereitet, um mit den Drahtziehern der Intrige gegen Fritsch in Gestapo und SS abzurechnen. Die Armee brauche Offiziere, die dem neuen Denken nicht verfallen seien. Zum erstenmal war Tresckow mit der ersten militärischen Widerstandsbewegung zusammengekommen. In die für den Fall eines Kriegsausbruches vorgesehene Aktion gegen Hitler im September 1938, – der wohl Erfolg versprechendsten des deutschen Widerstandes – war er eingeweiht.

So erlebte auch Tresckow die tiefe Depression nach Hitlers Erfolg auf der Münchener Konferenz. Durch Ausschreitungen gegen die Juden in der sog. Reichskristallnacht vom 8. zum 9. November 1938 wurden seine schlimmsten Befürchtungen über den Charakter des Dritten Reiches bestätigt. Seine Überzeugung, dass Hitler gestürzt werden müsse, galt damals der Politik, die offen auf einen Krieg zusteuerte. Im Sommer 1939, als Hitlers Absicht, Polen anzugreifen, unübersehbar war, regte sich kein Widerstand. Hitler

konnte, ohne auf Widerspruch zu stoßen, am 24. August 1939 vor den kommandierenden Generalen sagen: „Den Anlass zum Krieg werde ich schaffen. Es ist gleichgültig, ob er geglaubt wird oder nicht. Nach dem Sieg wird der Sieger nicht mehr gefragt, wie er den Krieg begonnen hat.“

Diese Bereitschaft, Hitler in einen Angriffskrieg zu folgen, galt allerdings nur für einen Krieg gegen Polen. Auf einen Krieg gegen Frankreich und England war die Wehrmacht nicht vorbereitet. Die Kriegserklärungen Englands und Frankreichs, die dem Einmarsch in Polen folgten, war daher für die Heeresführung ein Schock. Nach den Erfahrungen des 1. Weltkrieges hielt der Generalstabschef General Halder einen Sieg im Westen für unmöglich. Als Hitler noch im Spätherbst 1939 den Angriff im Westen befehlen wollte, plante Halder einen Putsch. Da Hitler auf den Befehl verzichtete, kamen die sehr vagen Pläne nicht zur Ausführung.

Im Polenfeldzug waren zum ersten Mal Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung durch SS- und Polizeieinheiten bekannt geworden. Die Aktionen der Einsatzgruppen, der große Teile der polnischen Intelligenz zum Opfer fielen, hatte die Vernichtung Polens als Nation zum Ziel. Diese Vorgänge spielten bei den Putschplänen Halders nur eine ganz untergeordnete Rolle. Bis auf wenige Proteste einiger Militärbefehlshaber hat die Spitze der Wehrmacht diese Verbrechen hingenommen. Der Sieg über Frankreich war für das weitere Verhalten der Militärs entscheidend: die Wehrmacht hatte einen Sieg errungen, den so niemand erwartet hatte und der dem Kaiserreich nicht gelungen war. Ein ungeheures Selbstvertrauen erfüllte das Heer. Hitler hatte den berühmten, von General v. Manstein entworfenen Sichelschnittplan, mit dem der Feldzug entschieden wurde, gegen die Bedenken von Generalstabschef Halder durchgesetzt.

Nicht nur die Goebbelsche Propaganda stilisierte Hitler zum Feldherrn, auch die Wehrmachtsführung war nun von seinen militärischen Fähigkeiten überzeugt. Die Wehrmacht glaubte, diesen Krieg gewinnen zu können, nachdem sie Frankreich besiegt hatte. Auch der Feldzug gegen die Sowjetunion schien eine lösbare Aufgabe. Selbst der amerikanische Generalstab war im Juni 1941 überzeugt davon, dass die Rote Armee der deutschen Wehrmacht nicht länger als acht Wochen standhalten könnte. Allerdings war sich die Wehrmachtsführung der gigantischen Schwierigkeiten eines Feldzugs gegen die Sowjetunion durchaus bewusst. Alle Bedenken über die Kriegsführung musste hinter dem Willen zum Sieg zurückstehen.

Nach dem Frankreichfeldzug ging daher von der Spitze der Wehrmacht kein Widerstand mehr aus. Auch wenn Tresckow bei der Ausarbeitung des Sichelschnittplanes mitgewirkt hatte, der Sieg über Frankreich hatte ihn in seinem Urteil nicht blind gemacht. Einer Gruppe schwedischer Offiziere, die im August 1940 das Hauptquartier des Feldmarschalls von Rundstedt besuchte, bekannte er mit seltener Offenheit, er wäre ein Gegner des Nationalsozialismus.

Der militärische Widerstand verlagerte sich ab 1940 auf eine kleine Gruppe von jüngeren Offizieren. Im Dezember 1940 begann in Polen der Aufmarsch und die Vorbereitung des Feldzuges gegen die Sowjetunion. In der Heeresgruppe B, die später Heeresgruppe Mitte hieß, bildete sich eine Widerstandsgruppe, die an allen Attentatsversuchen an Hitler beteiligt war, die von Wehrmachtsangehörigen unternommen wurden. Die Initiative ging von dem Führungsoffizier im Stab der Heeresgruppe Mitte, Oberst Henning von Tresckow, aus. Weder der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe, Generalfeldmarschall Fedor von Bock, noch sein Generalstabschef, Hans von Greiffenberg, waren eingeweiht.

Tresckow versammelte um sich eine Gruppe von Offizieren, die er nicht nach ihren militärischen Fähigkeiten aussuchte, sondern von denen er wusste, dass sie Gegner des 3. Reiches waren: Fabian von Schlabrendorff, Rudolf von Gersdorff, die Grafen Lehndorff und Hans Hardenberg sowie Bernd von Kleist, zu denen später noch einige andere Gesinnungsgenossen wie Philipp von Boeselager stießen.⁶

Tresckow hatte zu den Eingeweihten der Putschpläne im September 1938 gehört. Er hatte sich von dem Sieg über Frankreich nicht blenden lassen. Als er eine Gruppe von Gegnern des NS-Regimes um sich versammelte, konnte er allerdings nicht ahnen, in welcher Weise der Krieg gegen die Sowjetunion geführt werden sollte.

Am 30. März 1941 hielt Hitler vor 250 kommandierenden Generälen eine Rede, in der er seine Absicht darlegte, den Krieg gegen die Sowjetunion als Rassen- und Vernichtungskrieg zur Unterjochung der russischen Bevölkerung zu führen. Wie schon im August 1939 fand er keinen Widerspruch, ja, er erhielt für seine Behauptung, es ginge darum, dass die germanische

6 Vgl. u. a. Peter Hoffmann, *Widerstand. Staatsstreich. Attentat. Der Kampf der Opposition gegen Hitler*, 1969, S. 312 f.

Herrenrasse endgültig über jüdisch-marxistisch-slawische Gefahr triumphiere, anhaltenden Beifall.

In den Monaten März bis Juni 1941 gingen vom Oberbefehlshaber des Heeres von Brauchitsch Befehle aus, die zweierlei enthüllten: Erstens: in diesem Feldzug sollten die Gesetze des Völkerrechts im Kampf gegen die Rote Armee keine Gültigkeit haben. Das hieß: Kommissare und kommunistische Führungsoffiziere sollten bei Gefangennahme sofort erschossen werden.⁷ Sowjetische Kriegsgefangene sollten nicht als Kameraden, sondern als Feinde, auch in den Lagern, ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Bestimmungen behandelt werden. Zweitens: innerhalb der Zivilbevölkerung sollte insbesondere gegen Juden und Funktionäre der kommunistischen Partei ein rücksichtsloser Vernichtungskampf geführt werden. Partisanen und Personen, die sich gegen die deutsche Besatzungsmacht stellten, sollten ohne Gerichtsverfahren liquidiert werden. Von Bock war Anfang August nur zu einer Mahnung an den Leiter der Einsatzgruppe B, Reichskriminaldirektor Arthur Nebe bereit, er solle seine Exekutionen auf bewaffnete Banden beschränken.⁸ Nach Angaben Gersdorffs unterrichtete ihn Nebe Ende August, dass Befehl ergangen sei, nicht mehr nur jüdische Männer zu töten, sondern die Mordaktionen auf jüdische Frauen und Kinder auszudehnen.⁹ Als sich die Meldungen von der Tötung von jüdischen Frauen und Kindern ab Anfang September auf Tresckows Schreibtisch häuften, wurde ihm klar, dass ein Einzelner gegen diese Verbrechen nichts ausrichten konnte. Ihm enthüllte sich ein von oben befohlenes und durchorganisiertes Mordsystem, das nur durch den Sturz des Regimes beendet werden konnte. Dass diese Verbrechen außerhalb der Befehlsgewalt des Heeres geschahen, war für ihn ohne Bedeutung. Angesichts der Gräueltaten schickte Tresckow seinen Freund Schlabrendorff Ende September 1941 nach Berlin, um zu erkunden, ob es in

7 Zu den ideologischen Vorbereitungen des Rußlandfeldzuges vgl. das zusammenfassende Kapitel von Jürgen Förster, *Das Unternehmen Barbarossa als Eroberungs- und Vernichtungskrieg*. 1. Planungen und Vorbereitungen für die Sicherung des Lebensraumes. 2. Umsetzung der ideologischen Absichten Hitlers in Befehlsform, in: *Das Deutsche Reich und der zweite Weltkrieg*, Bd. 4, 1983, S. 413-447.

8 Das geht aus einer Tagebucheintragung Bocks vom 4. 8. 1941 hervor, wobei er Nebe irrtümlich Nebel nennt. Zitiert bei Johannes Hürter, *Auf dem Weg zur Militäropposition*. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Juli 1941, in: *VfZG* 52, 2004, S. 542.

9 Zur Ausdehnung der Mordaktion auf jüdische Frauen und Kinder durch die Einsatzgruppe B vgl. Peter Longerich, *Politik der Vernichtung. Eine Gesamtdarstellung der nationalsozialistischen Judenverfolgung*, 1998, S. 369-376.

der Reichshauptstadt Persönlichkeiten gäbe, die einen Umsturz planen und durchführen konnten.

Diese Mission widerlegt eindeutig die immer wieder aufgestellte Behauptung, das Motiv des militärischen Widerstandes wären nicht die Morde an den Juden gewesen, sondern die militärische Lage. Zu diesem Zeitpunkt stürmte das Heer von Sieg zu Sieg. Um im September Verbindung mit anderen Widerstandsgruppen in Berlin zu suchen, gab es keinen anderen Anlass, als die Nachrichten über die Judenmorde von der Einsatzgruppe B. Schlabrendorff gelang es, Kontakt sowohl zu der Gruppe Beck/Goerdeler wie zu dem Chef des Allgemeinen Heeresamtes, Olbricht und dem Chef des Amtes Ausland/Abwehr, Oster aufzunehmen. Den ehemaligen Botschafter in Rom, Ulrich von Hassell, fragte er, ob Aussicht bestünde, dass England nach dem Sturz des Regimes zu einem honorigen Frieden bereit wäre. Hassell mokierte sich etwas über die Naivität dieser Frage. Aus der Tatsache, dass in seinem Tagebuch, in dem er über den Besuch Schlabrendorffs berichtet, die Judenmorde keine Erwähnung finden, wurde von Johannes Hürter der Schluß gezogen, nicht die Morde der Einsatzgruppen seien Anlass zu Schlabrendorffs Mission gewesen, sondern die Sorge vor einer militärischen Niederlage.¹⁰

In den Gesprächen wurde Schlabrendorff klar, dass von Berlin aus keine Aktion gestartet werden konnte. Das galt auch für eine aktive Widerstandsgruppe in Paris unter dem Oberbefehlshaber in Frankreich, Generalfeldmarschall von Witzleben. Auch hier bestand die Bereitschaft, sich an einem Umsturz zu beteiligen, aber es gab keine Gelegenheit, ihn auszulösen. Insbe-

10 Johannes Hürter (wie Anm. 8) interpretiert die Tatsache, daß Ullrich v. Hassell in seinem Tagebucheintrag v. 4. 10. 1941, in dem er den Besuch Schlabrendorffs schildert, nicht von der Ermordung der Juden schreibt, dahingehend, daß Tresckow die angelaufene Offensive gegen Moskau für wenig aussichtsreich hielt, und deshalb die Hassell irritierende Frage stellen ließ, ob ein Frieden mit Großbritannien nach dem Sturz der NS-Regierung möglich sei. Von einer Niederlage, die zu dieser Zeit unwahrscheinlich war, ist jedenfalls nicht die Rede. Da Schlabrendorffs Unterredung mit seinen anderen Gesprächspartnern, Beck und Oster, nicht dokumentiert ist, läßt sich nicht mit letzter Sicherheit sagen, welche Rolle die Mordaktionen darin gespielt haben. Die drohende Niederlage war es jedenfalls nicht, denn davon spricht Schlabrendorff erst im November 1941. Vgl. Fabian von Schlabrendorff, Offiziere gegen Hitler, 1946, S. 56. Hassels Tagebucheintrag in: Die Hasselltagebücher 1938-1944. Aufzeichnungen vom anderen Deutschland. Nach der Handschrift rev. u. erw. Ausgabe unter Mitarbeit v. Klaus Peter Reiß, hrsg. v. Friedrich Freiherr v. Hiller Gärtringen, o. J., S. 278. Selbst wenn der Ostfeldzug als Blitzkrieg angelegt gewesen ist, wie Hürter S. 545, Anm. 68 meint, gab es Ende September 1941 keinen vernünftigen Anlaß, Schlabrendorff nach Berlin zu schicken.

sondere gab es niemanden, der so nahe an Hitler herankam, dass ein Attentat möglich war.

Die Nachrichten, die Schlabrendorff mitbrachte, bestärkten Tresckow darin, an seinem Platz auszuharren. Ihm war klar, dass mit Protesten gegen die Mordaktionen kein Erfolg zu erwarten war, dass nur eine Beseitigung Hitlers und ein Sturz seines Regimes diese stoppen konnten. Eine Sabotage der Kriegsführung oder ein Rücktritt von der Stellung, in der man war, hätte an den Verbrechen des NS-Regimes nichts geändert, sondern nur die mühsam zusammengebrachte Gruppe von Gegnern enttarnt und zu ihrer Auflösung geführt. Zu dieser Zeit waren die Hoffnungen sowohl bei der Gruppe in Berlin, wie bei Tresckow darauf gerichtet, einen der Oberbefehlshaber einer Heeresgruppe im Osten, die Feldmarschälle Bock, Kluge oder Manstein für ihre Pläne zu gewinnen.¹¹ Diese Absicht musste nach mehreren fehlgeschlagenen Versuchen aufgegeben werden. Die hohen Offiziere der Wehrmacht waren noch immer von der Vortrefflichkeit des von ihnen geschaffenen Instrumentes so überzeugt, dass ihnen demgegenüber die hinter der Front begangenen Verbrechen bedeutungslos erschienen. „Preußische Feldmarschälle meutern nicht“, antwortete Manstein, als man ihn angesichts der militärischen Lage und der Verbrechen hinter der Front für den Widerstand gewinnen wollte. Aber die Feldmarschälle des 3. Reiches ließen es zu, dass die Wehrmacht von den Machthabern des Dritten Reiches dazu missbraucht wurde, Schmiere für Verbrechen zu stehen, die alle Vorstellungskraft überstiegen. Nur so ist es zu erklären, dass die Führung des militärischen Widerstandes von Obristen wahrgenommen wurde. Den Verschwörern war klar, dass damit die Erfolgchancen eines Putsches gefährlich vermindert wurden. Aber es gab für sie keinen anderen Weg.

Im Spätherbst 1942 kam Goerdeler nach Smolensk zur Heeresgruppe. In einer Unterredung zwischen Kluge, der Befehlshaber der Heeresgruppe Mitte geworden war, Goerdeler, Tresckow und Olbricht wurde eine Zusammenarbeit verabredet.¹² Kluge, der zunächst für die Pläne gewonnen werden konnte, versagte sich wenig später.

11 Vgl. Alexander Stahlberg, Die verdammte Pflicht. Erinnerungen 1932-1945, 1987, S. 228 ff., wo er seine Mission bei Feldmarschall v. Manstein schildert. Über die Versuche, einen der Feldmarschälle zu gewinnen, insgesamt: Peter Hoffmann (wie Anm. 6), S. 342 f. Das Zitat von Manstein S. 342.

12 Zu diesem Treffen vgl. Fabian v. Schlabrendorff (wie Anm. 10), S. 61 ff.

Olbricht erklärte sich bereit, einen Putsch vom Ersatzheer planend vorzubereiten. Die Initialzündung aber, die Beseitigung Hitlers, müsse vom Feldheer ausgehen. Auch Goerdeler war sich über die Schwierigkeiten im klaren, die sich daraus ergaben, dass kein Feldmarschall bereit war, sich an die Spitze der Aktion zu stellen. Goerdeler hatte Bedenken gegen das geplante Attentat, stellte sie aber zunächst zurück.

Nach dieser Unterredung gingen die Versuche zur Realisierung eines Attentats an Tresckow über. Die Situation des militärischen Widerstandes im Jahr 1942 kann folgendermaßen beschrieben werden: die Verbindung zum Ersatzheer in der Heimat war hergestellt. Tresckow sprach mit Olbricht die Planung des Putsches durch, der mit dem Stichwort „Walküre“ ausgelöst werden sollte.¹³

An der Ostfront hatte sich, trotz der furchtbaren Ereignisse im Hinterland, keine andere Widerstandsgruppe gebildet als die in der Heeresgruppe Mitte. Solange die Wehrmacht von Sieg zu Sieg stürmte, war eine Aktion aussichtslos.

Mit der Katastrophe von Stalingrad im Januar 1943 änderte sich die Situation grundlegend. Das Menetekel, dass der Krieg nicht gewonnen werden konnte, war unübersehbar. Es blieb aber das Problem, dass alle Soldaten auf Hitler persönlich vereidigt waren. Die Beseitigung Hitlers war deshalb unabdingbar. Zu diesem Zeitpunkt war zwar klar, dass der Krieg nicht mehr gewonnen werden konnte. Die deutschen Ressourcen reichten aber noch aus, um einen Verständigungsfrieden zu erreichen.

Die Tatsache, dass ein solcher mit Hitler nicht zu erreichen war, schien dem Widerstand eine neue Chance zu geben. Diese Hoffnung wurde zunichte, als die Alliierten auf der Konferenz von Casablanca am 24. Januar 1943, am Ende der Schlacht von Stalingrad, verkündeten, dass sie von den Achsenmächten die bedingungslose Kapitulation forderten. Jede Verhandlung, auch mit einer „Nach-Hitler-Regierung“ sollte nur auf dieser Basis erfolgen. Es ist nicht ganz klar, wie weit die Ernsthaftigkeit der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation damals von den militärischen Widerstandsgruppen erkannt wurde. Für die Gruppe um Tresckow war die Niederlage von Stalingrad und ihre Folgen das Signal, die Pläne zur Beseitigung Hitlers voranzutreiben.

13 Joachim Fest (wie Anm. 1), S. 190 f.

Ende Januar 1943 war Treckow in Berlin, wo inzwischen die Verbindung zwischen der militärischen Gruppe um Beck und zivilen Verschwörern zu Stande gekommen war. Anfang März meldete Olbricht, dass er mit seinen Vorbereitungen fertig sei. Im gleichen Monat unternahm die Gruppe um Tresckow zwei Attentatsversuche: am 13. März war Hitler bei der Heeresgruppe Mitte. Eine in sein Flugzeug geschmuggelte Bombe zündete nicht. Am 21. März sollte Hitler eine Heldengedenkrede halten. Major von Gersdorff war bereit, sich bei dieser Gelegenheit bei einer Besichtigung erbeuteter Waffen mit Hitler in die Luft zu sprengen. Bevor Gersdorff an Hitler herankam, verließ dieser überraschend die Ausstellung. Die beiden Attentatsversuche waren zwar nicht gelungen, aber es grenzte an ein Wunder, dass sie unentdeckt blieben. Auch die beiden englischen Haftminen, die dabei verwendet wurden, blieben im Besitz der Verschwörer.

Das Jahr 1943 wurde für die Vorbereitung des Putsches entscheidend. Ende Juli wurde Tresckow in die Führerreserve berufen, die ihn nach Berlin führte. Hier bereitete er zusammen mit dem im September dazukommenden Oberst Graf Stauffenberg die Umsturzpläne vor, die schließlich zum Attentat am 20. Juli führten.¹⁴ Anfang April 1943 war Stauffenberg in Tunis schwer verwundet worden, er verlor die rechte Hand und mehrere Finger der linken Hand. Nach einem längeren Lazarettaufenthalt trafen sich Tresckow und er in Berlin. Für Tresckow ergab sich im Sommer 1943 die Notwendigkeit, die Walkürebefehle zu überarbeiten. „Walküre“ war ein Bündel von Befehlen, in dem festgelegt war, welche Maßnahmen bei Unruhen im Inneren zu ergreifen seien. Hierbei war entweder an einen Aufstand der zahlreichen Fremdarbeiter in Deutschland oder an einen Aufstand der SS gedacht. Bei jedem Generalkommando lagerte im Panzerschrank ein versiegeltes Päckchen, in dem alle Maßnahmen notiert waren, die zu ergreifen gewesen wären, wenn das Stichwort „Walküre“ über Funk gesendet wurde. Auf diesem Weg konnte ein Staatsstreich ausgelöst werden, bei dem auch nicht Eingeweihte im Sinne der Verschwörer aktiv wurden. Das Argument, dass die von den Alliierten geforderte bedingungslose Kapitulation das deutsche Volk der Rache der Roten Armee ausliefern würde, ließ auch Viele, die über die Mordaktionen im Hinterland empört waren und die die Durchführung der völkerrechtswidrigen Befehle abgelehnt hatten, die Pläne der Widerstandsgruppe von sich weisen. Kam eine Verbreiterung der Basis des militärischen

14 Über die Zusammenarbeit Tresckow – Stauffenberg vgl. P. Hoffmann, Claus Schenk Graf v. Stauffenberg und seine Brüder, 1992, S. 310 f.

Widerstandes 1943 bei der Fronttruppe nicht zu Stande, so gelang in diesem Sommer die Verbindung zu anderen oppositionellen Gruppen, insbesondere zum Kreisauer Kreis.

Im Sommer 1943 zeichnete sich mit dem Zusammenbruch Italiens eine weitere schwere Krise ab. Wie Joachim Fest in seinem Buch „Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli 1944“ aufzeigt, waren es in diesen Monaten vor allem drei Schwierigkeiten, die die Bemühungen, zur Tat zu kommen, behinderten: zum einen gab es niemand, der so nah an Hitler herankommen konnte, dass ein Attentat mit Sicherheit geplant werden konnte. Der Diktator verschanzte sich immer mehr in der Wolfsschanze, sodass sich keine Gelegenheit mehr bot, ihn außerhalb zu erreichen. Das zweite Problem war die Tatsache, dass im Laufe des Sommers 1943 klar war, dass die Alliierten an ihrer Forderung nach bedingungsloser Kapitulation festhalten würden, so wie sie sie Anfang September auch den Italienern abverlangten. Selbst wenn ein Verzicht auf diese Forderung eine Verkürzung des Krieges bedeutet hätte, waren die Alliierten nicht bereit, davon abzurücken. Die dritte Schwierigkeit bestand darin, dass kurz vor der Kapitulation Italiens alle verfügbaren Truppen, u.a. alle in der Heimat vorhandenen Panzer nach Italien verlegt wurden. Auf diese Weise standen Ende August 1943 in der Umgebung von Berlin für einen Putsch keine Truppen mehr zur Verfügung.

Die Pläne zur Übernahme der Macht durch die Verschwörer waren im Oktober 1943 so vollständig wie nur möglich. Es fehlte nur nach wie vor an der geeigneten Persönlichkeit, die sowohl zu einem Attentat auf Hitler bereit war und gleichzeitig auch die Möglichkeit besaß, ein solches auszuführen. Es half daher wenig, wenn es Stauffenberg in diesem Sommer gelang, die Bedenken gegen ein Attentat bei Beck, Goerdeler und dem Kreisauer Kreis zu überwinden. Auf Stauffenberg ging nun im Herbst 1943 die Führung im militärischen Widerstand über.

Oberst Graf Schenk v. Stauffenberg war seit 1938 davon überzeugt, dass Hitler Deutschland in den Abgrund führe. Er gehörte lange zu den Offizieren, die der Meinung waren, nach dem Sieg müsse „mit der braunen Pest“ aufgeräumt werden. Er wusste von dem Treiben der Einsatzgruppen in Russland und war, wie Tresckow, seit 1941 davon überzeugt, dass Hitler beseitigt werden müsse.

Am 1. Oktober wurde Tresckow Kommandeur des 442. Grenadierregimentes. Am 9. November wurde er Chef des Stabes der 2. Armee. Es gelang ihm, einen Teil seiner Freunde, darunter Schlabrendorff, zu dem neuen Kom-

mando mitzunehmen. Die Situation an der Front verschlechterte sich von Tag zu Tag. Nur unter Aufbietung seines ganzen Könnens gelang Tresckow die Rettung der 2. Armee vor einem zweiten Stalingrad. Mit seinem Befehlshaber Generaloberst Weiß verband ihn nur der fachliche Bereich. Gespräche, wie er sie mit Feldmarschall v. Kluge über den Widerstand geführt hatte, waren mit Weiß unmöglich. Vergeblich versuchte Tresckow über seine Freunde, die Generale Schmundt und Stieff, ins Führerhauptquartier versetzt zu werden. Generalmajor Rudolf Schmundt war Adjutant Hitlers. Im Gegensatz zu Schmundt war General Stieff seit dem Sommer 1943 in die Pläne des Widerstands eingeweiht. Er hasste Hitler, dessen kriminellen Charakter er durchschaut hatte. Als Chef der Operationsabteilung des Generalstabes des Heeres hatte er öfter Zutritt zu Hitler. Ende Oktober 1943 fragte ihn Stauffenberg, der zum Chef des Stabes von Olbricht ernannt worden war, zum ersten Mal, ob er bereit sei, das Attentat auf Hitler durchzuführen. Stieff lehnte nach langem Überlegen ab. Zwei Attentatsversuche des Hauptmanns Axel von dem Busche und des Leutnants Ewald v. Kleist im Januar und Februar 1944 scheiterten an der Tatsache, dass Hitler nicht dorthin kam, wo man ihn erwartet hatte. Auch als die Lage an der Front immer verzweifelter wurde, erklärte sich Stieff nicht bereit, die Tat auszuführen.

Am 1. Juli 1944 erhielt Stauffenberg als Chef des Stabes des Ersatzheeres Zutritt zu Hitler. Er übernahm nun die Durchführung des Attentats, obwohl er sich im Klaren darüber war, dass er in Berlin eigentlich unabhkömmlich war. Inzwischen hatte sich die militärische Lage durch den Durchbruch der Roten Armee durch die deutsche Front und die Landung der Alliierten in Nordfrankreich so verschärft, dass ein Attentat die Alliierten mit Sicherheit nicht von der Forderung nach bedingungsloser Kapitulation abbringen konnte. Stauffenberg fragte deshalb bei Tresckow an, ob das Attentat überhaupt noch einen Sinn habe. Tresckow antwortete mit seinen berühmt gewordenen Worten: „Das Attentat muss erfolgen, coûte que coûte. Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktische Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“¹⁵

15 Fabian v. Schlabrendorff (wie Anm. 10), S. 129.

Am 3. Juli gab es beim Generalquartiermeister General Eduard Wagner, dem General beim Befehlshaber des Ersatzheeres Lindemann, Generalmajor Stieff und dem Chef der Nachrichtentruppe Genera Erich Fellgiebel eine Besprechung, bei der die Einzelheiten des geplanten Attentats erörtert wurden. Obwohl Wagner, Stieff und zeitweise auch Fellgiebel Zutritt zu Hitler hatten, blieb man dabei, dass Stauffenberg der Attentäter sein sollte. Fellgiebel übernahm die Aufgabe, General Lindemann in der Bendlerstraße, dem Hauptquartier des Ersatzheeres, vom Erfolg des Attentats zu unterrichten und gegebenenfalls das Machtzentrum nachrichtenmäßig abzuschirmen. Zum ersten Mal fuhr Stauffenberg am 11. Juli mit der Sprengladung zu einer Lagebesprechung zu Hitler auf den Berghof bei Berchtesgaden.¹⁶ Weil Himmler und Göring nicht dabei waren, zündete er die Sprengladung nicht. Der gleiche Vorgang wiederholte sich am 15. Juli.¹⁷ In Berlin hatte diesmal der Chef des Stabes des Ersatzheeres, General Olbricht den Befehl Walküre ausgegeben, wozu er ohne die Genehmigung Hitlers gar nicht berechtigt war. Er konnte nur mühsam wieder rückgängig gemacht werden. Nur mit großer Mühe gelang es Olbricht, die Alarmierung als Übungen auszugeben. Ein zweites Mal wäre das nicht mehr glaubhaft gewesen.

Man muss diese Vorgeschichte kennen, um die Nervenanspannung zu begreifen, die an diesem Tag herrschte. Stauffenberg wusste, als er am 20. Juli nach Ostpreußen flog, dass er die Tat nicht noch einmal verschieben konnte. Als er nach der Detonation der Bombe die Wolfsschanze verließ, war er der Überzeugung, dass niemand in der Lagebaracke das Attentat überlebt haben könnte. Es dauerte bis 16.30 Uhr, bis er wieder in Berlin in der Bendlerstraße eintraf. Gegen 16 Uhr hatte Oberst Mertz v. Quirnheim den Befehl Walküre ausgelöst. In Paris und in Wien wurde die SS entwaffnet und die Spitzen der Partei festgesetzt. Die Nachricht vom gescheiterten Attentat ging gegen 17 Uhr über die Sender. Gegen 10 Uhr abends, als Hitler über das Radio gesprochen hatte, verhaftete der Befehlshaber des Ersatzheeres, Generaloberst Fromm, Stauffenberg, Mertz v. Quirnheim, Olbricht und Generaloberst Hoepfner. Generaloberst Beck beging Selbstmord. Stauffenberg, Mertz v. Quirnheim, Olbricht und Oberleutnant v. Haefthen, Stauffenbergs Adjutant, wurden von Fromm in einem Standgericht zum Tode verurteilt und am gleichen Abend im Hof der Bendlerstraße hingerichtet. Tresckow nahm sich am

16 Vgl. die eingehende Schilderung bei Alexander Stahlberg (wie Anm. 11), S. 386-390, die allerdings aus der Erinnerung geschrieben ist.

17 Joachim Fest (wie Anm. 1), S. 250 ff.

21. Juli, eine Erkundungsfahrt an die Front vortäuschend, das Leben. Er fürchtete unter der Folter nicht standhalten zu können und wollte seine Freunde schützen. Die danach einsetzenden Gerichtsverfahren enthüllten Hitler, dass viele Personen, auch in der Generalität, Kenntnis von der Verschwörung gehabt hatten. Hitler nahm blutige Rache. Er ließ sich mehrfach den Film von den Hinrichtungen am Wippgalgen vorführen. Die Angehörigen, einschließlich der Frauen und Kinder, kamen in Sippenhaft.

Das sind die feststehenden Tatsachen. Das hinderte einen jungen Historiker, Christian Gerlach, nicht, im Juli 1994 in der Zeitschrift „Freitag“ schwere Vorwürfe gegen die Widerstandsgruppe der Heeresgruppe Mitte um Henning v. Tresckow zu erheben, sie hätte sich bei der Bekämpfung der Partisanen an Kriegsverbrechen gegen die russische Zivilbevölkerung aktiv beteiligt.¹⁸

Gerlach wiederholt seine Anwürfe in seinem umfangreichen Buch „Kalkulierte Morde“ in einem eigenen Kapitel. Er erhebt den Vorwurf, die Widerstandsgruppe in der Heeresgruppe Mitte hätte im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die Partisanen zu den Befehlsgebern und Initiatoren der Massenverbrechen in Weißrussland gehört.

Nun ist unbestritten, dass die im Stab der Heeresgruppe Mitte tätigen Offiziere über das ganze Ausmaß der von der Einsatzgruppe B ausgeführten Mordaktionen in ihrem Bereich informiert waren. Ebenso eindeutig ist, dass wer in Rußland an verantwortlicher Stelle tätig war, nicht ohne Verwicklung in die verbrecherische Kriegsführung und damit ohne jede Schuld bleiben konnte. Nur, wenn Gerlach und Hürter versuchen, die Widerstandsgruppe um Tresckow zu Initiatoren von Kriegsverbrechen und Massenmorden zu brandmarken, dann ist das nur möglich, indem sie die Tatsachen manipulieren.

18 Der Beitrag wurde unverändert in den Katalog der Wehrmachtsausstellung übernommen unter dem Titel „Männer des 20. Juli und der Krieg gegen die Sowjetunion“, hrsg. v. Hannes Heer und Klaus Naumann, S. 427-446. In etwas veränderter Form, aber mit dem Vorwurf: Christian Gerlach, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrussland 1941-44, 1999, S. 1115-1120. Ähnlich: ders., Hitlergegner bei der Heeresgruppe Mitte und die verbrecherischen Befehle, in: NS-Verbrechen und der militärische Widerstand gegen Hitler, hrsg. von Gerd Überschar, 2000, S. 62-76. Der bereits erwähnte Aufsatz von Johannes Hürter (wie Anm. 8), S. 527-562, bringt zwei Berichte der Einsatzgruppe B an die Heeresgruppe Mitte vom 9.-16. Juli und vom 14. August 1941.

Sie stützen sich hierbei auf zwei Tatsachen. Einmal, was insbesondere Gerlach hervorhebt, sind die Berichte des Anführers der Einsatzgruppe B, Arthur Nebe, über den Schreibtisch Tresckows gegangen, der sie gelesen hat, wie seine Paraphen auf den Berichten zeigen. Zum anderen hat nach den Angaben Schlabrendorffs, Tresckow seinen Einfluss geltend gemacht, dass Reichskriminaldirektor Nebe zum Anführer der Einsatzgruppe B gemacht wurde. Zwischen Nebe, Tresckow und Major Gersdorff gab es im Sommer 1941 Verbindungen. Hürter hat durch zwei Akten die Version Gerlachs bestätigt, aus denen hervorgeht, dass die Offiziere der Heeresgruppe Mitte Mitte Juli 1941 von den als Sicherungsmaßnahmen getarnten Mordaktionen der Einsatzgruppe unterrichtet waren.

Anhand von Kopien aus einem unbekanntem sowjetischen Archiv im Zentralarchiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR führt Hürter den Nachweis, dass Feldmarschall Bock und seine Mitarbeiter, Tresckow, Gersdorff und Major von Gericke, bereits durch einen zusammenfassenden Bericht der Einsatzgruppe B für die Zeit vom 9.-16. Juli 1941 eingehend von den angeblichen Sicherungsmaßnahmen unterrichtet waren, wobei unter den getöteten Partisanen und anderen verdächtigen Elementen auffallend viele Juden waren. Das zweite Dokument vom 14. August ist eine Notiz von Major von Gersdorff an verschiedene Armeekommandos, in dem auf die Aktionen der Einsatzgruppe B im positiven Sinn hingewiesen wurde. Hürter sieht darin Zustimmung und eine Folge des im Offizierscorps latent vorhandenen Antisemitismus.

In den vorbereitenden Gesprächen über die Kompetenz der Einsatzgruppen war erklärt worden, dass diese rücksichtslos gegen Partisanen, Saboteure, überzeugte Kommunisten und Personen, die gegen die Besatzungsmacht agierten, vorgehen sollten. Auch in den Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Russland, die mit etwa 800.000 Exemplaren vor Beginn des Russlandfeldzuges verteilt worden waren, war die Notwendigkeit eines harten Kampfes gegen die Zivilbevölkerung begründet worden. Es hieß da: Dieser Kampf verlangt rücksichtsloses Durchgreifen gegen bolschewistische Hetzer, Freischärler, Saboteure und Juden und die restlose Beseitigung jedes aktiven und passiven Widerstandes.¹⁹

19 vgl. Walter Manoschek, *Wo der Partisan ist, ist der Jude, und wo der Jude ist, ist der Partisan. Die Wehrmacht und die Shoa*, in: *Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche*, hrsg. v. Gerhard Paul, 2002, S. 170.

Tatsächlich ist in den Berichten Nebes auch weiterhin von Partisanen, Saboteuren, überzeugten Kommunisten und Personen die Rede, die sich den Anordnungen der Besatzungsmacht widersetzen. Die hohe Zahl von getöteten Juden wurde von Nebe damit begründet, dass sie Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems seien. Bis Ende August sind unter den getöteten ausschließlich Männer. Mit dieser Begründung, Träger des jüdisch-bolschewistischen Systems zu sein, erging Ende August 1941 ein Befehl, die Ausrottung der Juden auf Frauen und Kinder auszudehnen. Die angeblichen Sicherungsmaßnahmen im Hinterland enthüllten damit ihren wahren Charakter. So wie es ohne jede Tarnung und in aller Öffentlichkeit Ende Oktober in Borisoff geschah, wo auf besonders grausame Art 7000 Juden, Männer, Frauen und Kinder ermordet wurden.²⁰

Hürter geht davon aus, dass erst die Kunde von dem Geschehen in Borisoff Entsetzen bei Tresckow und den Männern im Hauptquartier der Heeresgruppe Mitte ausgelöst habe und nennt die Verzögerung von Ende Juli bis Oktober ein verzögertes Einsetzen der Moral bei den Widerständlern.²¹

Nun ist aus den von Hürter veröffentlichten Berichten Nebes zu entnehmen, dass von der Einsatzgruppe B der Begriff Partisan, Saboteur und Gegner der Besatzungsmacht sehr weit und ohne Überprüfung ausgedehnt wurde, und dass hierbei insbesondere Juden erfasst wurden. Der Mord an der jüdischen Bevölkerung wurde mit dem hohen Anteil von Juden bei den Partisanen begründet. Auf eine Tagung vom 24.-26. September 1941 in Mogilev wurde von SS-Standartenführer Hermann Fegelein als Erkenntnis im Erfahrungsaustausch festgestellt, dass Juden und Partisanen nahezu identisch seien.

Für den heutigen Betrachter, der weiß, was später geschah und der im Rückblick das Ausmaß der sog. Endlösung kennt, beginnt der Mord an den Juden mit den Aktionen der Einsatzgruppen mit Beginn des Rußlandfeldzuges. Für die Männer im Stab der Heeresgruppe Mitte, die den enormen Belastungen beim Vormarsch in Rußland mit seinen Einkreisungsschlachten mitmachten, mag Nebes Tätigkeit tatsächlich als ein Vorgehen im Rahmen der mit der Wehrmachtsführung ausgehandelten und akzeptierten Vorgaben für die Einsatzgruppen erschienen sein, zumal Nebe der Heeresgruppe geschönte Berichte einreichte.

20 W. Manoschek (wie Anm. 19) S. 170, nennt einen AOK-Befehl vom 17.09. 1941, in dem die Definition für als Partisanen verdächtige Gruppen folgendermaßen gegeben wurde: „Gruppen von Juden beiderlei Geschlechts und jeden Alters.“

21 Johannes Hürter (wie Anm.8) S. 549.

Gegen die zwischen dem Oberkommando der Wehrmacht und Himmler über den Einsatz der Einsatzgruppen getroffenen Abmachungen hatte sich jeder Protest als wirkungslos erwiesen. Die Einsatzgruppen hatten über ihre Tätigkeit den Heeresgruppen zu berichten, diese hatten das zur Kenntnis zu nehmen. Sie hatten aber über die Einsatzgruppen keine Befehlsgewalt. Dass im rückwärtigen Heeresgebiet mit dem Auftreten von Partisanen zu rechnen war, war nach Stalins Aufruf vom 23. Juli 1941 klar, der zum allgemeinen Kampf gegen die Besatzungsmacht aufforderte. Die Möglichkeit, die Angaben von Nebe zu überprüfen, hatten diese Offiziere nicht. Erst die Berichte über die Ermordung jüdischer Frauen und Kinder zeigten den wahren Sachverhalt.

Damit gewinnt aber auch die Mission Schlabrendorffs in Berlin Ende September 1941 eine andere Bedeutung. Hürter bringt sie in Zusammenhang mit dem Scheitern der Blitzstrategie und der Sorge vor einer möglichen militärischen Niederlage, die Schlabrendorff in seinem Gespräch mit Ulrich von Hassell fragen ließ, ob nach der Beseitigung Hitlers nicht ein günstiger Friede mit England möglich wäre. Die Tatsache, dass in dem Gespräch von Mordaktionen keine Rede war, nimmt Hürter als Zeichen dafür, dass die Sorge vor einer drohenden Niederlage und nicht die Morde an den Juden das auslösende Moment für den Widerstand war. Die Tatsache, dass Schlabrendorff von einer Beseitigung des herrschenden Regimes in Deutschland ausging, ist jedoch Beweis dafür, dass die Männer um Tresckow schon bevor sich die Niederlage vor Moskau abzeichnete – die Offensive war Ende September in vollem Gang – zum Umsturz entschlossen waren.

Die Behauptung, dass die Tätigkeit der Einsatzgruppen allein der Sicherung des Hinterlandes galt, war mit dem Befehl, die gesamte jüdische Bevölkerung samt Frauen und Kindern zu töten, unglaublich geworden. Den Offizieren im Stab der Heeresgruppe Mitte enthüllte sich ein Mordsystem, wie es ohne Beispiel war. Sie bemühten sich daher, einen der Feldmarschälle zu Protest und Widerstand zu gewinnen. Sie mussten aber erleben, dass die Feldmarschälle wie Reichenau und Manstein, die Ausrottung der Juden in Befehlen an die Truppen rechtfertigten, ja, begrüßen.

Gerlachs und Hürters These, die Offiziere um Tresckow hätten jedenfalls zeitweise die Mordaktionen der Einsatzgruppen unterstützt, stützt sich auf die Verbindung, die zu deren Leiter, dem Kriminaldirektor Arthur Nebe, bestand.

Da Gerlachs Vorwürfe inzwischen von Historikern und in der Presse aufgenommen und diskutiert wurden, muss hier darauf eingegangen werden. Sie stützen sich einmal auf die Person des Leiters der Einsatzgruppe B, Arthur Nebe, der im rückwärtigen Gebiet der Heeresgruppe Mitte die Vernichtungsaktionen gegen die Juden durchführte. Nebe war seit 1938 mit Personen des militärischen Widerstandes in Verbindung getreten. Auch mit Tresckow und dem Stab der Heeresgruppe Mitte stand er in Verbindung. Seine Berichte mit den Zahlen der ermordeten Juden gingen über Tresckows Schreibtisch und wurden von ihm abgezeichnet. Die Heeresgruppe hatte keine Befehlsgewalt über die Einsatzgruppen, sie wurde lediglich informiert. Wahrscheinlich über seine Verbindung zu Nebe wurde Tresckow klar, dass die Mordaktionen der Einsatzgruppe B von höherer Instanz in allen Einzelheiten befohlen worden war, und kein Protest imstande wäre, daran etwas zu ändern.

Zwei Dinge stehen fest: Nebe wurde in Russland zu einem der größten Massenmörder des Russlandfeldzuges. An dieser Tatsache besteht kein Zweifel. Seine Kontakte zum Widerstand scheint er aus Opportunismus aufgenommen zu haben, sie kosteten ihn nach dem Attentat den eigenen Kopf. Wenn Gerlach, und mit ihm einige Historiker, aus dem Kontakt Nebes zur Heeresgruppe Mitte den Schluss ziehen wollen, dass Tresckow der Initiator der Mordaktionen Nebes sei, dann stellen sie die Wahrheit auf den Kopf. Wie hätte Tresckow der Initiator der Mordaktionen sein können, die von Himmler und der SS präzise geplant und von Hitler persönlich befohlen worden waren. Tresckow war Mitwisser, wie die entsprechenden Offiziere in den Heeresgruppen Nord und Süd, nur mit dem Unterschied, dass sich dort kein Widerstand dagegen regte. Erst das Wissen um die grauenvollen Vernichtungsaktionen konnte in Tresckow den tollkühnen Entschluss reifen lassen, als Oberst im Stab einer Heeresgruppe das NS-Regime stürzen zu wollen.

Der zweite Vorwurf betrifft Tresckows Verwicklung in den Partisanenkampf. Während Gerlach in einem eigenen Kapitel den Partisanenkampf korrekt darstellt, vermengt er bei der Behandlung des militärischen Widerstandes die von Einsatzgruppen, SS und Polizeieinheiten verübten Greuel und Terroraktionen, die die Anfangsphase des Partisanenkrieges prägten, mit den Abwehrmaßnahmen ab 1942. Auf diese Weise entsteht der Eindruck, dass auch jene dem Schutz der Truppe dienenden Maßnahmen Teil des Rassekrieges waren. 1941 war die Bekämpfung der Partisanen Teil der von den Einsatzgruppen verübten Greuel. Das änderte sich Anfang 1942, als der Einsatz der Partisanen von Moskau zentral gesteuert und nach militärischen

Gesichtspunkten geführt wurde. In den Erfolgsberichten über den Kampf gegen die Partisanen wurden von deutscher Seite, bei der Aufzählung der Getöteten, Juden getrennt von den anderen – die als Banditen bezeichnet wurde – genannt. An dieser Praxis wurde auch später festgehalten, als der Partisanenkrieg längst ein Kampf um die bedrohten Nachschublinien geworden war. Das hat dazu geführt, dass in machen Veröffentlichungen der gesamte Krieg gegen die Partisanen als Teil der Vernichtungsaktionen gegen die Juden angesehen wird. Auch Gerlach bezeichnet die Partisanenbekämpfung als einen „zielgerichteten, organisierten Massenmord“ und unterstellt, die Partisanenbekämpfung habe „meist aus dem Massakrieren unbewaffneter Bauern“ bestanden.

Mitte 1942 war klar, dass der Kampf gegen die Partisanen nicht gewonnen werden konnte. Dazu hätte man nach einer Studie etwa 40 Divisionen benötigt. Von da an stand weniger der Kampf gegen die Partisanen, sondern der Schutz der bedrohten Nachschublinien im Vordergrund. Wie gefährlich die Partisanen geworden waren dokumentieren folgende Tatsachen: Belegt durch das Kriegstagebuch der Heeresgruppe Mitte waren im Sommer 1942 ganze Bereiche im rückwärtigen Heeresgebiet von Partisanen beherrscht. Weniger als 50% der für die Front bestimmten Züge erreichten im August/September 1942 die Front. In diesem Zeitraum wurden 137 Lokomotiven zerstört, das war mehr als eine ganze Jahresproduktion. 174 russische Dörfer, die im Verdacht standen, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, wurden von den Partisanen niedergebrannt. Die berühmte Panzerschlacht im Kursker Bogen ging nicht zuletzt deshalb im Sommer 1943 verloren, weil es den Partisanen gelang, große Teile des Nachschubs zu vernichten. Im Sommer 1944, bei der Großoffensive gegen die Heeresgruppe Mitte, wurde der Nachschub vollständig abgeschnitten, so dass es zum Zusammenbruch der Heeresgruppe kam.²²

22 Der Partisanenkrieg ist noch nicht soweit untersucht, dass die Mordaktionen und der Kampf um die Nachschublinien differenziert gesehen werden, was sicher nicht leicht ist. Ein wichtiger Ansatz bei der Dokumentation: Sowjetische Partisanen in Weißrußland. Innenansichten aus dem Gebiet Barmoci 1941-1944. Eine Dokumentation von Bogdan Musial, Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Band 88, S. 2004. Der Partisanenkrieg diente einerseits zur Tarnung von Mordaktionen an Juden beiderlei Geschlechts. Es gab aber auch, wie Musial betont, starke, rein jüdische Partisanengruppen. Der Aufsatz von W. Manoschek (wie Anm. 19), ist ganz darauf abgestellt, dass der Partisanenkrieg eine Tarnung für den Judenmord gewesen sei. Auch werden in den Wehrmachtsunterlagen die Juden häufig nicht einfach als Juden, sondern als Plünderer und Herumtreiber und die Aktionen als Umsiedlung oder Aussiedlung bezeichnet. ebd. S. 175.

Diese Beispiele mögen genügen, um klar zu machen, dass von den russischen Partisanen nach 1942 im steigenden Maße eine ernsthafte Gefahr für die Truppe ausging. Die Gegenmaßnahmen gehörten zum Aufgabenbereich der militärischen Befehlshaber. Dass der Partisanenkampf von beiden Seiten mit ungeheurer Grausamkeit geführt wurde, ist unbestritten. Die Heeresgruppe musste den Nachschub für die Front sichern. Unabhängig davon gingen die Mordaktionen hinter der Front, im rückwärtigen Heeresgebiet, durch die Einsatzgruppen weiter, die zunehmend weniger die Partisanen als Zivilbevölkerung und Juden trafen. An diesen Mordaktionen beteiligten sich SS, SD und Polizeieinheiten, aber auch Wehrmachtseinheiten. Bis zum Herbst 1943 besaß die Heeresgruppe Mitte keine Befehlsgewalt über die im Partisanenkampf eingesetzten Verbände im rückwärtigen Heeresgebiet. Zu diesem Zeitpunkt gehörte Tresckow schon seit einem halben Jahr nicht mehr zum Stab der Heeresgruppe. Schon diese Tatsache zeigt, wie wenig fundiert die Vorwürfe Gerlachs gegen die Widerstandsgruppe um Tresckow sind. Gerlach vermengt die Vorschläge zur Sicherung des Nachschubs mit den Terrormaßnahmen der Einsatzgruppen und konstruiert daraus eine Initiative der Offiziere der Heeresgruppe zu den Massenverbrechen, indem er ihnen unterstellt, dass ihr Kampf gegen die Partisanen ausschließlich verbrecherischen Charakter besaß und systematischen Vernichtungsplänen folgte. Dieses Vorgehen ist unhistorisch und unredlich und steht im Widerspruch zu den von der Forschung ermittelten Tatsachen. Gerlach kann auch nicht erklären, warum Männer aus Empörung über die Verbrechen, an denen sie sich angeblich selbst beteiligt hatten, den extremen Entschluss fassten, mitten im Krieg das Staatsoberhaupt umzubringen. Er erklärt dieses jeder Logik entbehrende Verhalten mit der Absicht der Gruppe, den Krieg gewinnen zu wollen.

Dieser Erklärungsversuch übersieht wichtige Tatsachen. Die Widerstandsgruppe um Tresckow hatte sich bereits zu Beginn des Russlandfeldzuges, also zu einem Zeitpunkt gebildet, als ein militärischer Sieg noch möglich schien. Hitlers dilettantische Kriegsführung, gegen die sich die Verschwörer nach Gerlachs These in erster Linie wandten, bestimmte erst nach der Niederlage vor Moskau im Dezember 1941 das Geschehen. Damals übernahm Hitler selbst den Oberbefehl über das Heer, nachdem Feldmarschall v. Brauchitsch davon entbunden worden war. Die Forderung der Alliierten nach bedingungsloser Kapitulation nahm dem Widerstand die Chance, mit dem Putsch einen erträglichen Frieden zu erlangen.

Als die Vorbereitungen zum Staatsstreich im Herbst 1943 abgeschlossen wurden, war die militärische Niederlage nicht mehr abzuwenden. Wäre die Abwendung der Niederlage das eigentliche Ziel der Verschwörer gewesen, sie hätten sich das Ausarbeiten der Walkürebefehle sparen können. Gerlachs These, mit der er die Motive des militärischen Widerstandes erklären will, ist daher ebenso absurd, wie seine Behauptung, die Verschwörer hätten zu den Initiatoren der im Osten begangenen Massenverbrechen gehört. Es waren ja gerade diese Verbrechen, die sie zum Handeln veranlassten. Der militärische Widerstand scheiterte letzten Endes daran, dass sich keiner der deutschen Feldmarschälle des zweiten Weltkriegs fand, der bereit gewesen wäre, sich an die Spitze der Verschwörer zu setzen. Als es nach langen ergebnislosen Vorbereitungen endlich am 20. Juli 1944 zum Attentat kam, war der Erfolg nicht mehr das Wesentliche. So wie Tresckow Stauffenberg geantwortet hatte, ging es nur noch darum, der Welt zu beweisen, dass es in Deutschland einen zu Allem entschlossenen Widerstand gegen das verbrecherische Regime des 3. Reiches gab. Auch andere aktive Mitglieder der Verschwörung waren sich darüber im Klaren, dass der praktische Erfolg nicht das Wichtigste war. Einer der aktivsten Beteiligten an der Vorbereitung des Attentats, Fritz Dietloff Graf v. d. Schulenburg, meinte am 18. Juli zu einem Bekannten: „Wenn das Attentat misslingt, hat die Geschichte für die Beteiligten keinen Sinn mehr. Es gibt dann keine Möglichkeit, weiterzuleben. Das Attentat muß geschehen, das sind wir diesem Land schuldig.“²³

Die Verschwörer des 20. Juli 1944 wussten, dass ihre Tat zum Opfergang werden konnte. Etwa zweihundert der Besten unseres Volkes gaben damals ihr Leben hin, um dem deutschen Volk einen Weg in die Zukunft zu öffnen. Sie ließen sich auch durch die anfänglichen Erfolge nicht von ihrer Überzeugung abbringen, dass Hitlers Regime zutiefst unmoralisch war und verbrecherische Ziele verfolgte. Diese Meinung bestätigte sich 1941 in erschreckender Weise. Bei der Planung und der Durchführung des Krieges gegen die Sowjetunion enthüllte sich den Männern um Tresckow ein durchorganisiertes Mordsystem, das die Beseitigung der nationalsozialistischen Diktatur zur moralischen Notwendigkeit machte. Es war den Verschwörern klar, dass es angesichts der vom Regime durchgeführten Mordaktionen mehr auf die Tat-

23 Das Zitat bei Peter Hoffmann (wie Anm. 14), S. 384. Ulrich Heinemann, ein konservativer Rebell. Fritz Dietloff Graf v. d. Schulenburg und der 20. Juli, 1994, S. 169 bringt die Äußerung Schulenburgs, als sich das Scheitern des Putsches abzeichnete: „Wir müssen trotzdem weitermachen, wir müssen diesen Kelch bis zur Neige trinken. Wir müssen uns opfern.“

sache des Widerstandes, als auf den Erfolg ankam. Das unterscheidet das Attentat vom 20. Juli 1944 von den Umsturzversuchen von 1938/39. Damals war der Erfolg eine Notwendigkeit, um Schlimmeres zu verhüten. 1944 war das Schreckliche in so unvorstellbarem Ausmaß eingetreten, dass es nicht mehr auf den Erfolg, sondern auf die Tat als solche ankam.

Karl Wilhelm Fricke

Der Widerstand gegen die SED-Diktatur: Analyse – Deutung – Rezeption

1.

Indem ich mich für die Einladung zu diesem Vortrag bedanke – ich gestehe gern, dass ich sie als Auszeichnung empfinde –, möchte ich zugleich meiner Genugtuung darüber Ausdruck geben, dass hier an der Universität Oldenburg, die den verpflichtenden Namen Carl von Ossietzkys trägt, der Widerstand gegen die beiden Diktaturen zur Sprache gebracht wird, die Deutschland im 20. Jahrhundert heimgesucht haben. „Thematisiert werden in vergleichender Perspektive Inhalte und Formen des Widerstands gegen die NS- und SED-Diktatur“. Dieser Satz aus der Einladung zu dieser Veranstaltung ist in der deutschen Zeitgeschichtsforschung noch immer eine Rarität. Hier wirkt bis heute ein Defizit nach, bedingt durch die Vernachlässigung der Widerstandsgeschichte aus der Zeit *nach* 1945, das Widerstand jahrzehntelang ein Synonym für politische Gegnerschaft in der Zeit von 1933 bis 1945 sein ließ.

Es dauerte lange, bis sich die Erforschung des Widerstands im Deutschland der Diktaturen aus dem zeitgeschichtlichen Kontext der nationalsozialistischen Diktatur lösen sollte. Erst in den neunzehnhundertneunziger Jahren setzte hier ein Wandel ein, nach dem Zusammenbruch des europäischen Kommunismus. Dabei hätte nichts näher gelegen als die Möglichkeit, sich bei der Erforschung von Opposition und Widerstand in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und in der Deutschen Demokratischen Republik auf die Ergebnisse der Widerstandsforschung zu stützen, die sich auf die Jahre 1933 bis 1945 beziehen und zu untersuchen, inwieweit sie methodisch, typologisch und prinzipiell zu übertragen sind. Inzwischen trägt die Zeitgeschichtsforschung diesem Erfordernis zögernd, wenn auch unverkennbar Rechnung, wofür übrigens auch die heutige Tagung ein Beleg ist.

Ich spreche bewusst von „Opposition“ und „Widerstand“ und werde auf ihre begriffliche Differenzierung noch zurückkommen, aber generell sind ihre

Erscheinungsformen in der SBZ/DDR bereits in dem von Martin Broszat für oppositionelles und widerständiges Verhalten unter der nationalsozialistischen Diktatur geprägten Begriff der „Resistenz“ erfasst, die er als „wirksame Abwehr, Begrenzung, Eindämmung der NS-Herrschaft oder ihres Anspruches“ umschrieb, „gleichgültig von welchen Motiven, Gründen und Kräften her“. „Resistenz“ so verstanden ist mutatis mutandis auch auf die realsozialistische Diktatur übertragbar.

Die Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die der Bundestag in seiner 12. Legislaturperiode gebildet hatte, hat in ihrem Bericht an das Parlament diesen Begriff daher übernommen und folgendes Fazit gezogen:

„In seiner historischen Vielfalt reichte oppositionelles und widerständiges Verhalten in der SBZ/DDR von der Verweigerung bis zum individuellen Protest, vom bewussten, demonstrativen Aufbegehren bis zu sozialdemokratischem, christlich-demokratischem und liberalem Widerstand, der sich in Gruppen organisierte, von kommunistischer Dissidenz bis zu innerparteilicher Opposition, von politischen Streiks bis zur spontanen Massenaktion und zu Unruhen, von der Bildung offen agierender Gruppen und Bürgerinitiativen bis zum Widerstand, der sich konspirativ gesammelt und aktiv gehandelt hat.“

Die wesentlichen Erscheinungsformen von Resistenz in der zweiten deutschen Diktatur sind damit stichwortartig markiert.

Wie „Opposition“ und „Widerstand“ in der SBZ/DDR zueinander in Beziehung zu setzen und voneinander zu unterscheiden sind, habe ich in einer meiner früheren Arbeiten dahingehend bestimmt, dass sich Opposition als politische Gegnerschaft begreift, „die sich relativ offen, relativ legal zu entfalten versucht“, nicht ohne allerdings dem permanenten Risiko ihrer Kriminalisierung ausgesetzt zu sein, während Widerstand absolut auf „jede Möglichkeit zu offener und legaler Entfaltung“ verzichtet und daher von vornherein als „illegal“ im Sinne des Regimes gilt und sich auch selber so versteht.

Was in der historischen Retrospektive abstrakt anmutet, hatte seine konkrete Gestalt, trug Namen und Gesicht. Schon in den ersten Nachkriegsjahren sind Anfänge von Opposition und Widerstand in der SBZ auszumachen. Sie wurden nicht selten von Männern und Frauen getragen, die sich im Dritten Reich nicht schuldig gemacht hatten oder mitunter sogar im antifaschistischen Widerstand gewesen waren – und die sich allerdings um ihre demokratischen

Hoffnungen getrogen fanden. Ich denke an Männer wie den Christ-Demokraten Andreas Hermes oder den Liberalen Waldemar Koch, die frühzeitig gegen die Modalitäten der als „demokratische Bodenreform“ umschriebenen Landenteignung oder gegen Willkürentscheidungen bei Enteignungen in Industrie und Handel opponiert haben. Sie glaubten zunächst sogar, durchaus systemkonform zu handeln, im Sinne einer parlamentarischen Demokratie. Die Realität sollte sie ernüchtern, als sie ihre Opposition mit der Entfernung aus ihren Parteiämtern zu quittieren hatten.

Früher sozialdemokratischer Widerstand trat auf, als sich Genossen der 1945 wiederbegründeten SPD in Ost-Berlin und der sowjetischen Zone der unter massivem Druck vollzogenen Vereinigung ihrer Partei mit der KPD zu widersetzen versuchten – und als sie nach der Fusion innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands ihr historisches Erbe zu bewahren und Zusammenhalt unter sich zu pflegen bemüht waren – einschließlich ihrer Verbindungen zur SPD im Westen Deutschlands.

In Berlin, wo die vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges damals gemeinsam die Verwaltung ausübten, jede in ihrem Sektor, trat die frühe sozialdemokratische Opposition besonders deutlich zutage, als viele SPD-Genossen Nein sagten zur Fusion mit den Kommunisten. Die Urabstimmung am 31. März 1946 in den drei Westsektoren wurde zu einem weithin auch international wahrgenommenen Signal demokratischer Opposition.

Es würde meinen Vortrag überfrachten, wollte ich hier Opposition und Widerstand der Sozialdemokratie, wie sie in der SBZ und DDR bis Mitte der fünfziger Jahre in Erscheinung getreten sind, im einzelnen nachzeichnen. Ich beschränke mich daher auf zwei konkrete Beispiele, die als typisch anzusehen sind, auf zwei Fälle, die paradigmatisch für deutsches Schicksal unter zwei Diktaturen stehen. In der Forschung wird die Zahl der Sozialdemokraten, die in dieser Zeit in sowjetischen Lagern oder in sächsischen Zuchthäusern verschwanden, weil sie ihr Recht auf Opposition ausgeübt hatten, auf eine Größenordnung von 5 000 bis 6 000 beziffert.

Einer von ihnen war Gerhard Weck aus Werdau. Als Sozialdemokrat ist der 1913 Geborene 1934 zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt und anschließend in das Konzentrationslager Buchenwald überstellt worden. Schließlich musste er Kriegsdienst im Strafbataillon 999 leisten. Nach 1945 wurde er nicht zuletzt aufgrund seiner antifaschistischen Vergangenheit Stadtrat und Oberbürgermeister in Werdau. Am 21. Dezember 1948 wurde er von der sowjetischen Geheimpolizei festgenommen und am 9. Juni 1949 vom sowjetischen

Militärtribunal in Dresden wegen „sozialdemokratischer Umtriebe“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Erst nach siebeneinhalb Jahren Haft in Bautzen und Brandenburg-Görden war er wieder frei. Gerhard Weck verließ die DDR und ging nach Frankfurt am Main, wo er bis zu seinem Tode 1973 in der hessischen SPD tätig war.

Zweites Beispiel: Fritz Drescher, 1904 in Dresden geboren, in Halle aufgewachsen, Sozialdemokrat seit 1921, Zeitungsredakteur und kaufmännischer Angestellter. Schon bald nach Hitlers Machtergreifung wurde er wegen einer Flugblattaktion erstmals zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. 1936 folgten erneut Verhaftung und Verurteilung wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu vier Jahren Zuchthaus, die er bis 1940 verbüßte. 1945 zählte Fritz Drescher zu den Wiederbegründern der SPD im Regierungsbezirk Halle-Merseburg, wo ihn die Sowjetische Militäradministration als Vizepräsidenten der Bezirksregierung einsetzte. Zwei Jahre später wechselte er in das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der Landesregierung und übernahm die Leitung der Forstverwaltung von Sachsen-Anhalt. Wegen seiner Kontakte zum Ostbüro der SPD in West-Berlin wurde er am 4. September 1948 von der sowjetischen Geheimpolizei festgenommen und am 17. Juni 1949 vom sowjetischen Militärtribunal in Halle wegen „Spionage“, „sozialdemokratischer Gruppenbildung“ und „antisowjetischer Propaganda“ zu 25 Jahren Zwangsarbeitslager verurteilt. Mit ihm standen weitere dreizehn Genossen aus der Region vor Gericht. 1955 kehrte er als Workuta-Häftling in die Freiheit zurück. Natürlich siedelte er in die Bundesrepublik über, wo er als Verwaltungsleiter des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB tätig war. 1982 ist er gestorben.

Parlamentarische Opposition hielten in der ersten Nachkriegsjahren auch jene Männer und Frauen aus dem bürgerlichen Lager für möglich und notwendig, die im Oktober 1946 in die neu gewählten Landtage der SBZ eingezogen waren. Wie sie frühzeitig eingeschüchert und unterdrückt wurden, sollen ebenfalls zwei Beispiele illustrieren.

Zu nennen ist erstens Ewald Ernst, seit Oktober 1946 CDU-Abgeordneter im Landtag von Sachsen-Anhalt. Geboren in Dessau, Jahrgang 1921, technischer Zeichner von Beruf. Er war jugendpolitischer Sprecher der Ost-Union und parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion sowie einer der Schriftführer des Landtags geworden. Er wurde am 16. März 1947 in Halle festgenommen, nachdem in Ost-Berlin Manfred Klein, Georg Wrazidlo und andere in der CDU engagierte Studenten verhaftet worden waren. In ihrem

Prozess vor einem sowjetischen Militärtribunal wurde auch Ewald Ernst angeklagt und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Wie üblich lautete die Anklage auf Spionage. Er kam als Strafgefangener nach Bautzen, von wo er am 18. Januar 1954 aufgrund einer Amnestie entlassen wurde. Natürlich verließ er die DDR.

Ein ähnlich hartes Schicksal war Hermann Becker beschieden. Der 1905 in Plauen/Vogtland geborene Diplom-Volkswirt und Bankkaufmann, vor 1933 Mitglied der Radikal-Demokratischen Partei, zählte nach 1945 zu den Mitbegründern der Liberal-Demokratischen Partei in Thüringen, wo er Vorsitzender der LDP in Erfurt und stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes wurde. Beruflich war er als Geschäftsführer im Verlag der „Thüringischen Landeszeitung“ tätig. Auch er wurde 1946 in den Landtag gewählt und übernahm den Vorsitz seiner Fraktion. Becker wurde am 23. Juli 1948 während einer Sitzungspause des Landtags festgenommen und in das MGB-Gefängnis in Weimar eingeliefert. Nach vierwöchigen Vernehmungen überstellte ihn die sowjetische Geheimpolizei am 23. August 1948 in das zentrale Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen, wo er rund anderthalb Jahre in Untersuchungshaft verblieb.

Trotz monatelanger Verhöre war er nicht geständig. Er hatte nichts zu gestehen. Am 26. Juli 1950 wurde ihm eröffnet, dass er in „besonderer Beratung“ in Moskau durch ein sogenanntes administratives Fernurteil wegen „Spionage“ zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden wäre. Der Vorwurf war absurd. Es folgten Jahre als Zwangsarbeiter im Archipel GULag. Erst am 16. Oktober 1955 wurde Hermann Becker nach West-Berlin entlassen, wo er später als Geschäftsführer des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung gearbeitet hat. 1981 ist er verstorben.

Zwei exemplarische Fälle, wohlgemerkt, keineswegs die einzigen, in denen bürgerliche Parlamentarier, die nie der NSDAP angehört hatten, ausgeschaltet wurden. Gleich ihnen wurden mehrere Tausend Funktionsträger und aktive Mitglieder von CDU und LDPD ihres oppositionellen oder widerständigen Verhaltens wegen verfolgt. Annähernd 1500 Verhaftete aus den Reihen der Christlich-Demokratischen Union sind mit Namen und Daten belegt.

Auch nach Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 dauerten Opposition und Widerstand mittel- und ostdeutscher Sozialdemokraten wie bürgerlicher Politiker an. Aus der Geschichte der DDR-CDU reklamiere ich den Fall Dr. Dr. Helmut Brandt als Beispiel dafür, was Opposition sein und für Konsequenzen zeitigen konnte. Geboren 1911, Diplom-Volkswirt und Rechts-

anwalt, während des Zweiten Weltkrieges als Offizier in Kontakt mit Widerstandskreisen, 1945 Mitbegründer der Berliner CDU, 1949 Mitglied der Provisorischen Volkskammer und Staatssekretär im DDR-Justizministerium.

Als Helmut Brandt von Amts wegen von den „Waldheimer Prozessen“ erfuhr, in denen im Frühjahr 1950 durch DDR-Sondergerichte rund 3 400 Angeklagte unter Missachtung elementarer Rechtsgrundsätze wegen vermeintlicher Nazi- und Kriegsverbrechen verurteilt wurden, sorgte er dafür, dass das eklatante Justizunrecht in einer Kabinettsitzung unter Leitung von Ministerpräsident Otto Grotewohl auf die Tagesordnung kam – zur Empörung von Walter Ulbricht, dem starken Mann der SED. Am 6. September 1950 wurde Helmut Brandt vom Staatssicherheitsdienst der DDR festgenommen und nach dreidreiviertel (!) Jahren Untersuchungshaft, am 4. Juni 1954, in einem Geheimprozess vor dem Obersten Gericht zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt – demselben Prozess, in dem der Hauptangeklagte Georg Dertinger hieß, der erste Außenminister der DDR.

Nach acht Jahren als Strafgefangener in Bautzen wurde Helmut Brandt 1958 „auf Bewährung“ entlassen, mit Aufenthaltsbeschränkung für Dresden. Als er trotzdem nach West-Berlin zu fliehen versuchte, wurde er erneut verhaftet und am 13. März 1959 vom Bezirksgericht Frankfurt/Oder abermals zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt – diesmal wegen „Vorbereitung zur Spionage“ und „staatsfeindlicher Hetze und Propaganda“. Im Sommer 1964 erst konnte der CDU-Politiker nach insgesamt vierzehn Jahren DDR-Haft von der Bundesregierung freigekauft werden.

Alle diese Ansätze zu Opposition und Widerstand aus den späten vierziger, frühen fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erklären sich vor dem historischen Hintergrund jener Desillusionierung, die in der SBZ/DDR einsetzte, als sich der Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung zunehmend als Strategie der KPD/SED im Schulterschluss mit der sowjetischen Besatzungsmacht zur Eroberung der Macht erwies, als Entnazifizierung und Demokratisierung immer weniger verschleiert zu dem Zweck instrumentalisiert wurden, das Herrschaftsmonopol der SED durchzusetzen und eine politische Ordnung zu etablieren, die weit entfernt war von jener „Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk“, die 1945 die KPD in ihrem Aktionsprogramm proklamiert hatte, oder von jenem „demokratischen Weg zum Sozialismus“,

den die 1946 in ihren „Grundsätzen und Zielen“ programmatisch verankert hatte.

Von besonderer Bedeutung für die Oppositions- und Widerstandsgeschichte sind sodann das Denken und Handeln von Studenten und Hochschullehrern an den Universitäten der SBZ/DDR. Schon im zweiten Nachkriegsjahr setzte die Verfolgung oppositioneller Studenten und Professoren ein. Die schon erwähnte Zerschlagung eines der CDU zugehörigen Studentenkreises um Manfred Klein an der Ostberliner Universität im März 1947 war ein früher Beweis dafür.

Ungewöhnlich zahlreiche Opfer hatte die studentische Opposition an der Universität Leipzig zu bringen. Hier war am 11. November 1948 der weit über Leipzig hinaus populäre Studentenfürher Wolfgang Natonek festgenommen worden, weil er sich bei den fälligen Studentenratswahlen nicht dem Willen von SED und FDJ beugen wollte. Es war der Auftakt einer Verhaftungswelle unter Studenten in zweistelliger Zahl. Am 30. März 1949 wurde er von einem Sowjetischen Militärtribunal in Dresden zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Wolfgang Natonek musste siebeneinhalb Jahre in sächsischen Zuchthäusern zubringen. Bis zu seinem Tode 1994 wirkte er in Göttingen, wo er nach der Freilassung sein Studium nachgeholt hatte, als Geschichtslehrer. Insgesamt sind an der Universität Leipzig allein bis 1955 nicht weniger als 92 Studentinnen und Studenten von der sowjetischen Geheimpolizei ihrer oppositionellen und widerständigen Haltung wegen verhaftet und von sowjetischen Militärgerichten verurteilt worden. Die Zahl der später von DDR-Gerichten verurteilten Studenten ist nicht darin eingeschlossen. Die Studenten Herbert Belter, Heinz Baumbach, Heinz Eisfeld, Helmut Paichert, Gerhard Rybka und Axel Schroeder, alle sechs an der Universität Leipzig immatrikuliert, wurden wegen ihrer Gegnerschaft zur SED von sowjetischen Militärtribunalen 1951/52 zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen.

Schicksal um Schicksal ließe sich so benennen. Arno Esch und seine Gruppe an der Universität Rostock, Horst Hennig und Kommilitonen an der Universität Halle, ein Kreis um Hermann Marx an der Universität Jena, um wenigstens einige Namen zu nennen. Mit Namen und Daten belegt ist die Zahl von rund zwölfhundert, die unter der Diktatur der SED verhaftet und verurteilt wurden – zum einen durch sowjetische Militärtribunale, zum anderen durch Strafgerichte der DDR. Verhängt wurde wie gesagt auch die Todesstrafe.

Früher Widerstand begegnet dem Zeithistoriker nicht nur im studentischen Milieu, sondern häufig auch an Oberschulen. Typisch dafür ein bald nach Gründung der DDR entstandener Widerstandskreis an der Karl-Marx-Oberschule in Altenburg. Die ihm zugehörigen Schüler und Schülerinnen, aber auch Lehrer traten auf Flugblättern für demokratische Verhältnisse ein. Sie suchten sich ihre Vorbilder in der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ der Geschwister Scholl und in dem Drama „Die Illegalen“ von Günther Weisenborn. Die Orientierung an dem Weisenborn'schen Schauspiel, das den illegalen Kampf einer antifaschistischen Widerstandsgruppe zum Gegenstand hat, ging bei den Altenburger Schülern so weit, dass sie wie „die Illegalen“ im Drama einen illegalen Radiosender bastelten und zu Stalins Geburtstag am 21. Dezember 1949 auf Sendung gingen. Reichweite rund 40 Kilometer.

Unachtsamkeit und Mangel an konspirativer Erfahrung führte am 24./25. März 1950 zu einer Welle von Verhaftungen. Neunzehn Schüler und Lehrer wurden vor Gericht gestellt – vor ein sowjetisches Militärgericht in Weimar. Drei von ihnen, Joachim Näther, Siegfried Flack und Wolfgang Ostermann wurden zum Tode verurteilt und im Dezember 1950 in Moskau hingerichtet. Die zu Zwangsarbeit Verurteilten kamen teils nach Workuta, teils nach Bautzen und Waldheim. Ein viertes Todesurteil, das im April 1951 in Moskau vollstreckt wurde, richtete sich gegen den Oberschüler Ludwig Hayne, der zunächst hatte flüchten können. Er war nach Ost-Berlin gelockt und hier festgenommen worden.

Von ähnlichen Motiven wie die Altenburger Gruppe ließen sich auch 19 Werdauer Oberschüler leiten. Achim Beyer, einer von ihnen – er wurde 1951 in dem Prozess gegen diese Gruppe, in dem das Landgericht Zwickau insgesamt 130 Jahre Zuchthaus verhängt hatte, zu acht Jahren verurteilt – bestätigt in seinem Erlebnisbericht, dass sich der Widerstand auch dieser Gruppe durch Flugblätter der „Weißen Rose“ der Geschwister Scholl aus dem Jahre 1943 hatte inspirieren lassen.

Erst in den neunzehnhundertneunziger Jahren sind durch nun zugängliche Strafakten weitere politische Strafprozesse gegen Oberschüler und Studenten bekannt geworden, von denen Historiker zuvor keine Ahnung hatten. Ich verweise auf den Güstrower Oberschüler-Prozess am 27. September 1950, in dem Peter Moeller, Enno Henke und sechs Mitschüler zu Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden, weil sie Verbindung zur „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ in West-Berlin aufgenommen und nachts Flugblätter gegen die Einheitslisten-Wahl am 15. Oktober 1950 ver-

teilt hatten. Und ich verweise auf eine studentische Gruppe, deren Existenz jahrzehntelang verborgen geblieben war – eine Widerstandsgruppe in Jena, die sich ebenfalls den Namen „Weiße Rose“ gegeben hatte. Ihr Initiator und politischer Kopf, der Physikstudent Franz Hammer, war am 3. August 1954 verhaftet worden. Weitere Mitglieder der Gruppe wurden in den folgenden Wochen in Untersuchungshaft genommen. Durch Urteil des Bezirksgerichts Gera vom 12. Februar 1955 wurde Franz Hammer zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, seine vier mitangeklagten Kommilitonen, die sich schon von der Oberschule her kannten, erhielten Freiheitsstrafen bis zu sechs Jahren. Während sie nach und nach freikamen, starb Franz Hammer im Zuchthaus Waldheim. Er hat sich, 22 Jahre alt, in der Nacht vom 5. zum 6. September 1957 in seiner Zelle erhängt.

Auch bei Thomas Ammer, der übrigens den Fall Hammer recherchiert hat, ist die strukturelle Analogie beider Diktaturen als Handlungsmotiv antikomunistischen Widerstandes junger Menschen zu finden. Als führender Kopf des „Eisenberger Kreises“ bekennt er im Rückblick: „Die abermals errichtete Diktatur in einem Teil Deutschlands hatte zahlreiche Ähnlichkeiten mit dem NS-Regime. Nachdem den Deutschen mangelnder Widerstand gegen das NS-Regime vorzuwerfen war, empfanden viele in der SBZ/DDR besonders eindringlich die Verpflichtung, sich der Errichtung einer zweiten Diktatur in einem Teil Deutschland zu widersetzen. Der Widerstand gegen das Nazi-Regime, vor allem der der Geschwister Scholl und ihrer Gruppe, oft auch der Widerstand kommunistischer Gruppen, war daher sehr oft das Vorbild für den Jugendwiderstand in der SBZDDR“.

Als „Eisenberger Kreis“ verstand sich eine illegale Organisation von Oberschülern und Studenten in Thüringen, die nach mehrjähriger Aktivität im Februar 1958 von der Staatssicherheit liquidiert werden konnte. In vier Strafprozessen ebenfalls vor dem Bezirksgericht Gera zwischen Ende September und Mitte Oktober des selben Jahres wurden 24 Mitglieder zu Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren verurteilt – zu insgesamt 114 Jahren.

Die politische Enttäuschung über die innere Entwicklung der SBZDDR teilten nicht zuletzt auch und gerade linkssozialistische und kommunistisch-oppositionelle Gruppen. Deren Aktivitäten vornehmlich in den Jahren 1948 bis 1951 sind für den Widerstand gegen die Diktatur der SED insoweit charakteristisch, als sie eine spezifisch antistalinistische Opposition artikulierten und ähnlich wie sozialdemokratische und studentische Gruppen bewusst auf Taktiken zurückgriffen, die sich schon im illegalen Widerstand der NS-Zeit

bewährt hatten. Flugblattherstellung und Verteilung, Malen von Losungen an Mauern und Hauswände im Schutze der Dunkelheit, Beschaffung westlicher Bücher, Einschmuggeln von West-Zeitungen – das alles war in der SBZ seit 1947/48 wahrnehmbar und dauerte bis hinein in die sechziger Jahre.

Verkörpert wird der linkssozialistisch-anarchistische Widerstand durch den Berliner Publizisten Alfred Weiland, der nach 1945 als Initiator und Kopf einer losen Sammlung antistalinistisch gesinnter Linkssozialisten hervorgetreten ist – den „Gruppen Internationaler Sozialisten“, die er als Netzwerk der „heimatlosen Linken“ im geteilten Deutschland aufbaute. Ihre Zeitschrift „Neues Beginnen“, ein bescheidenes politisch-ideologisches Blättchen, wurde im Osten illegal, im Westen legal verbreitet. Er und seine Genossen verstanden sich als Rätekommunisten, als Verfechter eines radikalen Sozialutopismus. Sie glaubten an die proletarische Revolution durch spontanes Selbsthandeln der Arbeiter in den Betrieben. Sie propagierten einen nichttotalitären Sozialismus, lehnten indes nicht nur den diktatorischen Kommunismus radikal ab, sondern auch den sozialdemokratischen Reformismus.

Weiland, Jahrgang 1906, im „Roten Wedding“ geboren und aufgewachsen, gelernter Schlosser, Autodidakt, hatte sich schon in den späten zwanziger Jahre in rätekommunistischen Gruppierungen engagiert – 1933/34 zeitweilig in „Schutzhafte“, brachte er sich danach gleichwohl in die illegale Anti-Nazi-Arbeit ein. Der Zusammenbruch der NS-Diktatur führte ihn 1945/46 in die KPD/SED. Er arbeitete im Volksbildungswesen, überwarf sich aber bald mit der Partei. Seine Alternative sah er, nun ein enttäuschter Gegner der SED, in den GIS. Punktueller Zusammenarbeit mit dem Ostbüro der SPD, der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und sogar dem CIC schloss er dabei keineswegs aus, was erklärt, warum Weiland und Genossen zu einer frühen Herausforderung der SED wurde. Sie hielt die „Ultra-Linken“ trotz ihrer minderen Zahl für gefährlicher als oppositionelle Sozialdemokraten. „Operative Maßnahmen“ der Geheimpolizei wurden fällig.

Und so geschah das heute kaum mehr Glaubliche: Weiland wurde am Morgen des 11. November 1950 gegen 8.30 Uhr auf seinem täglichen Gang zum Postamt in der Neuen Winterfeldtstraße im Berliner Bezirk Schöneberg im damaligen amerikanischen Sektor betäubt, offenbar durch ein Kontaktgift, und ohnmächtig von zwei Männern in einen am Straßenrand wartenden Pkw gezerzt, der mit dem Opfer in Richtung Ostsektor davonrasete. Berlin im Kalten Krieg.

Weilands weiterer Weg veranschaulicht die gnadenlose Verfolgung „ultra-linker Sektierer“ im Osten. Nach einjähriger Untersuchungshaft bei den Russen kam der Entführte für weitere neun Monate in Stasi-U-Haft. Am 27. August 1952 verurteilte ihn das Landgericht Greifswald in einem eintägigen Geheimprozess ohne Verteidiger und Zeugen wegen Boykotttätze zu 15 Jahren Zuchthaus. Neun mitangeklagte Genossen aus Berlin und der mitteldeutschen Provinz erhielten Strafen bis zu zehn Jahren. Als Strafgefangener in Bützow-Dreibergen und Brandenburg-Görden bewies Weiland eine vorbildliche Haltung. Nach acht Jahren Haft wurde er amnestiert. Politisch wirkte er danach in der SPD bis zu seinem Tode 1978.

Wollte ich im Rahmen meines Vortrages die Oppositions- und Widerstandsgeschichte der DDR gleichsam im Zeitraffer rekapitulieren, hätte ich nach allem, was ich schon skizziert habe, auf die Selbstbehauptung und das Aufbegehren der Jungen Gemeinde der evangelischen Kirche 1952/53 einzugehen. Ausführlich wäre sodann die Geschichte des Aufstands zu würdigen, der mit dem Datum des 17. Juni 1953 verbunden ist und bei dem es nach jüngsten Forschungen zu Streiks, Demonstrationen, Kundgebungen und Unruhen in mehr als 700 Städten und Gemeinden der DDR gekommen ist – wesentlich mehr, als anzunehmen war, ehe sich die Archive der SED und des MfS öffneten. Inzwischen ist der Juni-Aufstand umfassend erforscht worden. Die Publikationsflut im vergangenen Jahr, als sich die Juni-Erhebung zum 50. Male jährte, legt Zeugnis davon ab. Dank des Zugriffs auf Akten aus Archiven der ehemaligen DDR wie der Russischen Föderation sind dabei immer noch neue Erkenntnisse und wichtige Details zu Tage gefördert worden.

So zum Beispiel über ein sowjetisches Standgerichtsverfahren am 18. Juni '53 in Magdeburg, in dem zwei Akteure des Aufstands in der Elbestadt zum Tode verurteilt wurden. Herbert Stauch, einer von ihnen, bezahlte seinen politischen Mut und seine Solidarisierung mit politischen Gefangenen mit seinem Leben. 35 Jahre alt, verheiratet, Vater zweier minderjähriger Söhne, selbstständiger Gewerbetreibender – er war seit 1952 Inhaber eines kleinen Betriebes zur Herstellung von Teigwaren –, hatte sich Herbert Stauch am 17. Juni in Magdeburg an einer Protestdemonstration vor dem Polizeipräsidium beteiligt. Von den Aufständischen durch Zuruf als Sprecher einer vierköpfigen Delegation gewählt, war er mit drei Gleichgesinnten durch ein Fenster in das bereits abriegelte Polizeipräsidium gelangt, um Forderungen der Demonstranten vorzubringen. Nach einer verbalen Auseinandersetzung

mit dem Polizeipräsidenten Herbert Paulsen und dessen Vertreter, Polizeimajor Kurt Hübner, verließen sie unverrichteter Dinge das Präsidium.

In der Nacht vom 17. zum 18. Juni wurde Herbert Stauch festgenommen und den Russen überstellt. Seinem Vernehmungsoffizier gegenüber hat er sein Tun nicht bestritten. Der Prozess vor dem Militärtribunal der sowjetischen Truppeneinheit Nr. 92401 in Magdeburg begann am 18. Juni um 13.05 Uhr. Das Gericht verhandelte nichtöffentlich. Ein Verteidiger war nicht zugegen. Die sogenannte „Beweisaufnahme“ dauerte laut Protokoll 40 Minuten. Als Zeugen machten Paulsen und Hübner belastende Aussagen. Um 13.45 Uhr zog sich das Gericht, das aus einem Oberstleutnant als Vorsitzenden und zwei Majoren als Beisitzer bestand, zur Beratung zurück und verkündete um 14.00 Uhr, also nach einer Viertelstunde, „im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken“ seinen Spruch: Todesstrafe durch Erschießen.

Die Begründung – ich zitiere aus der Originalakte nach sowjetischer Übersetzung: „Stauch, Mitglied der CDU-Partei, war an der konterrevolutionären Kundgebung vom 17. Juni 1953 gegen das Besatzungsregime und die örtlichen Machtorgane aktiv beteiligt. Als Mitglied der vierköpfigen Delegation, gewählt von der Menschenmasse, drang er ins Polizeipräsidium ein, wo er die Gewährung der politischen und wirtschaftlichen Freiheiten für die Rebellen, die Freilassung der Staatsverbrecher, sowie die Regierungsablösung forderte.“

Ungeachtet seiner merkwürdigen Sprache spiegelt das Urteil der Sachverhalt zutreffend wider. Herbert Stauch wurde zusammen mit einem zweiten zum Tode verurteilten Magdeburger Arbeiter namens Alfred Dartsch, durch Pistolenschüsse in das Hinterhaupt im Hof des Gefängnisses Magdeburg-Sudenburg exekutiert.

In die Oppositions- und Widerstandsgeschichte einzubeziehen wäre ferner die sogenannte Revisionistische Opposition in der Mitte der fünfziger Jahre, die auf's engste mit den Namen Wolfgang Harich und Walter Janka verbunden, aber keineswegs auf sie beschränkt ist. Und aufzuzeigen wäre Widerstand in der jungen Generation, der erneut in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre an Oberschulen und Universitäten der DDR aufgeflammt – in Ost-Berlin, Greifswald, Halle, Jena und Dresden.

Zu thematisieren wäre ferner die bäuerliche Gegenwehr im Kontext mit der Kollektivierung der Landwirtschaft, die sich bis 1959/60 hinzog. Zu benennen wäre die organisierte Fluchthilfe als eine Form von Widerstand nach

dem 13. August 1961, deren Geschichte noch kaum erforscht worden ist. Aufzuzeigen wäre auch die Wehrdienstverweigerung in der DDR nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht durch Gesetz vom 24. Januar 1962. Ihre Bedeutung für die Oppositionsgeschichte der DDR wird erst allmählich erfasst.

Darzustellen wäre die Solidarisierung mit dem „Prager Frühling“ und die daraus resultierenden Protestaktionen gegen die Warschauer Pakt-Intervention gegen die CSSR in der DDR. Nach Ermittlungen der Staatssicherheit wurden über 2700 Protesthandlungen registriert – ich zitiere: „darunter solche Delikte wie Anbringen von Hetzlosungen, 469 Fälle, Verbreitung von Hetzschriften, 323 Fälle“. Die Volkspolizei zählte rund 1700 Straftatbestände, die mit dem Einmarsch in Verbindung standen. Zu würdigen wäre die öffentliche Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz am 18. August 1976 in Zeitz, ein tragisches Fanal aus Protest gegen die Jugendpolitik unter der Diktatur der SED. Aufzuarbeiten wären der intellektuelle Aufstand des Robert Havemann und der öffentliche Protest intellektueller und künstlerischer Milieus gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Wolf Biermann, der zu einem entscheidenden Impuls öffentlich demonstrierter Opposition werden sollte.

Flankiert wurde die Entwicklung durch das Aufkommen erster Menschen- und Bürgerrechtsinitiativen in der DDR nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte von Helsinki am 1. August 1975 durch Erich Honecker, die sich alsbald als eine Berufungsgrundlage erwies, auf die sich das Einfordern von Bürgerrechten gründen konnte. Auch die „Abstimmung mit dem Ausreiseartrag“ wäre in diesen Kontext zu stellen, die Abwanderungsbewegung aus der DDR in ihrer krisenhaften Auswirkung auf den zweiten deutschen Staat.

Ein weiteres Themenfeld wäre die Sammlung und das Bekennen oppositioneller Gruppierungen mit pazifistischer, bürgerrechtlicher und ökologischer Programmatik unter dem Schutzdach der evangelischen Kirche. Sie nimmt in den späten siebziger, frühen achtziger Jahren deutlich Konturen an, etwa in Gestalt der Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“ oder im Eintreten für einen Sozialen Friedensdienst als Alternative zum Wehrdienst. Nicht zu übersehen wären zudem eklatante Einzelaktionen wie 1983 der „Berliner Appell“ von Robert Havemann und Rainer Eppelmann oder 1986 die Gründung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“.

Für die Endzeit der DDR wäre schlussendlich das zunehmend öffentliche Auftreten der Opposition herauszuarbeiten, die Abhaltung etwa von Frie-

densseminaren, gewaltfreien Demonstrationen in der Provinz, die in Dresden, Jena und Leipzig zu beobachten waren, oder auch die Demonstration von Bürgerrechtlern am 18. Januar 1988 in Berlin am Rande des traditionellen Liebknecht-Luxemburg-Gedenkmarsches. Auch wenn sie noch keinen Massencharakter angenommen hatten, so trugen all diese Erscheinungen von Opposition gleichwohl zur Destabilisierung des Regimes bei.

Eine wichtige Zäsur in diesem Prozess markierten die Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, die letzten Einheitslistenwahlen unter dem Diktat der SED. Zunehmend bildeten sich in ihrem Vorfeld oppositionelle Wählerinitiativen, die vor und auch nach dem Wahltag die Öffentlichkeit suchten, sei es, um die Möglichkeit einer alternativen Wählerentscheidung durch Aufstellung eigener Kandidaten zu ertrotzen, sei es, um Wahlfälschungen anzuprangern. Im zeitlichen Kontext ging die Opposition offen zur Bildung basisdemokratischer Gruppierungen, Zusammenschlüsse und zuletzt von unabhängigen Parteien über. So entstanden „Neues Forum“, „Demokratie Jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“ und die Sozialdemokratische Partei (SDP). Am Ende des revolutionären Prozesses standen die gewaltfreie Erhebung der Massen und Honeckers „Rücktritt“.

II

Ein Versuch, nach dem Gesagten zu verallgemeinernden Aussagen zu kommen, gipfelt in der Kernthese, dass Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR primär auf innere Ursachen zurückzuführen waren, auf den Gegensatz von Herrschaft und Gesellschaft, auf soziale Konflikte auch, hervorgerufen durch jene „Revolution von oben“, die in der Nachkriegszeit eingeleitet und 1952 durch die Beschlüsse der 2. Parteikonferenz der SED verschärft wurden. Was offiziell „Aufbau des Sozialismus“ in der DDR hieß, war längst zur stalinistischen Diktatur verkommen. Zwar hatte, was als Aufbau einer „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“ kaschiert worden war, nach dem Desaster der ersten Diktatur in Deutschland durchaus viele Menschen hoffnungsvoll gestimmt, vorläufig, aber die politische Desillusionierung ließ nicht lange auf sich warten.

Opposition und Widerstand waren, anders gesagt, Reaktionen auf den erzwungenen Marsch in den „Okkupationssozialismus“, auf Repression und Unrecht. Nicht hingegen waren sie eine Folge dessen, was die Staatssicherheit als „politisch-ideologische Diversion“ verteufelte und zum Erklärungs-

muster „politischer Untergrundtätigkeit“ stilisierte, um die innere Bedingtheit von Opposition und Widerstand leugnen zu können.

Mit dieser Aussage will ich die Rolle westlicher elektronischer Medien in ihrer grenzüberschreitenden Wirkung auf die DDR keineswegs klein reden. Ohne Zweifel haben sie im Staat der SED, in dem sich die Machthaber auch das Informations- und Meinungsmonopol angemäht hatten, erheblich zur Schärfung des kritischen Bewusstseins in der Bevölkerung beigetragen – früher zunächst nur der Rundfunk, später auch das Fernsehen, soweit es empfangen werden konnte. Indes durfte ihre Einwirkung auf die DDR zu keiner Zeit so hoch veranschlagt werden, dass oppositionelles oder widerständiges Verhalten daraus allein zu erklären gewesen wäre. In dramatischen Krisensituationen – so im Vorfeld des Juni-Aufstandes '53 und des Umbruchs im Herbst '89 – mögen sie den revolutionären Prozess mobilisierend flankiert haben, politischen Katalysatoren gleich, aber sie haben ihn nicht hervorgerufen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass sich in den neunzehnhundertachtziger Jahren Exponenten der Opposition wie Bärbel Bohley oder Rainer Eppelmann verstärkt und zielbewusst westlicher Medien bedienten, um ihre politischen Vorstellungen in der DDR öffentlich zu machen, und gewiss wäre auch Robert Havemann ohne seine Publikationen und Interviews im Westen mundtot geblieben. Rudolf Bahro, der 1977 sein Buch „Die Alternative“ durch aufsehenerregende Selbstinterviews buchstäblich über Nacht zum Thema in beiden Teilen Deutschlands machen konnte, wäre ohne die Unterstützung durch Rundfunk und Fernsehen im Westen für die DDR eine unbekannt politische Größe geblieben. Ungeachtet dessen aber beschränkten sich die Westmedien, wie es ihrem Selbstverständnis und ihrer Funktion entsprach, eben nur auf die Information darüber, was ihnen aus der DDR zugänglich geworden war. Aber es wäre grotesk, etwa RIAS Berlin für den Aufstand '53 oder den Deutschlandfunk und namentlich das „Westfernsehen“ für den Umbruch '89 als Verursacher in historische Haftung zu nehmen.

Auch westliche Widerstandsorganisationen waren für Opposition und Widerstand in der DDR nicht konstitutiv. Allenfalls hielten sie eine gewisse Logistik bereit und ließen ihnen propagandistische Unterstützung zuteil werden. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP sind in diesen Kontext einzuordnen, die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und der Untersuchungsausschuss Freiheitlicher Juristen.

In der Agitation und Propaganda der SED wurden die Ostbüros in West-Berlin, die KGU und der UFJ pauschal als „Agentenzentralen“ charakterisiert, gegründet von westlichen Geheimdiensten eigens zu dem Zweck, die „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ zu unterwühlen.

Soweit sie gegen die Ostbüros vorgebracht wurden, waren solche Anschuldigungen vor allem auf die Notwendigkeit zurückzuführen, sich konspirativer, im Sinne des Regimes illegaler und nachrichtendienstlicher Methoden zu bedienen, um Informationen aus der SBZ/DDR zu beschaffen oder Kontakte zu Gleichgesinnten und Gegnern des Regimes aufrechtzuerhalten. Konspiration war aus Sicherheitsgründen nötig, um Kuriere und Adressaten in der SBZ/DDR zu schützen.

Selbst die KGU und der UFJ – beide wurden vom amerikanischen Geheimdienst gefördert und später auch von der Bundesregierung finanziert – erscheinen in einem besonderen Licht, wenn daran erinnert wird, dass zu ihren Gründern im Falle der KGU ehemalige Häftlinge aus der SBZ, die einen Suchdienst aufbauen wollten, sowie Männer zählten, Rainer Hildebrandt und Ernst Tillich, die schon unter der NS-Herrschaft Widerstand geleistet hatten und die nun der neu aufziehenden Diktatur entgegenwirken wollten. Im Falle des UFJ ging die Initiative primär von Juristen aus der SBZ aus, eine „Verschwörung der Rechtlichen“, um durch Publikation und Dokumentation neuem Unrecht entgegenzutreten. Es war den Umständen der Zeit und des Ortes geschuldet, wenn die in West-Berlin residierenden Geheimdienste der drei westlichen Alliierten, zumal die CIA, in diesem politischen Spiel stets „mitzumischen“ versuchten.

Demgegenüber diente die Diskreditierung von Opposition und Widerstand durch die SED als „Agententätigkeit“ hauptsächlich dazu, ihren Akteuren um jeden Preis eine politische Motivation, eine moralische Rechtfertigung abzuerkennen. Der Gegner galt als „Klassenfeind“, er handelte a priori aus niederen, aus kriminellen Beweggründen, mochte seine politische Intention auch noch so eindeutig sein.

Die Realität war eine andere. Widerständler, die bewusst Spionage für westliche Geheimdienste geleistet haben, waren nicht selten Menschen, die aus politischer Überzeugung oder moralischer Gesinnung handelten. Für sie war Spionage ein legitimes Mittel des Widerstands gegen ein totalitäres Regime. Im antifaschistischen Widerstand ist diese Legitimität übrigens unumstritten – warum sollte es im antikommunistischen Widerstand nicht so sein?

Einer dieser Spione aus Überzeugung war Karl Anton Hansel, ehemals Offizier im besonderen Einsatz des MfS, Dienstrang Hauptmann, der im VEB Flugzeugwerk Dresden getarnt als Direktor für Kader und Sicherheit platziert war. Geboren 1921, war der ursprünglich gläubige Kommunist, der 1943 als Soldat der Wehrmacht wegen Wehrkraftzersetzung zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt und später einem „Bewährungsbataillon“ zugeteilt wurde, in der Nachkriegszeit mit verschiedenen Funktionen in der politischen Kriminalpolizei und in der Staatssicherheit betraut, ehe er 1956 seine Aufgabe in Dresden übernahm.

Bereits drei Jahre zuvor hatte er sich zur Zusammenarbeit mit der CIA entschlossen. Der Aufstand vom 17. Juni hat ihn offenbar in seiner regimfeindlichen Einstellung bestärkt. Am 2. September 1960 wurde er festgenommen und nach einjähriger Untersuchungshaft angeklagt. In der Untersuchungshaft räumte er seine Gegnerschaft unumwunden ein. Am 9. September 1961 wurde Karl Hansel vom Bezirksgericht Neubrandenburg wegen Zersetzung im MfS, Verrats von Personaldaten und Spionage im schweren Fall zum Tode verurteilt und einen Monat später, am 10. Oktober, 40-jährig, in Leipzig erschossen. Ein Gnadengesuch einzureichen hatte er sich ausdrücklich geweigert mit der Begründung – auch das ist aktenkundig –, er wäre „in seinem bisherigen Leben kein Feigling (gewesen) und wisse auch mutig zu sterben.“

Nach den Ermittlungen der Staatssicherheit soll Hansel im Laufe seiner fast siebenjährigen Zusammenarbeit mit der CIA 30 Zusammenkünfte mit verschiedenen Mitarbeitern des amerikanischen Geheimdienstes in West-Berlin gehabt haben. Jedes Mal überbrachte er die in der Zwischenzeit gesammelten Informationen. „Insbesondere berichtete der Beschuldigte über die Struktur, die Arbeitsmethoden und die vom Ministerium für Staatssicherheit durchgeführten Maßnahmen zur Bekämpfung von Verbrechen gegen die Sicherheit unseres Staates. (...) Darüber hinaus verriet er die Personen, die wegen dringenden Verdachts der Spionagetätigkeit vom MfS entlarvt werden sollten, und schuf damit die Voraussetzung, um sich einer strafrechtlichen Verantwortung zu entziehen.“ Spionage als Widerstand? Zweifellos.

Ich darf noch einmal den Gedanken aufgreifen, dass Opposition und Widerstand in der DDR aus den politischen und sozialen Verhältnisse im Staat der SED selbst hervorgingen und sich einem dialektischen Prozess gleich mit ihnen auch wandelten – im Weg wie im Ziel. Erst als klar war, dass in der DDR freie Wahlen dauerhaft unterbunden wurden, keimte Protest gegen die

Einheitslistenwahlen. Erst mit der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft regte sich Widerstand im Dorf. Erst als nach dem 13. August 1961 alle Fluchtwege nach West-Berlin abgeriegelt waren, wurde Fluchthilfe als eine DDR-spezifische Form des Widerstands aktuell. Erst die Militarisierung von Staat und Gesellschaft im „sozialistischen Staat deutscher Nation“ brachte Wehrdienstverweigerung und radikalen Pazifismus in der DDR hervor. Erst die Weigerung der DDR-Regierung, ihre mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki eingegangenen Verpflichtungen einzulösen, provozierte die Bildung von Bürgerrechtsinitiativen. Der Kausalzusammenhang zwischen der Strategie und Taktik der SED und oppositioneller und widerständiger Reaktion ist in jeder Phase nachzuweisen.

Bei aller Vielfalt in den politischen Zielen gab es allerdings ein elementares Verlangen, dessen Kontinuität in Opposition und Widerstand in der DDR unverkennbar hervortritt – die Forderung nach freien Wahlen. Soweit programmatische Aussagen oppositioneller und widerständiger Kreise schriftlich überliefert sind, enthielten sie zumeist *expressis verbis* die Forderung nach freien Wahlen. In ihr aktualisierte sich über Jahrzehnte hinweg eine elementare Forderung, die schon junge Menschen in ihren illegalen Flugblatt- und Malaktionen gegen die ersten Einheitslistenwahlen am 15. Oktober 1950 aufgestellt hatten, und es geschah geradezu zwangsläufig, wenn die Forderung nach freien Wahlen auch zu der bestimmenden Losung der Aufständischen am 17. Juni 1953 wurde. Von hier spannt sich der Bogen bis hin zu den Bürgerrechtsgruppen, die bei den letzten Einheitswahlen in der DDR, den Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 die Forderung nach freien Wahlen manifest gemacht haben – nun sogar in aller Öffentlichkeit.

Neben dem Eintreten für freie Wahlen ist nur noch *eine* Forderung auszumachen, die Oppositionelle und Widerständler in der DDR über Jahrzehnte bewegt hat und die immer wieder artikuliert worden ist, sei es auf Flugblättern oder in Wandlosungen, sei es bei der Niederschrift programmatischer Aussagen: die Forderung nach Liquidierung des Ministeriums für Staatssicherheit und nach strafrechtlicher Ahndung seiner Verbrechen. Eine Untersuchung von Strafurteilen gegen Oppositionelle, in denen aus der Beweisaufnahme vor Gericht ihre Zielsetzungen wiedergegeben wurden, würde Belege dafür in großer Zahl zutage fördern.

Bleibt zum Schluss die Frage nach dem Sinn von Opposition und Widerstand gegen die Diktatur der SED. Mit Gewissheit wären Willkür und Repression in der DDR unvergleichlich zügelloser, drückender und brutaler gewesen,

hätten sich Opposition und Widerstand *nicht* geregt. Zumal im geteilten Deutschland waren die Machthaber in Ost-Berlin und Moskau durch Opposition und Widerstand in der SBZ/DDR ständig zu taktischer Rücksicht genötigt. Schon deshalb kann es keinen Zweifel an ihrem Sinn geben. Auch ihre historische Legitimität steht außer Frage – unbeschadet der objektiv gegebenen Schranken. Natürlich waren die Perspektiven von Opposition und Widerstand gegen die Diktatur der SED durch die imperialen Interessen der Sowjetunion bestimmt. Ein Wandel des Regimes in der DDR war immer nur in den politischen Grenzen denkbar, die in Moskau abgesteckt wurden.

So lange die Machthaber im Kreml den Bestand des Regimes durch die in der DDR stationierten Sowjettruppen garantierten, durfte realistischere Weise ein radikaler Wandel oder gar der Zusammenbruch der SED-Diktatur nicht erwartet werden. Erst als die DDR für Michail Gorbatschow ihren Nutzen verloren hatte und eher zur politischen Belasung geworden war, kündigte er seine Bestandsgarantie für den zweiten deutschen Staat auf. Als er einsehen musste, dass sich die DDR unter Erich Honecker endgültig als reformunwillig und reformunfähig erwies, war das Schicksal des Sozialismus in den Farben der DDR besiegelt – und die Menschen in der DDR gingen mit der Losung „Wir sind das Volk“ auf die Straße, als sie begriffen, dass anders als im Juni '53 die Sowjetsoldaten in ihren Kasernen blieben, Gewehr bei Fuß sozusagen.

Wenn die Herrschenden die Existenz von Opposition und Widerstand in der DDR auch stets geleugnet haben, so waren sie sich ihrer dennoch bewusst. Speziell das Trauma des 17. Juni 1953 hat sie nie verlassen. „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“ – fragte Stasi-Chef Erich Mielke in einer Dienstkonzferenz am 31. August 1989. Mit Recht. Zwischen dem Aufstand damals und dem Aufbruch der Massen sechsunddreißig Jahre später besteht ein historischer Zusammenhang, insofern als die demokratische Revolution im Herbst '89 vollendet hat, was im Sommer '53 seinen Anfang nahm.

Auch diese Erkenntnis gehört zur DDR-Oppositions- und Widerstandsgeschichte. Sie dem kollektiven Gedächtnis der Gesellschaft einzuprägen und in die deutsche und europäische Erinnerungskultur einzubringen, halte ich für ein geschichtspolitisches Gebot der Gegenwart. Voraussetzung dazu ist die Aufarbeitung aller Defizite der Oppositions- und Widerstandsgeschichtsforschung aus der Vergangenheit. Ergebnisse der DDR-Geschichtswissenschaft fallen dabei übrigens nicht ins Gewicht – es liegen keine vor.

Geschichtsforschung zu Opposition und Widerstand nach 1945 fand für Historiker im Staat der SED nicht statt. Bis zum Umbruch 1989/90 galt für sie als verbindliche Maxime die Auffassung, „in sozialistischen Staaten“ – mithin auch in der DDR – existiere für Opposition und Widerstand „keine objektive politische und soziale Grundlage“. Damit war für die Forschung das Thema tabu.

Freilich haben sich zu Zeiten der deutschen Teilung auch nur wenige bundesdeutsche Historiker der Oppositions- und Widerstandsgeschichte der DDR zugewandt. Als Erklärung für solche Abstinenz reicht der nicht unbegründete Hinweis auf Quellenmangel gewiss nicht aus. Es war auch politischer Opportunismus im Spiel, die Scheu, zumal im Zeichen der westöstlichen Entspannungspolitik der siebziger und achtziger Jahre, durch Widerstandsgeschichtsforschung in den Ruch eines kalten Kriegers zu geraten.

Umso dringender scheint mir die wissenschaftliche Erforschung von Opposition und Widerstand gegen die Diktatur der SED, zumal außer „weißen Flecken“ in der Ereignisgeschichte auch theoretische Probleme bei der schlüssigen Definition von Opposition und Widerstand zu lösen sind. Ulrike Poppe, Rainer Eckert und Ilko-Sascha Kowalczuk ist zuzustimmen, wenn sie „zwischen der fundamentalen Gegnerschaft sozialdemokratischer, christlicher und anderer Gruppen bzw. Einzelpersonen in den späten vierziger und in den fünfziger Jahren einerseits und den überwiegend auf Reform des realsozialistischen Systems gerichteten Gruppierungen der siebziger und achtziger Jahre andererseits“ unterscheiden. Die Unterscheidung bedarf indes einer begrifflichen Präzisierung und inhaltlichen Differenzierung.

Von selbst versteht sich, dass heroisierende Legendenbildung in der Oppositions- und Widerstandsgeschichte nichts zu suchen hat. Ein Widerstandsmythos ist nicht gefragt. Gefordert ist die historische Wahrheit – eine überzeugende Geschichtspolitik muss auf historischer Rationalität basieren. Das gebietet nicht nur das Ethos des Historikers, sondern auch der Respekt vor den Männern, Frauen und jungen Menschen, die in der Opposition und im Widerstand gestanden und Opfer gebracht haben. Sie sind und bleiben historische Kronzeugen eines besseren Deutschlands und – ich füge hinzu: eines demokratischen Europas.

Die Zeitgeschichtsforschung hat sich bewusst zu sein, dass sich eine wichtige gemeinsame Erinnerung aller ostmitteleuropäischen Länder auf den antitotalitären Widerstand bezieht. Ihr eröffnet sich hier die Chance, den Widerstand gegen die beiden Diktaturen im Europa des zwanzigsten Jahr-

hunderts in einem gemeinsamen Erinnerungskanon zu verankern, der identitätsstiftend wirken kann in einem Europa, in dem Ost und West zusammenwachsen.

Literatur

- Thomas Ammer: ‚*Weißer Rose*‘ in Jena. Eine ‚unbekannte‘ Widerstandsgruppe gegen das SED-Regimes, in: Deutschland Archiv, S. 615-626.
- Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczyk/Ehrhart Neubert: *Die verdrängte Revolution*. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte, Bremen 2004.
- Karl Wilhelm Fricke: *Spionage als antikommunistischer Widerstand*. Zur Zusammenarbeit mit westlichen Nachrichtendiensten aus politischer Überzeugung, in: Deutschland Archiv Nr. 4/2002, S. 566-576.
- Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann: *Der ‚Tag X‘ und die Staatssicherheit*. 17. Juni 1953 – Reaktionen und Konsequenzen im DDR-Machtapparat, Bremen 2003.
- Karl Wilhelm Fricke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel: *Opposition und Widerstand in der DDR*. Politische Lebensbilder, München 2002.
- Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk: *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung*. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995.

Armin Mruck

Widerstand in der internationalen Erinnerungskultur: Die F. D. Roosevelt-Administration und der deutsche Anti-Hitler-Widerstand

Gerade in diesem Jahr wird das Wort Erinnerungskultur in den USA in großen Buchstaben geschrieben. Am Memorial Day, Ende des Monats Mai, wurde in Washington das Denkmal zur Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg eingeweiht. Tausende von Veteranen des Zweiten Weltkrieges waren anwesend, ebenso Präsident Bush und der Kandidat der Demokratischen Partei für das Amt des Präsidenten, Senator John Kerry. Am Abend des 30. Mai fand eine Veranstaltung in unmittelbarer Nähe des Capitols statt, in welcher der Taten und der Opfer von Kriegsteilnehmern des Zweiten Weltkrieges, des Korea-, des Vietnam- und des Irak-Krieges gedacht wurde. Teilnehmer dieser Kriege berichteten über das Leben, die Taten, das Leiden und Sterben amerikanischer Soldaten. Persönliche Berichte wurden durch projizierte Bilder begleitet, darunter Bilder von gefallenen und verwundeten Soldaten. Zwischendurch spielte eine Kapelle Musik des Zweiten Weltkrieges. Besonders vorgestellt wurde ein Veteran, der am 6. Juni 1944, dem Tag der alliierten Invasion, an der Normandieküste gelandet war. Am Sonntag, dem 6. Juni, berichteten die Medien über die Ereignisse, die sich vor sechzig Jahren an der Normandie-Küste abgespielt hatten. Besonders betont wurde die Teilnahme des deutschen Bundeskanzlers, der zum ersten Mal als Vertreter Deutschlands zu diesem Gedenktag eingeladen worden war. In seiner Rede zum 6. Juni 1944 erwähnte Bundeskanzler Schröder den 20. Juli 1944.

Wenn man dabei keinerlei Glorifizierung des Krieges, eher das Gegenteil, erkennen konnte, so wurden dennoch die Worte Hero/ Held, sacrifice/Opfer, honor/Ehre, Landesverteidigung, Patriotismus, freedom/Freiheit oft gebraucht. Auch beobachtete man persönliche Dankbekenntnisse von jüngeren Amerikanern gegenüber den Veteranen des Zweiten Weltkrieges. Als Sieger

im Zweiten Weltkrieg haben US Amerikaner keinerlei Probleme, sich mit der grausamen Realität des Krieges auseinander zu setzen.

Auch wenn die Daten 6. Juni und 20. Juli 1944 nahe beieinander liegen, so gibt es für US-Amerikaner der Gegenwart wenig Anlass, sich mit dem deutschen Anti-Hitler-Widerstand auseinanderzusetzen; hatte doch dieser Widerstand keinen Einfluss auf den Gang des Krieges.

Für Amerikaner war der Zweite Weltkrieg ein „guter Krieg“, ein Krieg mit klaren Zielen, nämlich gegen Tyrannen, für Freiheit und Demokratie. Elf Millionen US-Amerikaner dienten in diesem Krieg, über 400.000 Soldaten fielen, allein etwa 5000 an der Invasionsküste Frankreichs. Die überlebenden Veteranen werden in diesen Tagen gefeiert. Anders sieht es für die deutsche Seite aus. Deutsche Soldaten kämpften und starben für ein menschen-verachtendes Regime, das letztendlich den „guten“ Siegern unterlag.

Dennoch, so meine ich, müssen wir, wenn auch unter anderen Vorzeichen, die deutsche Erinnerungskultur pflegen.

Aus der Nazityrannie wuchs mit Hilfe der Alliierten in der Nachkriegszeit eine stabile Demokratie, zunächst in einem Teil Deutschlands. Man lernte in Deutschland aus den Fehlern der Vergangenheit und hierbei spielte der deutsche Anti-Hitler-Widerstand eine wichtige Rolle. Auch wenn wir wissen, dass aus historischen Gründen Demokratie für viele Widerständler nicht unter den wichtigen Zielen war, so war es doch die *Wiederherstellung des anständigen, moralischen Deutschlands*, „*the other Germany*“, wie man es auch nannte.

Es sind diese Widerständler, die ihrem *Gewissen* folgten und damit zu passiven oder aktiven Gegnern des Nazismus wurden, die willens waren, ihr Leben für das anständige Deutschland zu opfern, die ein Teil der Erinnerungskultur in Deutschland und zumindest auch für Historiker und an deutscher Geschichte Interessierte in den USA sind. Verfolgen wir das Interesse, das US-amerikanische Historiker am deutschen Anti-Hitler-Widerstand zeigten und noch zeigen, dann erkennen wir, dass trotz oft berechtigter Kritik an den Zielen und Handlungen von Widerständlern diesen gegenüber allgemein Achtung gezollt wird.

Dies trifft um so mehr zu, als man weiß, welche Tragödie sich gerade im Verhältnis deutscher Oppositioneller mit der F. D. Roosevelt-Administration entfaltete. Ich werde in meinem Vortrag einige Beispiele zur Erläuterung dieser Tragödie geben.

Von der US-Seite her betrachtet, ist die vollständigste Beschreibung der außenpolitischen Kontakte des Widerstandes die von Klemens von Klemperer „German Resistance Against Hitler. The Search for Allies Abroad, 1938-1945“, Oxford 1992. Hans Rothfels „Opposition to Hitler“, das bereits 1947 erschien, ist das erste wichtige Werk zum Thema Widerstand gegen das Nazi-Regime. Auch wenn Hans Rothfels als Historiker starker Kritik unterworfen war, so verdient er dennoch Anerkennung dafür, bereits kurze Zeit nach Ende des Zweiten Weltkrieges einer breiteren Öffentlichkeit Kenntnis vom deutschen Widerstande vermittelt zu haben – und dies zu einer Zeit, in der man von deutscher Kollektivschuld sprach. Ein breit angelegtes Werk zum Thema deutscher Widerstand verdanken wir dem deutsch-kanadischen Historiker Peter Hoffmann, das bis heute als Standardwerk gilt.

Wichtig für unser Thema ist auch Jürgen Heideking/ Christof Mauch, „American Intelligence and the German Resistance to Hitler – A Documentary History, Westview Press 1996. Christof Mauch, der jetzige Direktor des German Historical Institute in Washington, D.C., und Prof. Heideking haben durch ihr Werk die für lange Zeit geheim gehaltenen Dokumente des Office of War Information, später unter dem Namen Office of Strategic Services, jetzt C.I.A.-Central Intelligence, und die der O.S.S. unterstellten R. & A. Branch (Research and Analysis Branch) einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Ich selbst habe viele dieser Dokumente in mühseliger Handarbeit in den National Archives in Washington D. C. eingesehen und in meinen langjährigen Forschungen zum Thema ›Die F. D. Roosevelt-Administration und der deutsche Anti-Hitler-Widerstand‹ verwendet.

Wenn auch der Kreis der über den deutschen Anti-Nazi-Widerstand Informierten in den USA relativ klein ist, so ist es doch wert festzustellen, dass in High Schools und Colleges/Universitäten in routinemäßig gebrauchten Textbooks der deutsche Anti-NS-Widerstand beschrieben wird, vornehmlich der militärische Widerstand, der 20. Juli 1944 und der Widerstand der ›Weißen Rose‹.

In einem nach meinem Wissen häufig gebrauchten Textbook „Facing History and Ourselves – Holocaust and Human Behaviour“, (copyright by Facing History and Ourselves Foundation, Inc., Brookline, MA.) sind dem militärischen (Stauffenberg)) und studentischen Widerstand einige Seiten gewidmet. In einem Kapitel „From Bystanders to Resisters“ (S. 363-377)

erfährt der Leser in wenigen Sätzen vom Widerstand der ›Weißen Rose‹ sowie auch von Helmuth James von Moltke, der Flugblätter der Münchener Gruppe über neutrale Länder zu den Alliierten beförderte, die diese dann in größeren Mengen über Deutschland abwarfen. Auch wird im gleichen Kapitel der Kreisauer Kreis sowie der Anschlag auf Hitlers Leben durch von Stauffenberg behandelt und gleichfalls der Protest von Frauen deutschjüdischer Ehen in der Berliner Rosenstrasse am 27. Februar 1943, ein Protest, der zumindest zunächst das Leben von einigen deutschen Juden rettete. Meine persönliche Erfahrung zeigt, dass trotz des geringen Wissens um den deutschen Anti-Hitler-Widerstand das Interesse an dem Thema groß ist. Z. B. veranstaltet in kleines College (McDaniel) im Staat Maryland jährlich einen German-American Day, wozu High School Schüler eingeladen werden. Im Jahr 2003 nahmen etwa 1000 Schüler teil. Auch ich halte an diesem Tag regelmäßig Vorträge zum Thema „Deutscher Widerstand“ und es kommen immer High School Schüler in durchaus akzeptablen Zahlen zu diesen Vorträgen.

Wenden wir uns nun einigen markanten und aufschlussreichen Begegnungen deutscher Abgesandter des Widerstandes mit US-Amerikanern vor und während des Zweiten Weltkrieges zu.

Einen frühen Kontakt eines später führenden Mitgliedes der deutschen Anti-Hitler-Opposition gab es durch den ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Leipzig Carl Friedrich Goerdeler. Im Jahr 1937 reiste er im Auftrag der deutschen Regierung in die USA; er traf mit wichtigen Vertretern der Roosevelt Administration, darunter dem Secretary of State Cordell Hull, dem Secretary of Treasury Henry Morgenthau, dem Assistant Sec. Of State, George Messersmith und mit dem ehemaligen Präsidenten Hoover zusammen.

Bei diesen Gesprächen sollte den Teilnehmern klar werden, dass es in Deutschland eine Opposition gab. Es ist verständlich, dass man in Washington Goerdeler nicht mit vollem Vertrauen begegnete, zumal er auch Hitler als Reichskommissar gedient hatte. Ein anderer Zweck seiner US- Reise bestand darin, in Berichten an deutsche Regierungsstellen die Stärke der USA so darzustellen, dass man in deutschen Regierungskreisen in Hinsicht auf einen eventuellen Konflikt keinerlei Illusionen über Schwächen der USA haben sollte. Die Stärken der USA seien ein Faktor, den die deutsche Politik einkalkulieren müsste.

So diente Goerdelers Reise in die USA zweierlei Zielen: einmal sollte die Roosevelt-Administration erkennen, dass es eine Opposition in Deutschland gab, zum zweiten sollte die Hitler-Regierung von ihrer Kriegspolitik abgehalten werden.

1939, wenige Wochen nach dem deutschen Blitzkrieg gegen Polen, reiste Adam von Trott zu Solz mit Genehmigung des deutschen Außenministeriums in die USA. Grund für seine Reise war die Teilnahme an einer Tagung des Institute for Pacific Relations in Virginia Beach. Wenige Tage vor Trotts Ankunft in den USA hielt Adolf Hitler eine groß angelegte ›Friedensrede‹ vor dem Reichstag, in der er anführte, dass es eigentlich keinerlei Gründe gäbe, den Krieg fortzusetzen. In Gesprächen mit Beamten der US-Administration, wie z. B. George Messersmith, der darüber Sec. of State Hull, Under Sec. of State Welles und auch Präsident Roosevelt berichtete, erklärte Trott die Ziele der deutschen Opposition. Die Westmächte sollten nicht die Fehler von Versailles wiederholen. Deutschland verdiene eine führende Rolle in Europa, das zu einem vereinigten Europa sich entwickeln solle. Dieses vereinigte Europa solle sozialistisch sein. So ist es nicht schwierig zu verstehen, dass man auf Seiten der USA annehmen konnte, dass Trott die Hitler-Regierung verträte, zumal sich die Oppositionsziele für die Amerikaner kaum unterschieden ließen von denen der Hitler-Regierung. Trott wurde von Agenten der FBI beschattet. Seine Akte im State Department steht unter dem Titel „von Trott zu Solz, Espionage Activities“. Ein Versuch Trotts, Präsident Roosevelt persönlich zu sprechen, schlug fehl. Roosevelt war von verschiedenen Seiten vor Trott gewarnt worden.

Zur gleichen Zeit fanden Gespräche in Deutschland statt, die ergrünen sollten, ob es Friedensmöglichkeiten gäbe. James D. Mooney, inoffizieller Abgesandter von F. D. Roosevelt, sprach mit Helmuth Wohltat, einem Berater von Hermann Göring in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Helmuth Wohltat gab James D. Mooney zu verstehen, dass Adolf Hitler „to an innocuous position of Chief of State without actual power“ relegiert werden könnte. (L. P. Lochner, „What About Germany, New York 1942, S. 263) Da die Zielvorstellungen der deutschen Gesprächspartner auf beiden Seiten des politischen Spektrums, d. h. der Regierungs- und der Oppositionsseite, ähnlich erschienen, zweifelte man auf amerikanischer Seite an der Integrität dieser Gesprächspartner. In diesen Gesprächen bestand man auf deutscher Seite darauf, die erworbene Machtstellung, einschließlich der meisten eroberten

Gebiete zu erhalten. Mooney berichtete über diese Gespräche Präsident Roosevelt.

Es blieb bei Berichten und Gesprächen. Waren die Vertreter der Opposition vielleicht verkappte Vertreter der NS Regierung? Das Misstrauen der Roosevelt Administration wird noch verständlicher, wenn wir die Federico Stallforth Affaire betrachten.

Stallforth, dessen Namen vom amerikanischen Historiker Trefousse einmal als Pseudonym angegeben wurde, war ein wohlhabender New Yorker Geschäftsmann, den ich in seinem New Yorker Park Avenue Apartment interviewen konnte (vgl. A. Mruck, *Germany and American Neutrality, 1939-1941*, S. 82). Er entpuppte sich als intriganter Geschäftemacher, der sowohl mit dem deutschen Außenministerium als auch Vertretern der Opposition auf eigene Initiative verhandelte. Im Sommer und Herbst 1941 führte er Gespräche mit Ribbentrops Auswärtigem Amt, mit Hjalmar Schacht, mit dem früheren deutschen Botschafter in Rom von Hassell, mit deutschen Offizieren, darunter General Udet. Mir berichtete er, dass er von Adolf Hitler persönlich eine Sonderausgabe seines Buches „Mein Kampf“ und von Benito Mussolini ein mit einer Widmung eingraviertes silbernes Zigarettenetui bekommen habe. Er hätte Hitler bereits seit den 1920er Jahren gekannt. Mit Pfeffer von Salomon, dem Vorgänger von Röhm als Stabschef der SA, sei er befreundet gewesen.

Stallforth machte dem Auswärtigem Amt klar, dass er einmal für Deutschland wichtige Dollarguthaben beschaffen könne und zum anderen durch seine vielfältigen Verbindungen einen Eintritt der USA in den Krieg zumindest hinausschieben könne. Dollarguthaben könne er beschaffen durch Remigranten, d. h. Deutsche in den USA, die wegen der deutschen Erfolge gern wieder nach Deutschland zurückkehren würden. Diese Deutsch-Amerikaner hätten z.T. erhebliche US-Dollar Guthaben, die sie auf sein Konto überweisen könnten. In Deutschland würden sie dann Reichsmark ausgezahlt bekommen. Er, Stallforth, würde diese Gelder zum Teil benutzen, um einflussreiche Amerikaner, wie z.B. Führer der Gewerkschaften, zu überzeugen, dass sie, wenn notwendig, selbst einen Streik gegen die Kriegsanstrengungen Roosevelts ausrufen würden. Nach anfänglicher Zusammenarbeit zwischen Stallforth und dem Auswärtigem Amt erkannte das Reichssicherheitshauptamt letztlich den wahren Charakter von Stallforth, der sich nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion deutschen Oppositionellen zuwandte, wie z. B. Botschafter Ulrich von Hassell, mit dem er sich in der Schweiz traf. Mit

diesem besprach er ›Friedensbedingungen‹, die er Roosevelt vortragen wollte. Auch diese Überlegungen waren solche, die den deutschen bisherigen Kriegserfolgen entsprachen. Österreich, das Sudetenland und der polnische Korridor sollten bei Deutschland verbleiben. Hitler solle durch eine Monarchie, durch den Hohenzollern Prinzen Louis Ferdinand, der gute Beziehungen zu Franklin Delano Roosevelt hätte, ersetzt werden. Doch es gelang Stallforth nicht, bei Roosevelt vorzusprechen; anscheinend war er auch dort in Ungnade gefallen. Ihm wurde der Gebrauch des US-Passports verboten.

Ich bin in dieser Affäre Einzelheiten nachgegangen, um ein Beispiel zu geben, wie sehr Misstrauen auf amerikanischer Seite sogenannten Unterhändlern gegenüber angebracht war. Wenn auch Hjalmar Schacht und Ilse von Hassel Stallforth wenig vertrauten, sehen wir dieses Misstrauen nicht bei Ulrich v. Hassell. Es ist möglich, dass deutsche Oppositionelle froh waren, wenn sie überhaupt Kontakt zum ›feindlichen Ausland‹ hatten.

Der japanische Angriff gegen die USA im Dezember 1941 und die darauf folgende deutsche Kriegserklärung an die USA verstärkte das Interesse der USA an NS-Deutschland. Das OSS (Office of Strategie Services) schuf die Abteilung R. und A. (Research and Analysis), in der Historiker, Politologen, Soziologen und Psychologen ihre Kenntnisse über das Feindland Deutschland einbrachten, um diese dem Department of State, dem White Hause und dem War Department zur Verfügung zu stellen. Leiter der R. and A. Branch wurde Prof. William Langer, ein prominenter US-Historiker. Auch gehörten deutsche emigrierte Wissenschaftler wie z. B. Hajo Holborn aus Heidelberg diesem Büro an. Direktor des Office of Strategie Services wurde William Donovan, auch als ›Wild Bill‹ bekannt.

Im November 1942 wurde Allen W. Dulles nach Bern entsandt, um dort die OSS Außenstelle Europa aufzubauen. Auf deutscher Oppositionsseite erkannte man bald die Wichtigkeit dieser Außenstelle. Das Amt Abwehr mit Admiral Canaris und Oberst Oster lancierte Hans Bernd Gisevius in die Position des Vizekonsuls an der deutschen Gesandtschaft in Bern. Die rechte Hand für deutsche Angelegenheiten in Dulles' Büro wurde der deutschstämmige Gero von Gävernitz. Eine nicht unwichtige Mittlerrolle spielte eine enge Freundin von Dulles, die ebenso mit Gisevius befreundet war. Gisevius stand in regelmäßiger Verbindung mit den führenden Köpfen des deutschen Widerstandes. Dulles hatte regelmäßige Kontakte mit Direktor William Donovan und dieser mit dem Weißen Haus. Viele der Berichte über inner-

deutsche Zustände gelangten von Donovan über den Schreibtisch von Grace Tully, Roosevelts persönlicher Sekretärin auf den Schreibtisch des Präsidenten. Die Sekretärin von Roosevelt versicherte mir persönlich, dass der Präsident diese Berichte mit viel Interesse gelesen hätte. Sie wären für ihn spannend gewesen und er las gern Detektiv- und Spionage-Romane vor der Nachtruhe. So ist die Frage in Rothfels' „German Opposition to Hitler“, „in wessen Abfalleimern die Berichte von Dulles/Donovan“ über den deutschen Widerstand landeten, unbegründet.

Der deutsche Widerstand hoffte, dass man sich im Weißen Haus letztendlich Vertrauen erwerben könnte; Dulles hatte dieses Vertrauen in den deutschen Widerstand: Man hoffte, dass dadurch die Stellung des Widerstandes in Deutschland gestärkt werden würde. Man hätte Zaudernde auf die Seite der Opposition ziehen können. Eine besondere Schwierigkeit bestand – neben dem weiter bestehenden Misstrauen – gegenüber den ›Friedensvorschlägen‹ des Widerstandes, die bis in die frühen Monate des Jahres 1944 gleich blieben: Man wollte Österreich beim Reich behalten wie auch das Sudetenland. Man wollte Deutschlands starke Stellung in Europa erhalten und die Sowjet-Union nicht nach Europa eindringen lassen.

Man wollte natürlich die Beseitigung Adolf Hitlers und des Nazi-Regimes. Nicht aber – zumindest unmittelbar – erstrebte man die Errichtung einer Demokratie. Zunächst einmal sollte Deutschland ein autoritärer Regentenstaat unter der Führung von General Ludwig Beck werden. Möglicherweise gaben die von Stalin geschaffenen Organisationen, das Free German Committee (Nationalkomitee Freies Deutschland) und der Bund deutscher Offiziere der amerikanischen Seite einen Anstoß, umzudenken. Auch bezweifelte Allen W. Dulles die Nützlichkeit der „Unconditional Surrender-Formel“, die im Januar 1943 von F. D. Roosevelt und Churchill in Casablanca verkündet wurden war. Am 28. Januar 1944 fragte Allen W. Dulles in Washington (Donovan) an, was eigentlich die Politik Washingtons gegenüber dem deutschen Widerstand sein solle, was man dem Widerstand anbieten könne. Dulles wies auf die Gefahr eines kommunistischen sowjethörigen Deutschlands hin.

Es sei möglich, dass man den Krieg strategisch gewinnen, aber den Frieden verlieren würde. Dann machte Dulles Vorschläge, was man im Fall eines Sturzes des Naziregimes tun könne. Man solle Städte, in den der Widerstand Erfolg hätte, von Fliegerangriffen verschonen. Nazistische Städte sollte man um so mehr bombardieren, vor allen Dingen das Gebiet um den Obersalz-

berg/Berchtesgaden. Flugblätter wären eine bessere Waffe als Bomben. Die Reaktion in Washington auf Dulles Anfrage und seine Vorschläge war negativ. Es wäre Dulles Aufgabe, Informationen zu sammeln, nicht jedoch Politik zu machen. Es dürfe keine westlichen Absprachen mit dem Widerstand geben. Diese würden den mit der Sowjet-Union gemachten Vereinbarungen widersprechen. Letztendlich schreibt Dulles an Donovan: „I agree that we shall be forced to allow the Germans to fight it out within the country with no help from us“ („Ich stimme zu, dass wir gezwungen sein werden, dass die Deutschen diesen Kampf unter sich selbst austragen ohne Hilfe von uns.“)

Fragen wir nach den Gründen, warum der Widerstand keine Hilfe von den Alliierten, in unserem Fall den USA erhielt, so bieten sich folgende Erklärungen an.

1. Von den ersten Anfängen deutscher Widerstandskontakte mit den USA bestand, manchmal aufgrund von Missverständnissen, kein wahres Vertrauen zwischen Berlin, Bern und Washington mit Ausnahme des engen persönlichen Vertrauensverhältnisses zwischen Dulles und Gisevius. Allgemein kann das gleiche vom deutsch-englischen Verhältnis gesagt werden.
2. Die außenpolitischen Ziele des Widerstandes waren oft jenen des Nazi-regimes gleich oder ähnlich – außer natürlich der Beseitigung Hitlers.
3. Washington und London waren im Unklaren darüber, was das Ergebnis einer erfolgreichen Regimeänderung in Deutschland wäre. Es bestanden zu viele Fragezeichen: Würde es einen Bürgerkrieg geben? Wer würde diesen Bürgerkrieg gewinnen? Würde Anarchie eventuell zu einem kommunistischen Deutschland führen?
4. Washington und London befürchteten, dass Stalin fähig wäre, zu einem Verständnis und Kriegsende mit dem einen oder anderen Deutschland zu kommen. Man brauchte die Sowjet-Union für einen erfolgreichen Abschluss des Krieges. Washington wusste um die Gespräche deutscher Widerständler mit der sowjetischen Botschafterin (Mme. Kollontay) in Stockholm.
5. Auch dachte Roosevelt an das Ende des ersten Weltkrieges, als Deutschland um Verhandlungen nachsuchte auf Grund der Wilsonschen 14 Punkte. F. D. Roosevelt wollte an keinerlei Bedingungen gebunden sein. Er war für „unconditional surrender“.

6. Es sollte keine neue Dolchstoßlegende aufkommen, die mit ein Propagandaelement für die Nationalsozialisten gewesen war und die Hitler half, zur Macht zu kommen. Das Schlagwort „im Felde unbesiegt“ hatte den Militärs in Deutschland einen Grund zur Wiederaufrüstung in der späten Weimarer Republik und in Hitler's Drittem Reich geliefert.
7. Schließlich sollten wir uns fragen, wie stark zu verschiedenen Zeiten, wenn überhaupt, deutsche Oppositionelle die Sympathien der F. D. Roosevelt Administration hatten. In der Umgebung von F. D. Roosevelt gab es zeitweise einflußreiche U.S.-Bürger, die pro-Hitler waren, wie z. B. Henry Ford, Bush, Joseph Kennedy, Bankier der J.P. Morgan/Chase Bank. Antisemitismus existierte nicht nur in Hitlers Deutschland sondern auch in den USA (Ruth Sachs, Brief an mich 8.6.2004).
8. Als der Attentatsversuch schließlich am 20. Juli 1944 stattfand, war es klar, dass die Invasion erfolgreich sein würde und dass damit das Ende des Krieges zumindest in Europa abzusehen war. Politisch heikle Verhandlungen waren damit gegenstandslos geworden.

Zusammenfassend können wir feststellen, dass der deutsche Widerstand in seinen Beziehungen zu den Feindmächten erfolglos war. Es war eine Tragödie, dass im feindlichen Ausland die dem „anständigen“ Deutschland zugehörigen Menschen des Widerstands für ihre Sondersituation und ihre Mission Unverständnis vorfanden. Andererseits sollten wir versuchen, die allgemein negative Einstellung der Alliierten zu verstehen. Für diese gab es wenig triftige Gründe, den Widerstand zu unterstützen. Hans Bernd Gisevius schrieb mir in einem persönlichen Brief: „Wenn Sie schon meinen, Ihre Arbeit auf den USA Sektor beschränken zu wollen ..., dann gehen Sie nicht zu streng mit Ihren Landsleuten ins Gericht. Was sich abgespielt hat, ist eine ungeheure Tragödie, und deshalb sind so viele echte Elemente eines tragischen Geschehens darin verwoben, nämlich die Unlösbarkeit der Probleme infolge eines verworrenen und psychologischen Geschehens.“

Doch gerade wegen des außenpolitischen Misserfolges sind die Taten des Widerstandes um so höher zu bewerten. Dass Oberst Stauffenberg trotz negativer außen- und innenpolitischer Vorzeichen dennoch die innere Befreiung Deutschlands durch das Attentat in der Wolfsschanze und den Versuch des Regierungswechsels durch die militärische Konspiration unternahm, zeugt von wahren Mut, zeugt von ethischer Überzeugung, zeugt vom echten Glauben an ein für ihn „heiliges Deutschland“. Henning von Tresckow hat

diese Gedanken in dem oft gebrauchten Zitat ausgesprochen: „Das Attentat muss erfolgen ... Sollte es nicht gelingen, so muss trotzdem in Berlin gehandelt werden. Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und der Geschichte den entscheidenden Wurf gewagt hat. Alles andere ist daneben gleichgültig.“

Der deutsche Anti-Hitler-Widerstand hat eine wichtige Rolle in der deutschen Erinnerungskultur. Er erinnert an die tragische Zeit des Zweiten Weltkrieges, er erinnert an die Zeit des Dritten Reiches, er erinnert an den deutschen Anti-Hitler-Widerstand, der trotz großer Schwierigkeiten und trotz des Mangels an jeglicher Unterstützung von außen, versucht hat, Deutschland von innen her von der NS-Diktatur zu befreien. Diese Erinnerungskultur ist nicht nur ein Element der Vergangenheit, sondern der Gegenwart und – so hoffe ich – auch der Zukunft; und nicht nur in Deutschland, sondern auch in den USA. Die US-amerikanische Jüdin Ruth Sachs bemüht sich seit Jahren (und auf eigene Kosten) die Geschichte der ›Weißen Rose‹ Studenten/innen-gruppe neu zu erzählen, nicht zuletzt in Hinblick auf die heutige amerikanische Jugend, die nicht glauben soll, dass das, was in Deutschland geschehen ist, nicht auch in den USA geschehen könne. Studenten/innen der ›Weißen Rose‹ seien gute Vorbilder nicht nur, weil sie Hitler widerstanden hätten, sondern weil sie uns lehren, dass es gut ist, sich für eine gerechte Sache einzusetzen, auch wenn man vielleicht diese Schlacht zunächst nicht gewinnen kann.

George F. Kennan, der renommierte US-Diplomat, Mitbegründer der amerikanischen containment diplomacy, war in den ersten Kriegsmonaten 1939 Beamter der US-Botschaft in Berlin und lernte während dieser Zeit Helmuth James von Moltke kennen und schätzen. Kennan und Moltke trafen sich öfters in der Reichshauptstadt, manchmal in der US- Botschaft, wo sie sich wegen des Abhörsystems auf einem Balkon unterhielten. Moltke informierte Kennan über die deutsche Anti-Hitler-Opposition.

In seinen Memoiren (George F. Kennan, *Memoirs*, 1925-1950, Bantam Ed. 1969) beschreibt er Moltke mit den folgenden Worten: “A tall, sophisticated aristocrat, in every sense a man of this world. Moltke was also at the same time ... a man of profound religious faith and outstanding moral courage, an idealist, and a firm believer in democratic ideals ... I consider him, in fact, to have been the greatest person, morally, and the largest and most enlightening

in his concepts, that I meet on either side of the battle lines in the Second World war.” (S. 126) Für Kennan bleibt Moltke über die Jahre hinaus “a pillar of moral conscience and an unfailing source of political and intellectual inspiration.” (S. 128)

Klemens von Klemperer (“German Resistance Against Hitler. The Search for Allies Abroad. 1938-1945”) schreibt diese Worte am Ende seines wichtigen Buches: “The determination of the German Resistance to reach the ‘greater world’ stands as an example for the many dissidents of freedom movements who in our own days, still plagued by oppression, are appealing to the conscience of the world. Seen from this perspective, I am led to conclude, the ‘silence of the greater world’ towards the German Widerstand sent out the wrong signals to all those in the world ready to make sacrifices for the cause of liberty.” (S. 440)

Abschließend möchte ich ein Gespräch erwähnen, das ich mit einem US-amerikanischen Historiker nach einer Sitzung in einer Convention der German Studies Association führte. Dieser sagte mir sinngemäß: „Mir fällt es schwer, manche meiner deutschen Kollegen in ihrer kritischen Einschätzung der Anti-Hitler-Opposition zu verstehen. In dieser dunklen Zeit deutscher Geschichte gab es nur wenige helle Lichter. Warum will man diese Lichter ihrer Helligkeit berauben, die sie durch ihre Taten geschaffen haben, wo doch selbst eine allein brennende Kerze die völlige Dunkelheit in einem Raum beseitigen oder zumindest lindern kann.“

Werner Boldt

Widerstand in der regionalen Erinnerungskultur: Die Emsland-Lager

Meinen Beitrag werde ich in drei Teile gliedern, wobei ich das Thema rückwärts von rechts nach links lese: zuerst sage ich etwas zu den Emslandlagern, dann über die Erinnerungskultur in der Region und schließlich zum Widerstand, sofern er Gegenstand dieser Kultur ist. Zunächst also ein Wort zu den Emslandlagern.¹

Fern von Orten politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Geschehens wurden 15 Lager zur Kultivierung der Moore durch Gefangene eingerichtet. Wie die Glieder einer Kette ziehen sie sich in nordsüdlicher Richtung westlich der Ems lang, im Norden nach Osten in die Esterwegener Dose, im Süden nach Westen in die Grafschaft Bentheim ausfransend. Die ersten Lager, Börgermoor, Esterwegen und Neusustrum, waren Konzentrationslager des preußischen Staates. Esterwegen blieb es zunächst auch noch, als die anderen beiden zusammen mit neu geschaffenen Lagern zu Strafgefangenenlagern wurden. Als das KZ nach dem von ihm aus gegründeten Sachsenhausen verlegt wurde, wurde Esterwegen das siebente Strafgefangenenlager. Ein Exemplar der Lagerordnung von Esterwegen zeugt von kontinuierlicher Entwicklung des KZ-Unwesens. Es findet sich im Archiv der Gedenkstätte

1 Hierzu Erich Kosthorst u. Bernd Walter, Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Dritten Reich. Beispiel Emsland. Dokumentation und Analyse zum Verhältnis von NS-Regime und Justiz, Bde 1-3, Düsseldorf 1983, als Taschenbuchausgabe: Konzentrations- und Strafgefangenenlager im Emsland 1933-1945, Düsseldorf 1985; Elke Suhr, Die Emslandlager. Die politische und wirtschaftliche Bedeutung der emsländischen Konzentrations- und Strafgefangenenlager 1933-1945, Bremen 1985; Hannelore Weißmann, Auf der Suche nach den Moorsoldaten. Emslandlager 1933-1945, hgg. vom Aktionskomitee Emslandlager e.V., Papenburg³1991.

Auschwitz. Rudolf Höß hatte es von Sachsenhausen mitgenommen, als er Kommandant von Auschwitz wurde.

Die Strafgefangenenlager unterstanden der Aufsicht der SA, deren Kommandant Werner Schäfer in Papenburg residierte. Schäfer hatte in Oranienburg Erfahrungen in terroristischer Lagerverwaltung gesammelt, und so gleichen die Verhältnisse in den Strafgefangenenlagern denen in den KZs, wiewohl die Lager offiziell der Justiz unterstanden. Die Strafgefangenen waren von „ordentlichen“ Gerichten verurteilt worden, darunter wegen Vergehen, die auch in einem Rechtsstaat unbestritten geahndet werden, aber auch Homosexuelle², aus rassistischen Gründen Verfolgte und Zeugen Jehovas waren unter ihnen. Die politischen „Straftäter“ wurden überwiegend in das Lager Aschendorfermoor gebracht. Manch einer von ihnen war zweimal inhaftiert: als „Schutzhäftling“ im KZ und als Strafgefangener. Im Krieg kamen als eine neue Gruppe Militärstrafgefangene, insbesondere Deserteure hinzu.³

Später errichtete Lager wurden nicht mit Strafgefangenen, sondern sofort mit Kriegsgefangenen belegt. Sie fielen in die Zuständigkeit der Wehrmacht. Gemäß der rassistischen „Weltanschauung“ der Nazis konnten die hier herrschenden Verhältnisse den Genfer Konventionen folgen, das betraf etwa die französischen Kriegsgefangenen, oder sie waren gezielt auf Vernichtung angelegt, das betraf die sowjetischen. Die in Oberlangen inhaftierten Offiziersanwärter der polnischen Armee, sowie die Frauen der polnischen Heimarmee, die am Warschauer Aufstand teilgenommen hatten, und die nach dem Sturz des Faschismus in Italien hinzukommenden italienischen Militärinternierten nahmen eine Zwischenstellung ein.

Weitere Gruppen ausländischer Häftlinge kamen aus dem Widerstand. Angehörige der Résistance aus Belgien und Nordfrankreich, sogenannte „Nacht- und Nebelgefangene“, wären zu nennen und luxemburgische Zwangsrekrutierte, die den Dienst in der Wehrmacht verweigert hatten. Gegen Kriegsende wurden die Lager Versen und Dalum als Außenlager von Neuengamme in das KZ-System einbezogen. Die Häftlinge, überwiegend Dänen und Holländer, hatten Panzersperren zu errichten, und zwar unter solchen Bedingungen,

2 Dazu Rainer Hoffschildt [...] und Detlev Garbe [...]

3 Dazu Fietje Ausländer (Hg.), Verräter oder Vorbilder? Deserteure und ungehorsame Soldaten im Nationalsozialismus, DIZ-Schriften Bd. 2, Bremen 1990; Günter Fahle, Verweigern – Weglaufen – Zersetzen. Deutsche Militärjustiz und ungehorsame Soldaten 1939-1945. Das Beispiel Ems-Jade, DIZ-Schriften Bd. 3, Bremen 1990.

dass die Todesrate in diesen Lagern nach denen der sowjetischen Kriegsgefangenen am höchsten war.

Wenn ich nun auf die Erinnerungskultur der Region eingehe, soweit sie die Emslandlager zum ihrem Gegenstand hat, kann ich mich auf das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) in Papenburg beschränken. Eine vom Landkreis geförderte, an der Universität Münster erstellte umfangreiche Dokumentation über die Emslandlager⁴ ist als ein Stück zeitgeschichtlicher Forschung eine unerlässliche Voraussetzung für eine Erinnerungskultur, ist aber doch der Wissenschaft zuzuordnen. Bestandteile von Erinnerungskultur hingegen sind zwei Treffen der „Moorsoldaten“ von 1956 und 1969. Insbesondere das erste gestaltete sich als ein eindrucksvolles Treffen ehemaliger Häftlinge aus vielen Ländern Europas.⁵ Das zweite richtete sich gegen den damals aufkommenden Neo-Nazismus. Aber die Region hatte keinen Anteil an den Treffen. Es war, als wäre ein Ufo im Emsland zwischengelandet, und als es davon flog, versanken die Lager wieder im Dunkel der Geschichte.

Das mit öffentlichen Mitteln von Land und Landkreis unterstützte DIZ verdankt seine Existenz einem „Aktionskomitee“, einer Bürgerinitiative also, die sich bald die Form eines eingetragenen Vereins gab, um Vertragspartner öffentlicher Einrichtungen werden zu können. Das „Aktionskomitee“ bestand im Wesentlichen aus einem Papenburger Arbeitskreis Carl von Ossietzky und aus Studierenden und Lehrenden dieser Universität, deren Namenswahl auch damit begründet war, dass Ossietzky im KZ Esterwegen inhaftiert und so zugrunde gerichtet wurde, dass er bald nach seiner Entlassung als Träger des Friedensnobelpreises in einem Berliner Krankenhaus starb.

Schon vor dem „Aktionskomitee“ gab es erste wegbereitende Aktionen. Sie zielten auf den Erhalt der Gräberstätte bei Esterwegen am Küstenkanal, der in Gefahr stand, aufgegeben zu werden, weil nach Ansicht der Behörden in dem grossen Feld von Reihengräbern nur Strafgefangene bestattet waren. Eine Initiative bewirkte mit Aktionen, die sogar den Staatsanwalt auf den Plan riefen, dass der Friedhof erhalten blieb.⁶ Schon zuvor hatte die Gewerkschaftsjugend einen Gedenkstein für Ossietzky und seine politischen Mitgefangene gesetzt und so aus dem Gräberfeld eine Gedenkstätte mit

4 Siehe Anm. 1.

5 Die DEFA hat hierüber einen Dokumentarfilm gedreht. Eine Kopie befindet sich im DIZ.

6 Dazu Hermann Vincke, der sich als Redakteur an der Emszeitung hierbei engagierte, in seiner Biographie: Carl von Ossietzky, Hamburg 1978.

politischer Aussage gemacht. Am 1. September jeden Jahres hält hier der DGB, sowie am 8. Mai unter dem Motto: „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ eine deutsch-niederländische Initiative, der das DIZ angehört, eine Gedenkveranstaltung ab. Die Teilnehmer legen Nelken auf die Gräber nieder. Ossietzky hätte es gefallen. In den Lagern zugrunde gerichtet, sind alle, die hier liegen, Opfer einer Unrechtsjustiz.

Das „Aktionskomitee“ veranstaltete wie jetzt auch das DIZ Tagungen, Diskussionsrunden, Seminare, Workshops und unternahm Rundfahrten zu den Stätten der ehemaligen Lager. Auch Vorträge und Ausstellungen wären hier zu nennen, ich denke besonders an Ernst Walsken, Mitglied einer sozialistischen Splitterorganisation, der im Lager heimlich Zeichnungen angefertigt hatte.⁷ Zum „40. Jahrestag der Befreiung der Gefangenen aus den Emslandlagern“ führten wir unter Beteiligung ehemaliger Häftlinge ein Symposium mit der Ländlichen Erwachsenenbildung und Pax Christi durch.⁸ In Zusammenarbeit mit dem Service Civil International (SCI) in Bonn veranstalteten wir in Zeltlagern am Rande des Lagers von Esterwegen internationale Workcamps. In der Gedenkstättenarbeit kommt Workcamps eine besondere Bedeutung zu. In ihnen wird über das Geschehene nicht nur informiert. Ihr spezifischer Sinn ist, dass die Orte des Geschehens freigelegt werden, und so Vergangenheit aktiv durch Arbeit angeeignet wird.

Solche Aneignung blieb uns allerdings weitgehend versagt. Die Orte des Geschehens konnten wir nicht betreten. Wenn sie nicht weiterhin als Strafanstalten geführt wurden, war aus ihnen Ackerland oder Wiese geworden, oder es war gar eine Wohnsiedlung auf ihnen errichtet worden. Auf dem Lagergelände von Esterwegen hatte die Bundeswehr in neu erbauten Baracken ein Depot eingerichtet. Zutritt war nur nach Erlaubnis und in Begleitung von Militärpersonen möglich. Wir behelfen uns damit, dass wir an den Stätten, deren Geschichte untergepflügt oder unter Gras verdeckt war, Informationstafeln errichteten. Allein schon das Aufstellen der Tafeln verband unsere Arbeit tiefer mit der Region, denn dazu brauchten wir eine behördliche Genehmigung. Inzwischen ist das Depot aufgegeben und in den Besitz

7 Ernst Walsken, *Warten auf die Freiheit. Zeichnungen und Aquarelle eines Moorsoldaten 1935-1939*, Wuppertal 1984.

8 Die Emslandlager in Vergangenheit und Gegenwart. Ergebnisse und Materialien des Internationalen Symposiums, hrsgg. vom Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager e.V., 1985, Zitat aus dem Aufruf S. 8.

des Landkreises übergegangen, der nunmehr in Zusammenarbeit mit uns hier Workcamps durchführt.

Wenn das „Aktionskomitee“ nach mühsamem Weg schließlich Erfolg gehabt hat, dann lag das nicht daran, dass schon eine regionale Erinnerungskultur bestanden hätte, in die es sich hätte einbringen können, und auch nicht nur an seinen Verbindungen zu Parteien, zu den Grünen und den Sozialdemokraten, sowie an seiner Akzeptanz in Gewerkschaften, überregionalen Bildungseinrichtungen und Kirchengemeinden, wo sich ein Bedürfnis nach Erinnerungskultur wecken ließ, sondern vor allem daran, dass wir mit ehemaligen Häftlingen zusammenarbeiteten. Die Begegnung mit ihnen prägte zunehmend die von uns gepflegte Erinnerungskultur. Der Name „Dokumentations- und Informationszentrum“, den wir uns gegeben hatten, klingt nach sachlichem Bemühen, und so war es auch gemeint. Gestützt auf Dokumente wollten wir sachlich informieren, keine Propaganda betreiben und überhaupt unsere Arbeit vor partei-politischen oder sonstwie ideologischen Vereinnahmungen oder gar vor emotional erzielten Manipulationen schützen. Aber geeignete Quellen sprudelten anfangs nur spärlich. Der Fundus an Arbeitsmaterialien war äusserst gering.⁹ Doch wir erschlossen eine besondere Quelle, an der uns bald klar wurde, dass ein Gedenken andere Wege geht als die wissenschaftliche Forschung und die daran anschließende didaktische Vermittlung. Wir boten ehemaligen politischen Häftlingen ein Forum, um über ihre Erlebnisse sprechen zu können, für die sich bisher kaum jemand interessiert hatte.

In der Gedenkstättenarbeit sind ehemalige Häftlinge als Opfer keine Zeitzeugen, die der Wissenschaftler nach allen Regeln der Kunst ausforscht, Lücken und Irrtümer der sich Erinnernden bedauernd. Sie sind nicht nur Zeugen einer Situation, in der sich Menschen als Täter und Opfer gegenüberstehen, sie sind Beteiligte. Wie und wessen sie sich erinnern, soll authentisch sein. Zur Authentizität der Erinnerungen können Irrtümer und Lücken gehören. Wenn ein ehemaliger Häftling sich einer besonders erniedrigenden Prozedur nicht mehr erinnern will oder nicht darüber sprechen will, etwa über Schläge auf dem Haubock, dann ist sein Verstummen für den Gedenkenden genauso beeindruckend, wie für den Wissenschaftler eine detaillierte Beschreibung dieses Vorgangs informativ ist.

Bei der Frage nach dem Verhältnis von Gedenken und wissenschaftlicher Aufklärung erinnere ich mich an eine Tagung, auf der kurz nach der Wende

9 Im wesentlichen lag nur vor Willy Perk, Die Hölle im Moor, Frankfurt/Main 1970.

das Land Brandenburg die künftige Gedenkstättenkultur diskutieren ließ. Auf dem Podium informierte eine Expertenrunde über einschlägige Befunde aus der Nazi-Zeit. Unter den Zuhörern saßen ehemalige Häftlinge. Sie einzuladen, war gewiss ein netter Zug der Veranstalter, aber sie hatten nicht vorgesehen, sie auf dem Podium zu Worte kommen zu lassen. Am zweiten Tag machten die Ehemaligen ihrem Unmut Luft. Von Wissenschaftlern, die ihre Weisheit aus Akten schöpften, sich darüber informieren zu lassen, was sie selber am eigenen Leibe erlebt hatten, wovon sie aus eigener Erfahrung erzählen konnten, missfiel ihnen. Sie hatten Recht. Subjekte einer Erinnerungskultur sind diejenigen, deren Erlebnisse erinnert werden, ist nicht der rekonstruierende Forscher.

Gedenken ist „Trauerarbeit“, die eine eigene Didaktik erfordert.¹⁰ Wer eine Gedenkstätte mit einem wissenschaftlichen Institut verwechselt, ist geneigt, mit abwehrender Geringschätzung von einem „Betroffenheitskult“ zu sprechen. Aber es ist nun einmal so: Am Anfang von Gedenken steht Betroffenheit, Betroffenheit darüber, dass Menschen als Täter andere zu ihren Opfern machen. Die Opfer-Täter-Beziehung ist eine Ursituation, die zu allen Zeiten und in allen Milieus auftritt, doch sie ist keine ursprüngliche Situation. Die Zerstörung von Kommunikation setzt voraus, dass Kommunikation stattfindet. Kain war ein kultivierter Mensch, ein Ackerbauer, der Gott Opfer darbrachte, als er seinen Bruder Abel erschlug. Seit dieser ersten Bluttat begleitet uns Menschen durch die Geschichte ein destruktiver Trieb, der Trieb, zu misshandeln und zu töten. Es kommt auf die Umstände an, ob er sich wirklichen kann.

Die Opfer-Täter-Situation ist eine „verständige Abstraktion“ (Marx), die aus vielen historischen Besonderheiten das gemeinsame Menschliche hervorhebt. Um verstanden werden zu können, muss die Situation in dem jeweiligen Umfeld aufgelöst, konkretisiert werden, in dem sie auftritt. Die Rekonstruktion dieses Umfeldes ist Sache des Wissenschaftlers. Sie lässt uns die Bedingungen erkennen, unter denen Menschen zu Opfern und Tätern werden. Sie verschafft uns damit eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzung, um Gegenstrategien zu entwickeln, mit denen wir verhindern können, dass solche Bedingungen wieder geschaffen werden. Der Antrieb

10 Über die Anwendbarkeit des Freudschen Terminus auf Gedenken siehe Werner Boldt, Gedenkstätten-spezifische Bildung: Trauerarbeit, in: Subjektive Zugänge zur Geschichte. Didaktische Betrachtungen, Schriften zur Geschichts-didaktik Bd. 7, Weinheim 1998, S. 179-219.

dafür aber liegt nicht in der Rezeption wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern im eigenen aktiven Einfühlen in eine Opfer-Täter-Beziehung. Die Erzählung eines „Opfers“ lässt sich nicht durch die Analyse des Forschers ersetzen, die Begegnung mit ihm nicht durch die Lektüre von Archivalien. Die Situation des „Opfers“ ruft Betroffenheit hervor, mit der umzugehen ist. Mit rationalen, methodisch eingeübten Denkoperationen lässt sie sich nicht beschwichtigen.

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ lautet der erste Artikel unserer Verfassung, der heute in der Diskussion um die Folter angetastet wird. Nun ist, wie die Lager zeigen, diese Aussage als eine Feststellung nicht haltbar. Richtig ist sie als ein Gebot, das nicht nur „aller staatlichen Gewalt“ gilt, sondern das sich jeder zu eigen zu machen, zu verinnerlichen hat, und in der Empathie mit Opfern, in der Einfühlung, verinnerlichen kann, so dass aus dem Gebot ein selbstverständlich geübtes Verhalten wird.

Wer waren die Häftlinge, die mit uns zusammenarbeiteten? Unter den deutschen waren es zunächst Kommunisten, die sich in einem „Komitee der Moorsoldaten“ zusammengeschlossen hatten. Sie ließen sich von uns gern ansprechen, wenn sie nicht schon von sich aus den Kontakt mit uns suchten. Es ging ihnen um die Pflege antifaschistischen Erbes. Stieß auch ihr Engagement gegen den Nazismus in der Zeit der 68er auf reges Interesse, so wurden sie doch von der breiten Öffentlichkeit nach wie vor gemieden. Zu den politisch Isolierten gesellten sich bald gesellschaftlich Diskriminierte wie Deserteure und Homosexuelle, auch vereinzelte Sozialisten und Sozialdemokraten. Ihnen allen boten wir eine Öffentlichkeit, die hören wollte, was sie zu sagen hatten. Bei den ausländischen Häftlingen war die Bereitschaft, mit uns zusammenzuarbeiten, unterschiedlich. Luxemburger und Belgier, diese nach Flamen und Wallonen sorgfältig geschieden, reisten in geschlossenen Gruppen an. Sie erwarteten von uns nur organisatorische Hilfsdienste. Nur Einzelne nahmen persönlichen Kontakt zu uns auf. Offener waren die Dänen, die Jahr für Jahr Versen und Dalum besuchten, und insbesondere die Polen, die Fähnriche und die Frauen der Heimatarmee. Unsere Veranstaltungen mit ihnen fanden großen Anklang in der Region, wozu eine gewisse Polenbegeisterung beitrug, die in den 80er Jahren im Emsland herrschte, als Kirchengemeinden Transporte mit Carepaketen auf den Weg zu ihren katholischen Glaubensbrüdern brachten. Doch auch alle anderen Veranstaltungen, die ich benannt habe, förderten unsere Akzeptanz in der Region, wie sie andererseits die Bereitschaft in der Bevölkerung voraussetzten, unsere Arbeit zu unter-

stützen. Vielfach hing es an einzelnen Personen, wie dem Pfarrer von Esterwegen, dem daran gelegen war, Licht in das Dunkel zu bringen, das sich in der Region über die NS-Zeit gelegt hatte.

Nun ist freilich zu bedenken, dass eines Tages niemand mehr aus eigenem Erleben von den Lagern berichten wird, dass immer mehr Ehemalige ausbleiben, die erzählen könnten. Der Schwerpunkt unserer Gedenkarbeit verlagert sich schon jetzt auf persönliche Zeugnisse, auf schriftlich aufgezeichnete Erinnerungen, Tagebücher und Briefe.¹¹ Zu diesen erzählenden kommen „stumme Zeugen“. Aber wie bringt man sie zum Sprechen, wenn die nicht mehr sind, die mit ihnen umgegangen sind? Ich möchte kurz aufzeigen, wie wir diesem Umstand in unserer Dauerausstellung durch eine besondere Art, unsere Exponate zu inszenieren, Rechnung getragen haben.

Inszenierungen waren einmal große Mode. Je phantasievoller, desto eindrucksvoller, das galt auch für historische Ausstellungen, wenn Künstler die Regie übernommen hatten. Der Respekt vor den Opfern verbietet es indessen, Eingebungen der eigenen Phantasie zu huldigen. In der Ausstellung einer Gedenkstätte muss eine Inszenierung zu der Person führen, von der durch Exponate vermittelt erzählt wird.¹² Ich erläutere an einem Beispiel, das leider nicht in unserer Ausstellung zu sehen ist. Ein dänischer Häftling hatte uns eine zeitlang sein Essgeschirr zur Verfügung gestellt. Er hatte es aus Versen. Dazu erzählte er eine Geschichte: Beim ersten Essensempfang nach ihrer Ankunft aus Neuengamme wurde ihnen die heiße Suppe in die offenen Hände geschüttet. Als sie dagegen protestierten, wurden sie auf Essgeschirre verwiesen, die auf einem Haufen lagen. Auf dem Geschirr unseres dänischen Häftlings war ein italienischer Name eingeritzt; es war offenbar

11 Als autobiographische Publikationen liegen vor die gleich nach der Lagerhaft in der Emigration geschriebenen von Wolfgang Langhoff, *Die Moorsoldaten*. 13 Monate Konzentrationslager, Stuttgart ²1974, Erstveröffentlichung 1935, und von Karl August Wittfogel, *Staatliches Konzentrationslager VII. Eine „Erziehungsanstalt“ im Dritten Reich*, DIZ-Schriften Bd. 4, Bremen 1991, Erstveröffentlichung 1936; Veröffentlichungen nach dem Krieg: Hans Frese, *Bremsklötze am Siegeswagen der Nation. Erinnerungen eines Deserteurs an Militärgefängnisse, Zuchthäuser und Moorlager in den Jahren 1941-1945*, DIZ-Schriften Bd. 1, Bremen 1989, Heinz Hentschke, *Moor und Heide rings umher*, Berlin 1990, Wilhelm Henze, *„Hochverräter raus!“*. Geschichten, Gedichte und Zeichnungen eines Moorsoldaten, DIZ-Schriften Bd. 5, Bremen 1992.

12 Im weitesten Sinne wird bei der Präsentation von Exponaten immer inszeniert. Aber es macht Sinn zu unterscheiden. Bei Gedenkstätten spreche ich lieber von Ensemblebildung; siehe dazu meine Abhandlung: *Gedenkstätten-spezifische Präsentationsform: Ensemble*, in: wie Anm. 8, S. 221-230.

vorher von einem italienischen Militärinternierten benutzt worden. Der neue Besitzer ritzte eine Strophe aus einem norwegischen Gedicht ein. So eignete er es sich an. Das Essgeschirr war für ihn mehr als nur ein Gebrauchsgegenstand, es war für ihn ein Hilfsmittel, um physisch und psychisch zu überleben, und so behielt er es nach seiner Befreiung.

Bei meinem zweiten Beispiel handelt es sich nicht um einen Überrest, sondern um eine Nachbildung. Eines Tages brachte ein ehemaliger Häftling das Modell eines Lagers an, das er selber hergestellt hatte. Eine immense Fleißarbeit, etwas unbeholfen, in den Dimensionen verzerrt. Wir waren gerührt, auch etwas peinlich berührt. Wir stellten es in eine Ecke, wo es nicht groß auffiel. Mir schwebte damals ein Modell vor, wie ich es in Sachsenhausen gesehen hatte: maßstabgetreu dehnte es sich zu Füßen des Betrachters aus; an einem Pult waren Knöpfe angebracht, die mit den Einrichtungen des Lagers wie Appellplatz, Bunker, Revier oder Wachtürme bezeichnet waren. Drückte man sie, leuchtete am betreffenden Ort ein Lämpchen auf. Was konnte man sich mehr wünschen, als eine solche korrekte und übersichtliche Information? Doch als eines Tages im DIZ mein Blick wieder auf unser Modell fiel, begann es, mich anzusprechen. Der Umgang mit ehemaligen Häftlingen musste meine Sinne geöffnet haben. Was ich für Unbeholfenheit gehalten hatte, erkannte ich nun als einen authentischen Ausdruck von Erlebtem, von Gefühlen: der überdimensionierte Zaun, der aus dem weiten Lagergelände einen Käfig machte, oder die sorgfältig ausgearbeiteten, übergroßen Kohlköpfe im Garten der Wachleute, unerreichbar für die hungernden Häftlinge. Da der Erkenntnisprozess auch bei anderen von uns fortgeschritten war, haben wir jetzt im Eingangsbereich unserer Ausstellung ein Nachfolgemodell aufgestellt, das größer, leider auch wirklichkeitsgetreuer, mithin weniger authentisch ist.

Bevor ich nun zum Widerstand in der regionalen Erinnerungskultur des Emslandes übergehe, sofern die Lager deren Gegenstand sind, möchte ich kurz das Widerstandspotential der emsländischen Bevölkerung betrachten. Die bäuerlich-kleingewerblich strukturierte Bevölkerung des Emslandes bot soziologisch gesehen ein günstiges Milieu für den Nazismus. Aber sie verfügte über eine ideelle Besonderheit, dank der sie Distanz hielt: sie war katholisch. Bis zum Ende der Weimarer Republik wählten die Emsländer mehrheitlich Zentrum. Ein Widerstandspotential steckte hier freilich kaum, und es gab auch keinen Anlass für offenen Widerstand, wie er im südoldenburgischen Streit um die Kruzifixe in den Schulen geleistet wurde. Eher

könnte man von einer „Widerständigkeit“ sprechen, in der Möglichkeiten zum Widerstand angelegt waren. Bevor man aber der Bevölkerung des Emslandes ein Versagen vorwirft, sollte man sich fragen, wieweit generell in einer „Zivilgesellschaft“, als welche man doch die Gesellschaft in Deutschland vor 1933 ansehen kann, ziviler Ungehorsam gedeiht, der einer Diktatur entgegenwirken könnte.

Auch wäre zu überlegen, wieweit eine Region überhaupt zum Widerstand befähigt ist. Die Geschwister Scholl in München, der Kreisauer Kreis in Schlesien, die Militärs des 20. Juli in Berlin repräsentieren nicht eine Region oder sonst eine Lokalität. Am ehesten ließe sich der Widerstand von Arbeitern in den Industriezentren, in Berlin oder im Ruhrgebiet, einer Region zuordnen, aber auch in ihrem Widerstand drückt sich nicht das Selbstbewusstsein einer Region, sondern das einer Klasse aus. Und auch die Südoldenburger haben nicht aus südoldenburgischem Patriotismus, sondern als Katholiken Widerstand geleistet.

Ein Wille zum Widerstand erwuchs auch nicht aus dem Verhältnis der Bevölkerung zu den Lagern. Das Verhältnis war ökonomisch dominiert. Der Aufbau der Lager und die Versorgung der Häftlinge und Wachmannschaften belebte das Geschäft in einer armen und von der allgemeinen Wirtschaftskrise mitbetroffenen Region. Und was die Arbeit im Moor betraf, kannten sie die Emsländer über Generationen hinweg nur als Schinderei: Dem Ersten der Tod, dem Zweiten die Not, dem Dritten das Brot, so fassten sie die Folgen ihrer Kultivierungsarbeiten zusammen. In der gleichgeschalteten Presse wurde die Kultivierung der Moore als großes Aufbauwerk gefeiert und der SA zugute geschrieben. Misshandlungen kamen nicht an die Öffentlichkeit. Über die eine oder andere, die jemand beobachtet hatte, mochte heimlich geredet werden, bevor sie als bedauerlicher Einzelfall abgetan wurde. Ein Dienststrafverfahren, das das Justizministerium gegen den Kommandanten Schäfer einleitete, überstand dieser unversehrt, er wurde sogar anschließend in der SA befördert. Die Lager mochten als Einrichtungen einer staatlichen Obrigkeit, die sich die katholische Kirche nicht gewünscht hatte, mit der sie aber einen *modus vivendi* suchte, in der katholischen Bevölkerung ambivalente Gefühle auslösen, den Willen zum Widerstand weckten sie indessen nicht.

Die politischen Gefangenen und viele Militärstrafgefangene waren wegen ihres Widerstandes gegen das NS-Regime und dessen Krieg inhaftiert worden. Aber ihre politischen Einstellungen verbreiteten sich nicht in der

Region. Umgang mit den Häftlingen hatten im wesentlichen nur die Vorarbeiter im Moor, die Kneiskes. In den Wachmannschaften taten nur wenige Emsländer Dienst. Es gibt einzelne Zeugnisse von Mitgefühl mit Gefangenen in der Bevölkerung, aber es gibt keine Zeugnisse von Solidarität, von irgendeiner Identifikation mit ihnen. Sie waren Fremde. Wer wollte schon mit Kriminellen oder gar Kommunisten etwas zu tun haben, sich ihretwegen einen Kopf machen? Aber auch zu Sozialdemokraten, Pazifisten und sonstigen Gegnern der neuen staatlichen Obrigkeit gab es für den Grossteil der emsländischen Bevölkerung keine Nähe, die zu irgendeinem Protest hätte führen können. Dass mit Heinrich Hirtsiefer für kurze Zeit ein führender Zentrumsolitiker in Börgermoor eingeliefert wurde, erregte kein Aufsehen. Es gab keine Öffentlichkeit, in der dieser Vorgang hätte diskutiert werden können, und außerdem stammte der christliche Gewerkschafter aus Essen, Sohn eines Fabrikarbeiters und gelernter Schlosser, aus einem Milieu, das dem normalen Emsländer fremd war. Fremd schließlich waren auch alle Ausländer.

Die politische Distanz der damaligen Bevölkerung zu Widerstandskämpfern und deren Motiven, berührt heute unsere Gedenkstättenarbeit. So benennen wir die Motive, aus denen der politische Widerstand geleistet wurde, der zur Inhaftierung führte, aber wir machen sie nicht zu einem eigenständigen Thema. Unsere politischen Informationen dienen vor allem dazu, Entstehung, Funktion und System der Lager zu erklären. Das Gedenken selbst ist darauf ausgerichtet, humane Werte und Einstellungen als Grundlage für Politik einsichtig zu machen und zu fördern und den Widerwillen gegen Unrechtssysteme zu stärken.

Gab es innerhalb der Lager Widerstand, der in die Erinnerungskultur eingehen könnte? Bei dieser Frage ist zwischen individuellem und kollektivem Handeln zu unterscheiden. Das Bemühen Einzelner, sich Vorteile zu verschaffen, z.B. zum Küchendienst abgestellt zu werden, oder Selbstverstümmelungen, mit denen Verzweifelte hofften, ins Revier zu kommen, sind nicht zum Widerstand zu zählen. In diesen Fällen wollen Häftlinge nicht unerträgliche Bedingungen des Lagerlebens ändern, sie suchen ihnen zu entkommen. Auch Hilfe, die sich Freunde und Kameraden gegenseitig zukommen lassen, und Mitmenschlichkeit, die jedem zuteil wird, die keinen, der misshandelt wird, ausgrenzt, vermögen zwar den Überlebenswillen zu stärken und Kraft zu geben, dem Destruktionstrieb und Vernichtungswillen der Wachleute zu widerstehen, aber sie vermögen nicht, die drückenden Verhältnisse zu

ändern, sie vermögen nicht, Schikanen und Misshandlungen vorzubeugen, sie zu verhindern. Dies ist nur möglich, wenn Solidarität kollektiv geübt wird.

Ich möchte das Gesagte an einem Vergleich verdeutlichen, den ich zwischen den beiden ersten Buchpublikationen anstellen will, die vom Leben der Häftlinge in den Lagern berichten. Es handelt sich über die 1935 bzw. 1936 in der Emigration veröffentlichten Bücher von Langhoff über Börgermoor und von Wittfogel über Esterwegen. Die Darstellungen beruhen nicht nur auf eigenen Erlebnissen, sie sind auch gestaltet, komponiert. Sie folgen einer Idee. Beide Autoren sind Kommunisten, doch beide schildern unterschiedlich. Wittfogel schildert die Freundschaftsgruppe, die schließlich vor Misshandlungen und vor Ermordung nicht schützen kann, Langhoff die Lagergemeinschaft, die sich organisiert und unter einer geheimen Lagerleitung fähig ist, solidarisch zu handeln, z.B. mit Rücksicht auf die Schwächeren das Arbeitstempo aller zu verlangsamen.¹³ Dem Terror, den die SS gegen Einzelne ohne Umschweife und ungehemmt ausüben kann, können gemeinsam agierende Häftlinge Grenzen setzen. Auch Wittfogel weiß von einer spontanen Demonstration fast aller Häftlinge zu berichten, die den Kommandanten hindert, einen Häftling zu misshandeln.¹⁴ Aber sie bleibt ein Einzelfall. Da die Selbstorganisation fehlt, lassen sich Aktionen nicht planen und absprechen; und so lässt sich auch die Demonstration nicht wiederholen.

Langhoff und Wittfogel berichten beide von SS-Leuten, die unzufrieden werden, weil sie ins Moor abgeschoben sind und die erhoffte Revolution ausbleibt. Zu ihnen können die Gefangenen ein Verhältnis aufbauen, aber bei Wittfogel bleibt das Verhältnis zwischen Häftlingen und Wachmännern individuell. Zu einem Wachmann, der deutlich macht, dass er mit den Misshandlungen der Gefangenen nicht einverstanden ist, können einzelne Häftlinge einen persönlichen Kontakt herstellen. Doch als dieser SS-Mann sich gegen das terroristische System der Lagerleitung stellt, wird er erschossen. Bei Langhoff können die geschlossen vorgehenden Häftlinge die Wachmannschaften insgesamt so weit beeindrucken, dass die Wachmänner, die sich ansprechen lassen, Möglichkeiten haben, das Leben der Häftlinge etwas zu erleichtern. Kämpferisch tritt aber auch das Kollektiv nicht auf. Es ist gezwungen, sich kryptisch zu äußern. Die letzte Strophe des im Lager entstandenen Moorsoldatenlieds heißt:

13 Dies Beispiel nach der Aussage von Lemnitz in wie Anm. 10, S. 23.

14 Wittfogel wie Anm. 11, S.163.

„Doch für uns gibt es kein Klagen,
 ewig kann's nicht Winter sein.
 Einmal werden froh wir sagen:
 Heimat, du bist wieder mein.“¹⁵

Für den Angehörigen des Kollektivs ist die Heimat erst wieder sein, wenn sie vom Faschismus befreit ist. Für die Ohren der SS ist eine andere Deutung gedacht: Der einzelne Häftling freut sich auf seine Rückkehr nach der erhofften Entlassung. Die Änderung des Refrains im Schlussvers von: „Wir sind die Moorsoldaten und ziehen mit dem Spaten ins Moor“ in: „Dann zieh'n die Moorsoldaten nicht mehr mit dem Spaten ins Moor“ legt eine politische Deutung nahe. Der dem KZ entronnene, emigrierte Kommunist Wittfogel hörte denn auch in dem Gesang der Moorsoldaten „den farblosen privaten Schlussvers in den Aufschrei einer leidenschaftlichen revolutionären Hoffnung verwandelt“.¹⁶ Der Kommandant von Börgermoor mochte den Schlussvers genauso hören. Er verbot, das Lied zu singen. Aber außerhalb des Lagers auf dem Weg ins Moor wollte es manch ein SS-Mann hören. Das bedeutete noch keine Aufsässigkeit gegen den Kommandanten und keinen Akt der Solidarität mit den Häftlingen, aber es verringerte die Distanz zu ihnen und den Trieb, sie zu misshandeln. Sein Verhalten war in menschlichere Bahnen gelenkt.

Bei Wittfogel kommt ein kommunistischer Häftling aufgrund vielfältiger Erfahrungen, dass Widerstand nur weitere Misshandlungen nach sich zieht, zu der Einsicht: „Hat Hitler ein Reich der Sklaverei errichtet, so muss man, zum Sklaven gemacht, die Folgerungen ziehen. Offener Widerstand führt, jedenfalls im Augenblick, zu nichts. Das Reich der Sklaverei erfordert andere Formen der Abwehr.“¹⁷ Unser Kommunist, und das heißt auch der Kommunist Wittfogel, steckt noch voller Skrupel, die eigene Ohnmacht einzugestehen, die sich doch so schlecht verträgt mit dem Siegesoptimismus des Revolutionärs. Nicht nur „im Augenblick“, sondern für alle Zeit führt offener Widerstand im Lager zu nichts. Und geheimer Widerstand, etwa Sabotage, ließ sich ebenso wenig leisten wie „andere Formen der Abwehr“. Wittfogel schließt sein Buch mit einem Streik von Arbeitern außerhalb des

15 Guido Fackler, „Des Lagers Stimme“. Musik im KZ. Alltag und Häftlingskultur in den Konzentrationslagern 1933 bis 1936, DIZ-Schriften Bd. 11, Bremen 2000, S. 245 ff.; Langhoff (wie Anm. 11), S. 190 ff.

16 Wittfogel (wie Anm. 11), S. 202.

17 Ebd., S. 136.

Lagers, der zum Ausfall der elektrischen Versorgung führt. In dieser wirklichen Begebenheit sieht Wittfogel ein Menetekel für das Nazi-Regime. Eine unbegründete Hoffnung, wie wir wissen. Der Ankündigung folgten keine weiteren Streiks oder andere Aktionen der Bevölkerung, die dem Regime hätten gefährlich werden können. Auch Langhoff, der doch Widerstand, wenn auch nur einen begrenzt wirksamen, kannte, vermag seine Hoffnung letzten Endes nur auf „die Zeit“ zu setzen. Sie werde beweisen, dass das, was augenblicklich in Deutschland geschehe, nur der „hässliche Teil“ Deutschlands sei.¹⁸

Ich fasse zusammen: Widerstand gegen das NS-Regime spielt in der regionalen Erinnerungskultur, auch wenn sie die Emslandlager zu ihrem Gegenstand hat, nur eine untergeordnete Rolle. Die Häftlinge haben ihn zunächst außerhalb, dann innerhalb der Lager geleistet. Aber in beiden Fällen führte ihr Widerstand nicht zum Triumph über den Gegner, zum Sieg über die Diktatur. Bei aller Hochachtung vor ihnen und bei aller Empathie – die Lehre, die aus der Geschichte zu ziehen ist, kann nur sein: „Wehret den Anfängen“. Aber wo stecken die Anfänge? Bei politischen Extremisten? In den sozialen Verhältnissen? In Gleichgültigkeit und Resignation weiter Bevölkerungskreise? In mangelnder Aufklärung und politischer Bildung? In allem und jedem mögen sie stecken. Dem nachzugehen, ist Sache des Wissenschaftlers, Sache des Gedenkens ist es, die psychischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass politische Bildung auf fruchtbaren Boden fällt, Wurzeln schlagen und Früchte tragen kann.

Die Gedenkstättenarbeit des DIZ ist heute ein anerkannter und gewichtiger – für die NS-Zeit der gewichtigste – Bestandteil der regionalen Erinnerungskultur. Sie ist in der Region fest verankert. Aus ihr kommt der weitaus überwiegende Teil der Besucher. Darüber darf man sich freuen. Was aber bleibt, ist die bittere Erfahrung, dass ihre erste Voraussetzung nicht moralische Abkehr von schuldhafter Vergangenheit und Hinwendung zu den Opfern war, sondern ein biologisches Phänomen: Es musste erst eine neue, unbelastete Generation heranwachsen. Wenn ich darüber nachdenke, stellt sich mir das Bild eines reinen Naturgeschehens, des Tidenwechsels, ein: nach der Ebbe, die uns die Vergangenheit entzog, kam die Flut, die sie uns wiederbrachte. Wir haben die Flut genutzt, ihr die Vergangenheit abgewonnen, aber wir haben die Flut nicht hervorgerufen.

18 Langhoff wie Anm. 11, S. 323.

Dirk Lange

Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus im historisch-politischen Schulbuch: Erinnerungskultur im Wandel

Die Geschichte des Erinnerns an den „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ hat in der deutschen Gesellschaft vielfältige Veränderungen und Brüche erfahren. Seit jeher wird dabei mit heterogenen Begriffsdefinitionen gearbeitet. Die Widerstandsforschung unterlag seit 1945 einem Wandel, der sowohl durch die jeweiligen gesellschaftlichen Determinanten als auch durch legitimatorische Interessen bedingt war (vgl. Steinbach 1994a). Die Erkenntnisinteressen und Begriffsdefinitionen der Widerstandsforschung blieben vom ‚Kalten Krieg‘, der Studenten- oder Frauenbewegung und der Orientierung auf den Alltag ebenso abhängig, wie von den Legitimationsinteressen zweier deutscher Staaten im Zuge der Ost-West-System-Konfrontation. Dadurch fällt unter den Widerstandsbegriff ein weites Spektrum von Verhaltensweisen, das sich einer zu starren Definition entzieht. Dieser offene Widerstandsbegriff wird dem Umstand gerecht, dass ‚Widerstand als Prozess‘ zu betrachten ist, dessen zu exakte Einhegung zu einer Ausgrenzung von bestimmten oppositionellen Verhaltensweisen führen müsste (vgl. Steinbach/Tuchel 1994).

Bei der Erforschung des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus lassen sich zwei wichtige Ansätze unterscheiden (vgl. Kerschaw 1994). Der *fundamentalistische Ansatz* versteht Widerstand als das organisierte Bemühen, den NS-Staat durch politische, mutige und risikoreiche Aktionen zu beseitigen. Er bekommt dadurch vor allem Elitegruppen ins Blickfeld, die selbst in der Lage scheinen, in das Zentrum der Macht vorzustoßen, und dadurch eine Option zur Herrschaft besitzen (vgl. Ehlers 1964). Der *gesellschaftliche Ansatz* ist maßgeblich durch die Arbeiten des „Bayern-Projekts“ (Ende der 70er/Anfang der 80er Jahre) befördert worden. Der Historiker Martin Broszat hat mit dem Resistenzbegriff erheblich dazu beigetragen, dass die

vielfältigen Konfliktlinien zwischen NS-Staat und Gesellschaft forschungsrelevant wurden (vgl. Broszat 1981, 687).

Die Debatte um die Widerstandsdefinition hat sich in den letzten 25 Jahren im Spannungsfeld dieser beiden Ansätze bewegt. Um alle Aspekte der Widerstandsrezeption zu erfassen, wurde der Schulbuchanalyse ein offener Widerstandsbegriff zu Grunde gelegt. Dieser umfasst ein weites Spektrum vom Abseitsstehen, dem Nichtverhalten über Formen verbaler Kritik bis hin zur konspirativen Widerstandshandlung.

Der Blick auf die Rezeptionsgeschichte des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus zeigt, dass Erinnerung nicht ausschließlich rationalen Kriterien folgt. Die Erinnerung an die Vergangenheit ist durch gegenwärtige Interessen und Werthaltungen geprägt. So spiegeln die Zyklen der Rezeptionsgeschichte nicht zuletzt den Mentalitätswandel der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Die Veränderung kultureller Deutungs- und Praxisformen haben die auf die Vergangenheit gerichteten Erkenntnisinteressen, Fragehaltungen und Antwortwartungen beeinflusst (vgl. Steinbach 1994b; Reichel, 1995).

In Deutschland hat sich eine vielschichtige Erinnerungskultur entwickelt, die den „Widerstand gegen den NS“ gegenwärtig hält. Zur ihr sind auch die Bemühungen der historisch-politischen Bildung zu zählen (Vgl. Rohlfes 1994, Claußen 1994). Das historisch-politische Schulbuch stellt – neben Film und Fernsehen, Gedenkort, Zeitzeugengesprächen und anderer Literatur – ein Medium des Erinnerns dar. Aus den Schulbüchern kann abgelesen werden, welche Inhalte und Formen der Vergangenheitserinnerung an die nachfolgende Generation vermittelt werden sollen. So sind Schulbücher nicht nur Lernmittel, sondern auch Dokumente der historischen Selbstvergewisserung einer Gesellschaft (vgl. Lange 2003b). Eine Analyse von Schulbüchern der letzten 50 Jahre gibt Hinweise darauf, wie sich die Kultur des Erinnerns an den Widerstand gegen den NS gewandelt hat.

Für die vorliegende Studie wurden Schulbücher verschiedener Schultypen und Klassenstufen analysiert. Das ist gerechtfertigt, da die Unterschiede hinsichtlich der Komplexität und der Altersangemessenheit der Darstellungen bestehen, jedoch nicht hinsichtlich der inhaltliche Vermittlungsaspekte. Folgende Schulbücher für den historisch-politischen Unterricht sind untersucht worden:

- Anno 4. Das 20. Jahrhundert, hrsg. v. Bernhard Askani/Elmar Wagener, Braunschweig 1997 [Anno].
- Buchners Kolleg Geschichte. Deutschland zwischen Diktatur und Demokratie – Weltpolitik im 20. Jahrhundert, Bamberg 2002 [BKG].
- Das IGL-Buch. Gesellschaftslehre an Gesamtschulen 1, Stuttgart u.a. 1997.
- Das waren Zeiten 4. Unterrichtswerk für Geschichte an Gymnasien und Gesamtschulen Sekundarstufe I, Bamberg 1999 [DwZ].
- Deutsche Geschichte der Neuzeit, Rinteln/München 1964 [DGdN].
- Die Reise in die Vergangenheit. Ein geschichtliches Arbeitsbuch. Das Zeitalter der Weltkriege, Braunschweig 1991 [DRidV].
- Durchblick. GSW Geschichte/Politik 9/10. Realschule Niedersachsen, Braunschweig 1998.
- Geschichte heute 3. Neubearbeitung, Hannover 1995 [Gh].
- Geschichte konkret 3. Ein Lern- und Arbeitsbuch, Hannover 1998 [Gk].
- Geschichte und Gegenwart. Band 3, hrsg. v. Hans-Jürgen Lenzian/Christoph Andreas Marx, Paderborn 2001 [GG].
- Geschichte und Geschehen A4. Geschichtliches Unterrichtswerk für die Sekundarstufe I, Stuttgart u.a. 1997 [GuG SekI].
- Geschichte und Geschehen II. Oberstufe, Stuttgart u.a. 1995 [GuG SekII].
- Geschichtsbuch. Band 2. Das 20. Jahrhundert, hrsg. v. Hilke Günther-Arndt/Dirk Hoffmann/Norbert Zwölfer, Berlin 1996 [Gb].
- Geschichtsbuch 4. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten. Von 1918-1995, hrsg. v. Bernd Mütter/Falk Pingel/Norbert Zwölfer, Berlin 1996 [Gb4].
- Historisch-politische Weltkunde. Kursmaterialien Geschichte Sekundarstufe II/Kollegstufe: Weimarer Republik und Nationalsozialismus. Demokratie und Diktatur in Deutschland 1918-1945, v. B. Hey/H.-J. Pandel/J. Radkau, Leipzig u.a. 1997 [HpW].
- Lehrbuch der Geschichte für berufsbildende Schulen. Handwerk und Technik, hrsg. v. Hugo Andreae, Hamburg 1968 [LdG].
- Menschen in ihrer Zeit. In unserer Zeit, Stuttgart 1982 [MiiZ].

- Spiegel der Zeiten. Band 4. Von der Russischen Revolution bis zur Gegenwart, Frankfurt a.M. 1991 [SdZ].

Außerdem das Lehrerhandbuch:

Lebendige Zeitgeschichte. 1980-1945. Handbuch und Methodik, hrsg. v. Gerhart Binder, München 1961 [LZg].

Die Schulbücher wurden unter zwei zentralen Fragestellungen untersucht:

- Welcher Widerstandsbegriff liegt der Darstellung zu Grunde?
- Welche Inhalte und Formen des Widerstandes werden dargestellt?

„Einige führende Männer des politischen Lebens und des Militärs hatten erkannt, dass Deutschland auf dem Weg in den Abgrund war“.

1 Zum Einfluss des Historismus auf die Darstellung des Widerstandes in der ersten Schulbuchgeneration

Im Schulbuch der 60er Jahre wird die Fähigkeit zum Politischen Handeln und damit auch zum Widerstand auf wenige gesellschaftliche Eliten reduziert. In dem Schulbuch „Deutsche Geschichte der Neuzeit“ aus dem Jahr 1964 erfährt der Leser von der „politische[n] Instinktlosigkeit der Massen“, die nicht erkennen ließ, „daß die Grundlagen der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft – Terror, Gewissenslosigkeit, Nichtachtung des Lebens des einzelnen und der Völker – bereits an der Wiege der Partei Pate gestanden hatten“ (vgl. DGdN, 160).

Dann heißt es: „Als das Volk in seinen besten Teilen erwachte, hatte sich die Gewaltherrschaft schon zu sehr gefestigt. *Nur die Wehrmacht* hätte noch die Möglichkeit gehabt Hitler zu stürzen. Als auch die Generäle versagten, war ein Vorgehen gegen den Terror, ein Durchbruch wahrhaft deutschen Wesens, nicht mehr möglich. Es fehlte ein Gegenspieler, vorausschauend, robust und rücksichtslos genug, um Hitler entgegentreten zu können“ (DGdN, 160).

In diesen Passagen wird der Widerstand gegen den Nationalsozialismus als eine Geschichte „großer Männer“ geschrieben. Nur diese scheinen in der Lage zu sein, gestaltenden Einfluss auf die Geschichte zu nehmen. Erfolgreicher Widerstand wird von einer Persönlichkeit abhängig gemacht, die Hitler hätte entgegentreten können.

Auch in dem „Lehrbuch zur Geschichte für berufsbildende Schulen“ aus dem Jahr 1968 erfährt der Leser: „Das deutsche Volk konnte sich kein Urteil über die politische und militärische Lage bilden ... Dagegen hatten einige führende Männer des politischen Lebens und des Militärs erkannt, dass Deutschland auf dem Weg in den Abgrund war. Ihnen blieb *zur Rettung Deutschlands* nur der Weg der Verschwörung und der gewaltsamen Beseitigung Hitlers“ (LdG, 263). So wird der Widerstand personalisiert und auf die Verschwörer des 20. Juli 1944 reduziert. Zum aktiven Handeln scheinen nur männliche Elitenangehörige in der Lage. Das „deutsche Volk“ verbleibt im Status der Unmündigkeit.

Diese Darstellungen stehen in der Tradition des Historismus. Widerstand wird als das organisierte Bemühen verstanden, den NS-Staat durch politische, mutige und risikoreiche Aktionen zu beseitigen.

Die Schulbücher verraten eine Suche nach Eindeutigkeit. Die Aktivisten werden nicht in der Widersprüchlichkeit ihrer Zeit dargestellt, sondern zu Helden verklärt: „Es waren Menschen, die mit brennender Scham die Schändung des deutschen Namens sahen und der Welt zeigen wollten, daß es noch ein *anderes Deutschland* gäbe, ein Deutschland Luthers, Goethes und Schillers“ (DGdN, 161). „*Ihre Motive waren sowohl sittlicher als politischer Natur*. Sie empfanden die mit Blut und Schandtaten besudelte Regierung Hitlers als sittlich untragbar und wollten durch einen Gewaltakt die Ehre Deutschlands wiederherstellen. Sie erkannten ferner, daß Deutschland unter dieser Regierung auf dem Wege in die Niederlage und ins Chaos war. Die Beseitigung des Tyrannen sollte Deutschland in letzter Stunden einen noch erträglichen Frieden geben“ (LdG, 263).

Die Heroisierungen haben den Zweck – so lässt sich in einem Methodik-Handbuch aus dem Jahr 1961 lesen – Vorbilder für die Schüler zu gewinnen: „Immer wieder wird gefragt, wo für den jungen Menschen Vorbilder zu finden seien. Hier haben wir eine Antwort. An vielen großen Gestalten des Widerstandes kann er sie gewinnen. Oder sollte die Art, wie ein Graf Moltke, ein Gördeler und Bonhoeffer, ein Pater Delp oder Pfarrer Metzger starben und das Große, für das sie ihr Leben einsetzten, kein Vorbild mehr sein?“ (LZg, 150)

Wenn die Erklärungskraft des Historismus nicht mehr ausreicht, werden überirdische Kräfte bemüht: „Viele Pläne wurden im kleinen Kreise besprochen, besonders von den wenigen verantwortungsbewussten Generälen, denen klar war, daß sie mit der Wehrmacht die einzige reale Macht in der

Hand hatten. Sie wollten Hitler und seine Helfer vor ein öffentliches Gericht stellen und so dem Volke das wahre Bild des Führers zeigen und *einen Rechtsstaat wieder aufrichten*. Doch alle Versuche scheiterten. Attentate mißglückten. Hitler hatte ein unwahrscheinliches Glück. Das Schicksal wollte, daß wir den Kelch bis zur Neige tranken.“ (DGdN, 161). Glück und Schicksal werden für das Scheitern des Widerstandes Verantwortlich gemacht, damit die Heldenhaftigkeit der Akteure nicht in Frage gestellt ist.

Auffällig ist, dass die Darstellungen noch relativ ungebrochen aus einer nationalistischen Perspektive erfolgen. „Der Gedanke an eine Niederlage Deutschlands mit all ihren Folgen aber mußte ihnen [den Widerständlern; D.L.] aus nationalen Gründen gleichfalls unerträglich sein“ (LdG, 263). Die ‚Rettung Deutschlands‘ und die ‚Ehre Deutschlands‘ scheinen die zentralen Motive der Attentäter gewesen zu sein: „Wenn das Attentat geglückt wäre ... wären 2,5 Millionen deutsche Menschen, die noch nach dem 20. Juli 1944 umgekommen sind, am Leben geblieben. Auch wären die Städte Dresden, Würzburg, Darmstadt und viele andere nicht in Schutt und Asche gesunken. Es wäre aber in unserem Volke wohl bis heute die Meinung nicht verstummt, daß Hitler Deutschland zum Siege geführt hätte, wenn ihn nicht ‚Verräter‘ beseitigt hätten“ (LdG, 263).

Die Ermordeten der Vernichtungslager, die Kriegsoffer der deutschen Kriegsgegner und die von Deutschen verwüsteten Städte und Landstriche finden keine Erwähnung. Auch die Darstellungsweise der Opfer des Widerstandes ist noch dem rassetheoretischen Vokabular des Nationalsozialismus verhaftet: „Viel bestes deutsches Blut floß noch durch Henkershand“ (DGdN, 161).

Der Widerstand wird genutzt, um die deutsche Bevölkerung zu entschuldigen. Hitler scheint sich der Deutschen bemächtigt zu haben: „Diejenigen, die den militärischen Zusammenbruch kommen sahen ... wollten vor der Geschichte zeigen, das Hitlers Geist nicht der deutsche Geist war, sondern ein fremder, ein Geist aus der Tiefe. So kam der Attentatsversuch am 20.7.1944 aus reinem Herzen zustande ...“ (DGdN, 161). Das Zitat zeigt auch, dass der Widerstand in den 60er Jahren noch immer mit dem Vorwurf des Verrats konfrontiert war. Es muss betont werden, dass die Attentäter gute Absichten hatten und ‚aus reinem Herzen‘ handelten.

Politische Emigranten hingegen sind noch immer mit dem Vorwurf konfrontiert, ihr Land im Stich gelassen zu haben. „So fielen die einzelnen, die sich aus Gewissensnot nicht beugen wollten, der Gewalt zum Opfer oder mußten

ins Ausland flüchten. Wenige blieben auf ihrem Posten und versuchten, zu bremsen und schlimmeres zu verhüten“ (DGdN, 160). Die Ausreise wird zwar als Zwangssituation dargestellt („mußten ins Ausland flüchten“) zugleich wird aber betont, dass das Exilanten ihre Aufgaben vernachlässigt haben („wenige blieben auf ihrem Posten“).

Die Darstellung des Widerstandes in der ersten Schulbuchgeneration ist gekennzeichnet durch

- Personalisierungen,
- Heroisierungen,
- Mythologisierungen und
- eine nationalistische Perspektive.

Die Darstellung des Widerstandes im Schulbuch der 60er Jahre konzentriert sich auf die Motive, Intentionen und Überzeugungen von bürgerlichen und meist männlichen Persönlichkeiten, die als Teil von Elitegruppen in der Lage schienen, in das Zentrum der Macht vorstoßen zu können. Die NS-Gesellschaft wurde dabei als ein monolithischer Block vorgestellt, in der auf Grund von totalitärer Erfassung und Gleichschaltung, Widerstreben und Verweigern nur für einige wenige heldenhafte Personen denkbar war. Diese Heroisierung des Widerstandes erfüllte eine Entschuldungsfunktion, da die hohen Ansprüche, die an widerständiges Handeln gestellt wurden, kaum erreichbar waren und somit belegt schien, „dass man ja unter diesen Bedingungen doch nichts machen konnte“.

Nachdem erste Veröffentlichungen von Widerstandleistenden nach Kriegsende sehr defensiv formuliert waren und gegen einen möglichen Verratsvorwurf argumentierten, entwickelte sich die westdeutsche Widerstandsforschung im Schatten der Systemkonfrontation. Mit totalitarismustheoretischer Begründung fiel dabei der kommunistische Widerstand unter den Tisch. Indem Kommunismus und Nationalsozialismus als zwei Seiten des selben Übels vorgestellt wurden, war ein kommunistischer Widerstand nicht mehr denkbar. Hinzu kam, dass der Widerstand durch sein Bemühen um den Erhalt des Status quo bzw. um die Herstellung des Status quo ante (im Sinne der Tyrannenlehre des Thomas von Aquin) legitimiert schien. Dieses bewahrende Moment schloss die teils revolutionäre Motivation des Widerstandes aus der Arbeiterbewegung aus.

„Menschen aus allen Bevölkerungsschichten und mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen haben sich dafür eingesetzt“.

2 Zum Einfluss der Sozialgeschichte auf die Darstellung des Widerstandes in der zweiten Schulbuchgeneration

In den Schulbüchern kommt es seit den 1970er Jahren zu einer Ausweitung des Widerstandsbegriffs. Die Schulbücher „Reise in die Vergangenheit“ und „Spiegel der Zeiten“ eröffnen die Darstellung des deutschen Widerstandes aus der Arbeiterbewegung: „Sozialdemokraten und Kommunisten waren bis 1933 die Hauptgegner der NSDAP gewesen. Sie traf die erste schwere Verfolgungswelle, und sie waren unter den ersten, die der neuen Diktatur Widerstand leisteten. Vom benachbarten Ausland aus begannen die Versuche, die verbotene SPD und KPD im Untergrund, in der *Illegalität*, neu aufzubauen“ (DRidV, 172). Und: „Wer sich in Deutschland auf Widerstand gegen das Hitler-Regime einließ, befand sich in einer besonders schwierigen Lage. ... Er mußte sich dazu durchringen, die militärische Niederlage seines Landes zu wollen, um dessen politische Befreiung zu ermöglichen. Politisch gefestigte Mitglieder der Arbeiterparteien und der Gewerkschaften mochten sich dazu am ehesten bereit finden“ (SdZ, 123).

In den Darstellungen ist die Entpersonalisierung des Widerstandes deutlich erkennbar. Es geht um den Widerstand von Parteien und Organisationen, aus der Arbeiterbewegung, der Jugendbewegung und aus den christlichen Kirchen (vgl. DRidV, 172ff; SdZ, 124ff.). Nicht mehr die Motive von Einzelnen, sondern die weltanschaulichen Positionen von Vielen prägen die Widerstandsdarstellung. Selbst wenn die Darstellung durch beispielhafte Personifizierungen gekennzeichnet ist (vgl. Gh, 49ff.), stehen „die Gruppen des deutschen Widerstandes“ (SdZ, 123) im Mittelpunkt des Interesses. Intellektuelle und Angehörige der politischen Linken, der Arbeiterbewegung, bürgerlicher und kirchlichen Gruppen, der jüdischen Jugendbewegung, Jugendlichen und Studenten sowie Offiziere der Wehrmacht werden als typische Gruppierungen genannt (vgl. Gk, 172; GG, 184ff.). In neueren Schulbüchern wird auch der Hitler-Attentäter Georg Elser der Vielfalt des Widerstandes zugeordnet (vgl. GG, 185; DwZ 124).

„Menschen aus allen Bevölkerungsschichten und mit den unterschiedlichsten Weltanschauungen haben sich dafür eingesetzt“ (GuG SekII, 352) und nicht nur die gesellschaftlichen Eliten. Aber: „Nicht alle sozialen Schichten und

sozialen Gruppen waren gleichmäßig beteiligt“ (Gk, 172). „Die einflussreichen Wirtschaftsführer und alten Führungsschichten versagten sich weitgehend dem Widerstand – bis auf wenige Ausnahmen, insbesondere die Frauen und Männer des 20. Juli 1944“ (GuG SekI, 126).

Nunmehr sind nicht mehr nur die ‚großen Männer‘, sondern auch Frauen und Jugendliche für die Chronik des Widerstand relevant. Es ist von „Frauen und Männer[n] aus der Arbeiterbewegung“ (GuG, SekI, 125), von „Frauen und Männer[n], die in Deutschland Widerstand gegen die Diktatur leisteten“ (ebd., 125) und von „Frauen und Männer[n], die ausscherten, die nicht mitmachen, nicht ‚Hitlers willfähige Vollstrecker‘ sein wollten“ (GG, 184) die Rede, und „unter denen, die sich nicht vereinnahmen ließen, waren auch manche Jugendliche“ (GuG, SekI, 125).

Die Widerstandsleistenden werden nicht mehr allein daran gemessen, ob sie potenziell in der Lage waren, das System zu beseitigen: „Alle Menschen, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft haben, bezeichnen wir als Widerstandskämpfer“ (Gh, 49). „Ihre Leistung liegt im persönlichen Eintreten für die Wiederherstellung der geistigen und politischen Freiheit der Menschenwürde und des Rechts“ (GuG SekII, 352). „Eine Massenbewegung ist der deutsche Widerstand niemals gewesen“ (Gk, 172).

Auch im Schulbuch „Menschen in ihrer Zeit“ wird der Bezug auf die Gesellschaft deutlich: „Tapfere Menschen aller Überzeugungen von den Kommunisten bis zu den Deutschnationalen, ja sogar bisherige Nationalsozialisten: sie alle kamen zu der immer festeren Überzeugung, daß sie nicht länger untätig zusehen durften, wie Menschen mißhandelt und ‚vernichtet‘ wurden, wie Millionen auf den Schlachtfeldern starben, und wie der Name ‚Deutschland‘ gleichbedeutend wurde mit SS, KZ, und Gewalttat“ (MiiZ, 124).

Trotz der Ausweitung bleibt der Eindruck bestehen, dass es bei den Aktivist*innen eine klare Entscheidung zum Widerstand oder zum Mitmachen gegeben haben muss. „Viele Deutsche waren es nicht, die Widerstand leisteten. Aber es gab Widerstand; es gab Verweigerung, mutigen Widerspruch und Beispiele einer vorbildlichen Menschlichkeit und Hilfsbereitschaft gegenüber Verfolgten“ (GuG SekI, 125). Die Personen aus dem Widerstand, deren Gesamtzahl „auf 20.000 bis 40.000 Personen geschätzt“ (GG, 184) wird, „organisierten sich im Untergrund, angetreten mit dem Ziel zum Widerstand gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime aufzurufen und aktiv zur Beseitigung der NS-Diktatur beizutragen“ (ebd.).

Die inneren Widersprüche des Widerstandes werden als Hürden bezeichnet, die genommen werden mussten. „Viele Gegnerinnen und Gegner des Nationalsozialismus, vor allem Beamte und Soldaten, mussten große Hemmungen überwinden. Sie hatten einen Treueid auf den ‚Führer‘ geleistet. Ebenso fiel es vielen Christen schwer, Widerstand gegen die ‚Obrigkeit‘ zu leisten“ (GUG, SekI, 125). Die eigentliche Entscheidung zum Widerstand wird als ein relativ eindeutiger Akt dargestellt, auch wenn zuvor einige Hemmnisse zu beseitigen waren.

Durch die Erweiterung der Perspektive auf alle gesellschaftlichen Schichten, werden auch die Formen des Widerstandes in einem weiteren Spektrum dargestellt. So „[sind] unter dem Begriff Widerstand [...] sehr unterschiedliche Handlungen zusammengefasst“ (Gk, 172). „Auf die verschiedenste Weise leisteten sie Widerstand, allein und in Gruppen: durch Hilfe für die Verfolgten, Protest gegen Unrecht, geheime Propaganda, Sabotage, Nachrichten an die Alliierten“ (MiiZ, 124). „Es kann zwischen aktivem und passivem Widerstand, zwischen Widerstand mit Gewalt und gewaltfreiem Widerstand unterschieden werden“ (GuG SekI, 126). Grundlegend für die Einordnung zum Widerstand bleibt aber die Intention der Akteure: „*Widerstand*: So nennen wir jede Handlung, die absichtsvoll darauf gerichtet war oder ist, die Menschenrechte oder Verfassungsgrundrechte zu verteidigen oder wiederherzustellen“ (GuG SekI, 125).

Die Darstellung des Widerstandes in der zweiten Schulbuchgeneration ist gekennzeichnet durch

- Entpersonalisierungen,
- eine gesellschaftliche Ausweitung und
- die Eindeutigkeit des Widerstandes.

In der Darstellung des Widerstandes im Schulbuch spiegelt sich seit den 1980er Jahren das sozialgeschichtliche Forschungsparadigma wider. Dieser Einfluss hat zu einer Entpersonalisierung der Widerstandsdarstellung geführt. Neben dem gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen wird nun auch der kommunistische Widerstand in den Schulbuchdarstellungen berücksichtigt. Wichtig für die Zuordnung bleibt aber nach wie vor, dass die Organisation die potentielle Möglichkeit besaß, gesellschaftsgestaltend tätig zu werden. Der Widerstandsbegriff bleibt daran geknüpft, dass das NS-Regime als Ganzes in Frage gestellt, beseitigt und ersetzt werden konnte. Dieses

Potenzial wird nun über die sozialen Eliten hinaus auf die Organisationen der Arbeiterbewegung erweitert.

Die Schulbücher verbleiben nicht bei der Darstellung einzelner herausgehobener Akteure des Widerstandes, sondern benennen gesellschaftliche Gruppierungen, Institutionen, Weltanschauungen und Ideen, die im Widerstand wirkungsmächtig geworden sind. So wird deutlich gemacht, dass neben dem Militär, die Arbeiterbewegung, die christlichen Konfessionen, Jugendliche, Studenten und kritische Gesprächskreise Widerstandsgruppen hervorgebracht haben.

„Widerstand im Alltag fing da an, wo man sich den Umgang mit Freunden, Nachbarn und Kollegen oder den Einkauf in verfeimten Geschäften nicht verbieten lassen wollte.“

3 Zum Einfluss der Alltags- und Kulturgeschichte auf die Darstellung des Widerstandes in der neueren Schulbuchgeneration

Die neuere Schulbuchgeneration hat den Widerstandsbegriff abermals erweitert. Nun wird der Widerstand nicht mehr nur in den großen gesellschaftlichen Organisationen und Verbänden, sondern im Alltag sichtbar gemacht: „Widerstand im Alltag fing da an, wo man sich den Umgang mit Freunden, Nachbarn und Kollegen oder den Einkauf in verfeimten Geschäften nicht verbieten lassen wollte“ (BKG, 133). Und: „Zur Widerstandsbewegung zählen [...] auch die Deutschen, die unter Einsatz ihres Lebens in ihren Wohnungen Juden versteckten, deren Deportation verhindern und sie so vor Konzentrationslager und Tod bewahren konnten“ (GuG SekII, 355). Den im Alltag entdeckten „Formen des abweichenden Verhaltens war eins gemeinsam: Sie zielten nicht darauf das NS-Regime zu stürzen“ (DwZ, 124). „Zum Widerstand entschlossen sich die Menschen, die auf Grund ihrer moralischen oder politischen Überzeugung die kriminelle und menschenverachtende Politik der Nationalsozialisten ablehnten“ (Anno, 120).

Als Beispiele für oppositionelles Verhalten, das „vor allem eine Antwort auf Einschränkungen der individuellen Freiheit“ (DwZ, 124) darstellte, werden erwähnt: den ‚Hitler-Gruß‘ verweigern, gegen einzelne Missstände und schlechte Arbeitsbedingungen protestieren, Juden verstecken oder zur Flucht verhelfen, sich der HJ entziehen und der Gleichschaltung widersetzen, alli-

ierte Sender abhören, NSDAP-Mitglieder und Polizisten überfallen, verpönte ‚Negermusik‘ hören (vgl. ebd.). „Protest gegen den Drill der HJ“ (Anno, 121), wie er von verschiedenen Jugendcliquen (bspw. den Edelweißpiraten, Kittelbachpiraten oder Navajos) ausgeübt wurde, wird nun dem Widerstand zugeordnet. „Sie gestalteten ihre Freizeit nach eigenen Vorstellungen, verteilten Flugblätter und schrieben aufrührerische Parolen an Wände“ (Anno, 121). In diesem Kontext wird auch die Swing-Jugend als „Oppositionsbewegung“ (HpW, 234) eingeführt. Zu ihr gehörten „meist Jugendliche aus besser gestellten bürgerlichen Kreisen, die sich in ihrem Lebensstil bewusst an der (verpönten) angloamerikanischen Kultur orientierten, in einer Zeit allgemeiner Uniformierung besonders gewählte Zivilkleidung trugen und bei ihren Zusammenkünften Swing- und Jazzmusik hörten, Alkohol tranken usw., also provokant gegen die von der HJ proklamierten Erziehungsideale verstießen“ (HpW, 234).

Der Resistenzbegriff hat einen erkennbaren Einfluss auf die Darstellung des Widerstandes gewonnen. Die Funktion und nicht die Absicht einer Handlung ist nun entscheidend, denn „vielen Beteiligten war das Politische ihres Handelns ... gar nicht bewusst. Ihnen ging es darum, sich nicht ‚gleichschalten‘ zu lassen, ihre religiöse, humanitäre oder künstlerische Überzeugung gegen Übergriffe des totalitären Systems zu wahren und ihre Solidarität mit Gleichgesinnten nicht aufzugeben“ (BKG, 133)

Die Darstellung der Widerstandsformen wird dadurch abermals diversifiziert. Das Schulbuch „Buchners Kolleg Geschichte“ beschreibt die Vielfältigkeit des Widerstandes wie folgt: „Er reichte vom bewussten politischen Kampf bis zur ‚inneren Emigration‘. Zwischen Planung und Durchführung eines Umsturzes, dem freiwilligen Rücktritt aus einem Amt und privaten Unmutsäußerungen im Kreise Gleichgesinnter gab es eine Vielzahl von Abstufungen“ (BKG, 134). Im IGL-Buch liest man über „mutige Männer und Frauen, die unter Einsatz ihres Lebens mit Worten und Taten energischen *Widerstand* gegen den Nationalsozialismus leisteten. Sie schrieben und verbreiteten Flugblätter. Manche unterstützten auch politisch Verfolgte. Andere halfen ihren Nachbarn und Freunden jüdischen Glaubens, versteckten sie und retteten damit einigen von ihnen das Leben. Einige halfen auch nach Deutschland verschleppten Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern“ (IGL, 182).

Auch in der neueren Schulbuchgeneration wird der Widerstand in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Schichten verankert (vgl. HpW, 232ff; Gb,

124ff.; Gb4, 112ff.). Er konnte prinzipiell von jedem Menschen geleistet werden: „Es wurden Flugblätter verteilt, Gegenparolen an die Häuserwände belebter Straßen geschrieben, Auslandssender abgehört und wichtige Nachrichten verbreitet. In Rüstungs- und Industriebetrieben kam es zu Arbeitsniederlegungen und Sabotageakten, politisch und rassistisch Verfolgte konnten bei Regimegegnern ‚untertauchen‘ und heimlich ins Ausland geschleust werden oder jahrelang im Verborgenen leben. Trotz umfangreicher Sicherheitsvorkehrungen waren selbst Attentate auf Hitler nicht zu verhindern“ (BKG, 135).

Dabei wird auch deutlich gemacht, dass der Widerstand in der deutschen Gesellschaft minoritär blieb und in den meisten Fällen partieller Natur war: „Nur eine kleine Minderheit hatten den Mut, Maßnahmen der NS-Herrschaft zu kritisieren oder nicht zu befolgen. Kaum jemand lehnte das NS-Regime rundherum ab. Nur wenige klagten begangenes Unrecht öffentlich an, versteckten Menschen vor Gestapo oder SS oder verhalfen Ihnen zur Flucht. Das Handeln dieser mutigen Frauen und Männer aller Altersgruppen und Gesellschaftsschichten wird unter dem Begriff *Widerstand* zusammengefaßt. Die Motive des Widerstandes waren ebenso vielfältig wie die des Mitmachens oder Wegschauens. Es konnte ebenso Mitleid mit Verfolgten sein wie moralische Überzeugung sowie Bindung an eine Religion oder eine Partei. Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter hatten schon vor 1933 gegen die Nazis gekämpft“ (DwZ, 92).

Insgesamt entfalten die Schulbücher Widerstandformen, die von „privater Nonkonformität über Verweigerung und öffentlichem Protest bis zum aktiven Widerstand“ (GuG SekII, 353) reichen. Die Problematik eines derart ausgeweiteten Widerstandsbegriffs wird in einigen Schulbüchern explizit thematisiert. In einem Arbeitsauftrag heißt es: „Diskutieren Sie die von einigen Historikern geäußerte Kritik am Begriff der Verweigerung bzw. an dem vergleichbaren Begriff der ‚Resistenz‘ (Broszat), weil diese die Trennungslinie verwischten zwischen den politischen Gegnern des Nationalsozialismus und den vielen, die ihn zwar als Privatpersonen ablehnten, ihm aber dennoch loyal dienten“ (Gb, 127). In Materialien für die Oberstufe wird dem Definitionsproblem unter dem Titel „Was ist ‚Widerstand‘?“ ein eigenes Kapitel gewidmet, da „der Begriff des Widerstandes und die Definition von Formen des Widerstandes seit je umstritten [sind]“ (HpW, 256). „Jede Feststellung, Beurteilung und Wertung einzelner Widerstandsaktivitäten setzt eine Definition dessen, was man (noch) unter Widerstand verstehen will,

voraus“ (ebd.). Im Anschluss daran werden den Schülerinnen und Schülern drei wissenschaftliche Widerstandsbegriffe (Dieter Ehlers; Martin Broszat und Richard Löwenthal) zur Diskussion gestellt (vgl. ebd., 256ff).

Um den weiten Widerstandsbegriff zu differenzieren, wird in den Schulbüchern mehrmals auf Detlev Peukerts (vgl. 1982, 97) Skala der „Formen abweichenden Verhaltens im Dritten Reich“ zurückgegriffen (vgl. DwZ, 125; Gk, 172; Gb, 127; HpW, 232). Peukert unterscheidet darin einen weiten und einen engen Widerstandsbegriff. In seiner Skala rangieren in aufsteigender Linie Nonkonformität, Verweigerung, Protest und Widerstand im engeren Sinne zwischen partieller und genereller Systemkritik einerseits und privatem und öffentlichem Handlungsraum andererseits. Der weite Widerstandsbegriff wird dabei als Ordnungsbegriff für alle Formen abweichenden Verhaltens benutzt und der enge Widerstandsbegriff für klandestine und emanzipative Aktivitäten.

In den Schulbüchern der neueren Generation werden Heroisierungen von Widerstandsleistenden vermieden und bewusst abgebaut. Die Darstellungen heben hervor, dass es sich beim Widerstand um eine „Mischung von Mitmachen und Widerstehen“ (GuG SekII, 353) sowie von „Anpassung und Verweigerung“ (HpW, 243, vgl. a. Gb4, 112) handelte. Die Aktivisten werden nicht mehr idealisiert oder einem klaren Entweder „Widerstand, Verweigerung und Protest“ Oder „Denunzianten und Mitläufer“ (vgl. Gk, 172-175) zugeordnet, sondern in den Widersprüchen ihrer Zeit verortet.

In Kursmaterialien für die gymnasiale Oberstufe wird auf diese Ambivalenz ausführlich eingegangen: „Den Widerstand aus der Arbeiterbewegung, in den Kirchen, von Kreisen des Militärs und Bürgertums kennzeichnet jene Mischung von Mitmachen und Widerstehen, die vielleicht typisch für Widerstand in einem totalitären System ist. Es handelt sich oft um einen partiellen und sektoralen Widerstand, der einerseits den eigenen Interessensbereich verteidigt, auf der anderen Seite aber durchaus auch Zustimmung zu anderen, den eigenen Bereich weniger berührenden ‚Politiken‘ des NS-Staates mit einschloss. Man konnte mit bestimmten Verhaltensformen und Vorgehensweisen der Nationalsozialisten nicht einverstanden sein und doch ihre Politik (besonders z.B. ihre Außenpolitik) insgesamt oder in anderen Teilen bejahen. Das gilt auch für den ‚alltäglichen Widerstand‘ jener, die trotz aller Anfechtungen und Versuchungen ‚anständig‘ bleiben wollten, z.B. gegenüber ihren diskriminierten und jüdischen Mitbürgern. Das musste dann keine

konkrete Hilfe für die Verfolgten bedeuten, es war ‚nur‘ ein Nicht-Mittun und Abseitsstehen, war Verweigerung und Resistenz gegenüber den von der NS-Propaganda geforderten Verhaltensnormen in bestimmten Fällen“ (HpW, 232).

Nicht nur die nonkonformen Verhaltensweisen, auch die Aktivisten traditioneller Widerstandsgruppen werden nun in ihrer Widersprüchlichkeit dargestellt. So wird für die Mitglieder der Weißen Rose darauf hingewiesen, dass Mitmachen und Widerstehen eng beieinander lagen und sich biographisch überlagerten: „In bürgerlichen Elternhäusern mit vorwiegend christlichen Traditionen aufgewachsen, hatten sie zum Teil begeistert der Hitlerjugend angehört, aber bald Hohlheit und moralische Verwerflichkeit der NS-Bewegung durchschaut“ (BKG, 137). Oder: „Auch manche Deutsche, die zunächst Anhänger der Nationalsozialisten waren, leisteten später Widerstand. Zu ihnen gehörten Hans und Sophie Scholl. Sie studierten in München und gründeten mit Freunden die Widerstandsgruppe ‚Weiße Rose‘. 1943 legten sie in der Universität Flugblätter gegen die Nationalsozialisten aus“ (IGL, 182).

Die Ambivalenz der Handlungen wird auch bei den Verschwörern des 20. Juli 1944 akzeptiert und nicht mehr zu Gunsten von Heroisierungen verdeckt: „Die meisten Offiziere begrüßten Hitlers ‚Machtergreifung‘. Sie hofften auf die Überwindung der Deutschland durch den Vertrag von Versailles auferlegten Beschränkungen, insbesondere auf eine Stärkung der Position des Militärs. Erst spät vollzog sich ein Gesinnungswandel“ (Anno, 123). „Andere arbeiteten zeitweise oder partiell mit dem NS-Regime zusammen, anerkannten seine Ziele oder tolerierten sie zumindest weitgehend. Beispielsweise vertraten zahlreiche Mitverschwörer des 20. Juli 1944 ausgesprochen nationale Ideen“ (BKG, 133). Bei der Darstellung der Zukunftspläne des Widerstandes wird auf das „Misstrauen gegenüber der Demokratie“ und die Ablehnung von „Parteien und Interessenvertretungen“ (HpW, 251) hingewiesen. So wird der Widerstand gegen das NS-Regime nicht mehr umstandslos für die Gegenwart in Dienst genommen, sondern in der Widersprüchlichkeit seiner Zeit eingeordnet.

Die Darstellung des Widerstandes in der neueren Schulbuchgeneration ist gekennzeichnet durch

- alltagsgeschichtliche Erweiterungen,
- eine Anerkennung von Widersprüchlichkeiten und
- eine Diversifizierung der Widerstandsformen.

Die Schulbücher der neueren Generation erweitern die Darstellung des Widerstandes durch die Perspektive auf einen als politisch verstandenen Alltag (vgl. Lange 2003). Im Alltag werden neue und andere Erkenntnisse über den Widerstand gegen den Nationalsozialismus gewonnen. Die Quellen verweisen nicht mehr auf den „großen“ und eindeutigen Widerstand, der eine Alternative zum NS-Staat hätte darstellen können. Im Vordergrund stehen deshalb nicht die Motive und Pläne von Einzelnen oder Organisationen, die in der Lage gewesen wären, einen Umsturz zu organisieren. Stattdessen rücken in den Schulbuchdarstellungen Formen der Nonkonformität, der Resistenz, der Kritik und des Nichtverhaltens in das Blickfeld, die in ihrer Wirkung den totalitären Anspruch nationalsozialistischer Herrschaft begrenzten.

In der neueren Schulbuchgeneration wurde der intentionale Widerstandsbegriff endgültig durch ein funktionales Verständnis von Widerstand abgelöst. Nicht mehr die Absichten, sondern die Wirkungen einer Handlung sind nunmehr zentral für die Zuordnung zum Widerstand. Entscheidend hierfür ist die Einführung des Resistenzbegriffs. In den Mittelpunkt des Interesses rücken die Formen der Abwehr, Eindämmung und Begrenzung, die das NS-Regime bei der Durchsetzung seines Totalitätsanspruchs behinderten.

Problematisch an diesem Forschungsansatz ist jedoch, dass durch die weite Widerstandsdefinition fast jedes Verhalten zum Widerstand gerechnet werden kann, das sich nicht ausdrücklich positiv gegenüber dem NS-Staat verhielt. Neigte der intentionalistische Ansatz noch zu einer Nachzeichnung des Widerstandes ohne Volk, besteht bei dem Resistenzbegriff die Gefahr, dass die resistenten Alltagshandlungen normaler Menschen als breiter Volkswiderstand erscheinen.

In der Darstellung des Widerstandes in den neueren Schulbüchern werden die klaren Abgrenzungen zwischen Anpassung und Widerstehen aufgelöst. Dieser Trend sollte in der Schulbuchentwicklung weiter verfolgt werden. Es ist wichtig, dass die widerständigen Handlungen in ihrer Widersprüchlichkeit dargestellt werden. Denn der punktuelle Dissens mit dem NS-Staat war in der Regel von vielfältigen Konsensmomenten überlagert. Nicht der Gegensatz, sondern die Dialektik von Herrschaft und Widerstand sollte im Mittelpunkt der Schulbuchdarstellung stehen.

Die Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus wird auch in Zukunft eine zentrale Bedeutung für die historisch-politische Selbstvergewisserung unserer Gesellschaft haben. Die Aktivitäten des Widerstandes repräsentieren grundlegende Werte des demokratischen Zusammenlebens.

Sie sind ein Beispiel dafür, wie Menschlichkeit und Menschenwürde gegenüber den Anmaßungen eines unmenschlichen politischen Systems erhalten werden konnten.

Die Darstellung im Schulbuch braucht sich dafür nicht auf die heldenhaften Taten vorbildhafter Männer richten, sondern sollte die Ambivalenzen und Uneindeutigkeiten im Handeln normaler Menschen zum Lerngegenstand machen.

Literatur

- Broszat, Martin 1981: Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Ders./E. Fröhlich/A. Grossmann (Hrsg.), Bayern in der NS-Zeit IV: Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München/Wien, S. 691-709.
- Claußen, Bernhard 1994: Widerstand als Politikum. Fachliche und didaktische Überlegungen, in: Gerhard Ringshausen (Hg.), Perspektiven des Widerstands. Der Widerstand im Dritten Reich und seine didaktische Erschließung, Pfaffenweiler, S. 149-170.
- Ehlers, Dieter 1964: Technik und Moral einer Verschwörung. 20. Juli 1944, FfM/Bonn.
- Kershaw, Ian 1994: Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick. Reinbek bei Hamburg.
- Lange, Dirk 2003a: Politische Alltagsgeschichte. Grundlagen eines interdisziplinären Forschungskonzept im Spannungsfeld von Geschichts- und Politikwissenschaft, Leipzig.
- Lange, Dirk 2003b: Der „17. Juni 1953“ als Gegenstand der historisch-politischen Bildung. Lernchancen einer demokratischen Geschichtskultur, in: Klaus Finke (Hrsg.), Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR, Oldenburg 2003, 165-176.
- Lange, Dirk 2004a: Historisch-politische Didaktik. Zur Begründung historisch-politischen Lernens, Schwalbach/Ts.
- Peukert, Detlev 1982: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Köln.
- Reichel, Peter 1995: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte im Streit um die nationalsozialistische Vergangenheit, München/Wien.

- Rohlfes, Joachim 1994: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus in geschichtsdidaktischer Perspektive, in: Gerhard Ringshausen (Hg.), Perspektiven des Widerstands. Der Widerstand im Dritten Reich und seine didaktische Erschließung, Pfaffenweiler, S. 133-148.
- Steinbach, Peter 1994a: Widerstand als Gegenstand der öffentlichen Diskussion, in: Gerhard Ringshausen (Hg.), Perspektiven des Widerstands. Der Widerstand im Dritten Reich und seine didaktische Erschließung, Pfaffenweiler, S. 11-30.
- Steinbach, Peter 1994b: Widerstand im Widerstreit. Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen, Paderborn u.a.
- Steinbach, Peter 2004: Der 20. Juli 1944. Gesichter des Widerstandes, München.
- Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes 1994 (Hg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn.

Dorit Bückmann

„Die Weiße Rose“ – Studentischer Widerstand gegen das NS-Regime

1 Namensherkunft

Die Namensgebung ging laut Anklageschrift des ersten Prozesses gegen die Mitglieder der *Weißten Rose* auf die Lektüre eines spanischen Romans mit dem gleichnamigen Titel zurück. Es handelte sich dabei vermutlich um den Roman „Die Weiße Rose“ des in Südamerika lebenden deutschen Schriftstellers B. Traven. In diesem Roman symbolisierte die „Weiße Rose“ als Name einer mexikanischen Farm eine heile und reine Welt, die sich gegen die äußere Bedrohung der Technisierung zu wehren versuchte.

Durch den Fund des Original-Gestapo-Protokolls von Hans Scholl – Anfang 1992 – geriet diese bis dahin gültige Version ins Wanken. Hans Scholl machte dort folgende Aussage: „Ich ging von der Voraussetzung aus, daß in einer schlagkräftigen Propaganda gewisse feste Begriffe da sein müssen, die an und für sich nichts besagen, einen guten Klang haben, hinter denen aber ein Programm steht. Es kann sein, daß ich gefühlsmäßig diesen Namen gewählt habe, weil ich damals unmittelbar unter dem Eindruck der spanischen Romanze von Bretano „Die Rosa Blanca“ gestanden habe.“¹

Der Übermittlungsfehler in der Anklageschrift, der aus der „spanischen Romanze“ einen „spanischen Roman“ machte, führte zu Irreführungen, die auch die späteren Nachforschungen erschwerten. Trotz des nun vorhandenen Vernehmungprotokolls konnte bis heute die Namensherkunft nicht eindeutig geklärt werden, weil davon ausgegangen werden muss, dass es bei der Protokollierung zu weiteren Ungenauigkeiten und Weglassungen gekommen ist.

1 Steffahn, Harald: Die Weiße Rose. Reinbek bei Hamburg 1993. S. 70.

2 Die Mitglieder

Die *Weißerose* setzte sich aus einem inneren und einem äußeren Kreis zusammen. Den inneren Kreis bildeten die vier Medizinstudenten Hans Fritz Scholl, Alexander Schmorell, Christoph Hermann Probst und Wilhelm Graf, der Philosophie- und Biologiestudentin Sophia Magdalena Scholl sowie Kurt Huber, Dozent für Psychologie und Philosophie an der Münchener Universität. Dem äußeren Kreis gehörten neben den Studenten vor allem ältere Personen an, die die Studenten in Diskussions- und Leseabenden geistig beeinflussten und/oder materiell unterstützten.

Biographien der Mitglieder des inneren Kreises

Hans Fritz Scholl wurde am 22. September 1918 in Ingersheim an der Jagst geboren. Insgesamt gab es fünf Kinder im Hause Scholl: Inge (geb. 11. August 1917), Elisabeth (geb. 27. Februar 1920), Sophia Magdalena (geb. 9. Mai 1921) und Werner (geb. 13. November 1922), der seit Mai 1944 in Russland vermisst wurde.

Der Vater Robert Scholl war gelernter Verwaltungsfachmann. „Seiner ‚pazifistischen Grundhaltung‘ folgend, ließ er sich im August 1914 nicht von der allgemeinen Kriegsbegeisterung anstecken, sondern meldete sich für den **weniger ehrenhaften** Sanitätsdienst.“² In einem Reserve-Lazarett in Ludwigsburg lernte er seine zukünftige Frau, Magdalene Müller, kennen. Die gelernte Diakonisse war dort als Krankenschwester tätig. Am 23. November 1916 heirateten beide.

Kurz nach der Heirat wurde Robert Scholl Bürgermeister der Gemeinde Ingersheim-Altenmünster bei Crailsheim. Bereits zum Jahreswechsel 1919/20 zog die Familie nach Forchtenberg, einer Kleinstadt im Kochertal, wo Robert Scholl wieder das Amt des Bürgermeisters übernahm. In seiner Amtszeit forcierte Scholl einige für die damalige Zeit fortschrittliche Projekte. Die Dorfbewohner begegneten jedoch dem Bau einer Kanalisation oder einer Turn- und Festhalle mit Misstrauen. Nach seiner Abwahl im Jahre 1930 zog die Familie nach Ludwigsburg, um bereits zwei Jahre später nach Ulm überzusiedeln, wo Robert Scholl als Steuer- und Wirtschaftsberater tätig wurde.

2 Schüler, Barbara: Im Geiste der Gemordeten. Paderborn 2000. S. 21.

Alle Kinder der Familie Scholl zeichneten sich durch eine tiefe Heimatliebe und große Naturverbundenheit aus. „Wir hörten viel vom Vaterland reden, von Kameradschaft, Volksgemeinschaft und Heimatliebe. Das imponierte uns, und wir horchten begeistert auf, wenn wir in der Schule oder auf der Straße davon sprechen hörten.“³ So entwickelte der Nationalsozialismus unter diesen Voraussetzungen eine gewisse Anziehungskraft für die Scholl-Geschwister. Aber nicht nur die gemeinsame Liebe zum Vaterland wirkte wie ein Magnet. „Es waren die kompakten Kolonnen der Jugend mit ihren wehenden Fahnen, den vorwärtsgerichteten Augen und dem Trommelschlag und Gesang.“⁴ Da der Nationalsozialismus beim Aufbau der Hitlerjugend (HJ) an das Gedankengut, die Formenwelt und die Symbolik der Jugendbewegung anknüpfte, sahen die Scholl-Geschwister in der HJ eine Fortsetzung der Jugendbewegung. Mit dieser Überzeugung traten Hans Scholl und seine Geschwister 1933 gegen den Willen des Vaters in die HJ bzw. den Bund Deutscher Mädel (BDM) ein.

1935, knapp siebzehnjährig, durfte Hans Scholl die Ulmer HJ-Fahne nach Nürnberg zum NSDAP-„Parteitag der Freiheit“ tragen. Obwohl seine Freude darüber groß war – wie Inge Scholl berichtete – hatte seine Begeisterung für das NS-Regime zu diesem Zeitpunkt bereits nachgelassen. Seine Abkehr wurde von der HJ selbst eingeleitet, da ihm das Singen von Volksliedern aus fremden Ländern und das Lesen bestimmter Schriftsteller verboten wurde. Zur weiteren Abwendung von der nationalsozialistischen Ideologie und ihren Organisationen trug der Parteitag in Nürnberg bei. Sichtlich enttäuscht kehrte Hans Scholl von dort zurück. Bereits seit längerem war er Fähnleinführer. Eigens für den Parteitag hatte er mit seiner Gruppe eine Fahne mit einem großen Sagentier darauf genäht. „Die Fahne war etwas Besonderes; sie war auf den Führer geweiht, und die Jungen hatten ihre Treue gelobt, weil sie das Symbol ihrer Gemeinschaft war.“⁵ Bei einem Appell des Fähnleins wurde der kleine zwölfjährige Fahnenträger von einem höheren Führer zur Herausgabe der Fahne aufgefordert, da diese nicht der für alle vorgeschriebenen entsprach. Betroffen trat Hans Scholl „aus der Reihe heraus und gab diesem Führer eine Ohrfeige.“⁶ Nachdem seine HJ-Zeit mit diesem Eklat geendet hatte, war er bis zu seinem Abitur im Jahre 1937 Mitglied der

3 Scholl, Inge: Die Weiße Rose. Frankfurt am Main 1986. S. 14.

4 Ebd. S. 15.

5 Ebd. S. 18.

6 Ebd. S. 19.

verbotenen „d.j. 1.11.“ – der „deutschen jungenschaft“, die am 1. November 1929 gegründet worden war. „Bei ihren Zusammenkünften sangen und lasen sie all das, was amtlich unerlaubt war, sie eiferten nach verfemter, entarteter Kunst, pflegten bestimmte Sprechweisen und unauffällige textile Eigenheiten, und wann immer der polypenartige Zugriff der HJ ihnen Gelegenheit ließ, gingen sie mit ihren Lappenzelten, den Kothen, auf Fahrt.“⁷ Nach seinem Abitur und einem darauf folgenden sechsmonatigen Arbeitsdienst in der Nähe von Göttingen begann er im Oktober 1937 mit einem zweijährigen Wehrdienst bei der Kavallerie in Bad Cannstatt. Da diese Militärausbildung im Jahre 1938 auf ein Jahr verkürzt wurde, absolvierte Scholl in Tübingen ein medizinisches Praktikum.

Hans Scholls frühere Mitgliedschaft in der verbotenen „d.j. 1.11.“ hatte zur Folge, dass er wegen „bündischer Umtriebe“ im Dezember 1937 zu einer fünfwöchigen Gefängnisstrafe verurteilt wurde. Da eine allgemeine Amnestie zur Einstellung des Verfahrens führte, konnte Hans Scholl zum Sommersemester 1939 ein Medizinstudium an der Universität München aufnehmen. Im April 1940 wurde er in eine Studentenkompanie einberufen, um als Sanitäter am Frankreichfeldzug teilzunehmen. „Als Scholl sein Studium im Herbst 1940 in München wiederaufnahm, war er dem Stadium unbewusster Abwehr gegen die Zumutung eines dem Individualismus feindlichen Systems längst entwachsen und trat in bewusste Gegnerschaft zu den herrschenden Ansichten.“⁸

Sophia (Sophie) Magdalena Scholl wurde am 9. Mai 1921 in Forchtenberg (Württemberg) am Kocher geboren. Im Alter von zwölf Jahren trat sie im Januar 1934 den Jungmädern der HJ bei und gehörte der HJ bzw. dem BDM bis 1941 an. Wie sie laut ihrem Gestapo-Protokoll berichtete, wurde sie bereits im Jahre 1935 Jungmädelschaftsführerin, ein Jahr später Scharführerin und im Jahre 1937 oder 1938 sogar Gruppenführerin.⁹ Nach ihrem Abitur im März 1940 begann sie zwei Monate später mit einer Ausbildung zur Kindergärtnerin am Ulmer Fröbel-Seminar. Sophie hoffte, dass sie durch die Belegung des Kindergärtnerinnen-Seminars dem Reichsarbeitsdienst als Vorleistung für ein Studium entgehen konnte. Dies erwies sich jedoch als Irrtum.

7 Steffahn, Harald: Die Weiße Rose. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 21f.

8 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 28.

9 Vgl. Steinbach, Peter, Tüchel, Johannes: Widerstand in Deutschland 1933-1945. München 1994. S. 240.

Auf die erfolgreich abgelegte Prüfung im Jahre 1941 folgten jeweils für sechs Monate ein Arbeitsdienst im Lager Krauchenwies bei Sigmaringen und ein Kriegshilfsdienst als Hortnerin in Blumberg bei Donaueschingen.

Im Mai 1942 nahm sie dann das Biologie- und Philosophiestudium an der Universität München auf. „Aus Sophie Scholls Briefen geht hervor, daß sie im Gegensatz zu Schmorell, Graf und auch ihrem Bruder noch vor Beginn ihres Studiums ein politischer Mensch genannt werden kann, wenn darunter verstanden werden soll, daß sie Fragen des öffentlichen Lebens zu ihren persönlichen Fragen machte.“¹⁰ So litt Sophie besonders unter der Unfreiheit und dem Zwang der NS-Politik. Dies hatte zur Folge, „daß sie nicht so leicht wie ihr Bruder und ihre späteren Freunde in die Welt des Geistes ausweichen konnte.“¹¹

Sophie Scholl studierte erst sechs Wochen in München, als das erste *Flugblatt der Weißen Rose* an der Universität verteilt wurde. Die Worte des Flugblattes kamen ihr sehr vertraut vor. Kurz darauf entdeckte sie die verwendeten Textpassagen in Büchern ihres Bruders, die bei ihm zu Hause aufgeschlagen auf dem Schreibtisch lagen. Seit Sophie in den Monaten Juni/Juli 1942 von der Flugblattaktion erfahren hatte, war sie in alle Aktionen eingeweiht und helfend daran beteiligt. „Wann sich Sophie Scholl endgültig vom Nationalsozialismus lossagte, ist im nachhinein nicht mehr genau festzustellen.“¹² In ihrem Gestapo-Protokoll vom 18. Februar 1943 führte sie selbst die Verhaftung und Inhaftierung ihrer Geschwister im Jahre 1938 als Grund für die Entfremdung vom BDM und der NSDAP an.¹³

Alexander Schmorell wurde am 16. September 1917 in Orenburg am südlichen Ural geboren. Durch die Umsiedlung seines ostpreußischen Großvaters wurde Schmorells Vater – Hugo Schmorell – in Russland geboren und ist dort aufgewachsen. Er studierte später in München Medizin und kehrte als Arzt nach Russland zurück. Im Jahre 1915 heiratete er die Tochter eines russischen Popen. Bereits ein Jahr nach der Geburt von Alexander starb sie während einer Typhusepidemie. „Im Sommer 1921 kam Dr. Schmorell mit seinem Sohn und der russischen Kinderfrau mit dem letzten Sanitätszug für

10 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 29.

11 Ebd. S. 29.

12 Vinke, Hermann: Das kurze Leben der Sophie Scholl. Ravensburg 1980. S. 71.

13 Vgl. Steinbach, Peter, Tüchel, Johannes: Widerstand in Deutschland 1933-1945. München 1994. S. 240f.

deutsche Rückwanderer nach Deutschland und ließ sich in München nieder.¹⁴ Recht bald nach der Übersiedlung heiratete Schmorells Vater wieder und bekam mit seiner zweiten Frau zwei Kinder. Da für Alexander – der auf russisch Schurik genannt wurde – das russische Kindermädchen Njanja zur Bezugsperson geworden war, konnte seine Stiefmutter die Stelle einer Mutter nie ganz einnehmen. Njanja lehrte ihn die russische Sprache, sie erzählte ihm russische Märchen, brachte ihm russische Kinderlieder bei und sprach von seiner russischen Mutter. „Seiner Mutter zuliebe wurde er auch in russisch-orthodoxem Glauben erzogen.“¹⁵ Dies alles löste bei Schmorell eine lebenslängliche Sehnsucht nach Russland und der russischen Dichtung aus.

Als Schüler nahm Alexander Schmorell – wie Hans Scholl – am Leben der „Bündischen Jugend“ teil. Als er mit seinen Kameraden zwangsweise in die HJ eingegliedert wurde, zog er sich erschrocken und abgestoßen zurück. Aufgrund dieser Situation verlagerte Schmorell das bündische Leben in den Privatbereich. „Er schloß sich eng an die Geschwister Probst an. Mit ihnen verbrachte er manchen Sommermonat an Seen oder auf Bergwiesen, wo sie Hütten oder Flöße zimmerten, Fische fingen, lasen und diskutierten.“¹⁶

Im Jahre 1936 machte Schmorell sein Abitur und meldete sich sogleich zur reitenden Artillerie. 1938 wurde er beim Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich und das Sudetenland eingesetzt. Als er beim Wechsel vom Arbeitsdienst in die Wehrmacht den vorgeschriebenen Eid auf Adolf Hitler leisten sollte, bat er um Entlassung, denn Drill und Uniformität des Militärlebens konnte er mit seinem Freiheits- und Unabhängigkeitsbedürfnis nicht in Einklang bringen. Nachdem sein Gesuch nach Entlassung abgelehnt wurde, trug Schmorell immer wieder – verbotenerweise – Zivilkleidung. So musste ihn sein Vater des öfteren, mit Hilfe befreundeter militärischer Vorgesetzter, aus schwierigen Situationen befreien.

Im Frühjahr 1939 begann Schmorell auf Wunsch seines Vaters in Hamburg mit dem Medizinstudium. Rund ein Jahr später, im April 1940, machte er als Sanitätsunteroffizier den Frankreichfeldzug mit. Für die Fortsetzung seines Medizinstudiums wechselte Schmorell im Herbst 1940 an die Universität München, wo er in der 2. Studentenkompagnie Hans Scholl kennen lernte. So

14 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 16.

15 Ebd. S. 16.

16 Ebd. S. 17.

kreuzten sich ihre Wege ab sofort im Hörsaal und in der Kaserne. Über Alexander Schmorell lernten sich im Sommer 1942 Hans Scholl und Christoph Probst kennen. Probst und Schmorell wiederum waren seit 1935, ihrer gemeinsamen Münchener Gymnasialzeit, eng befreundet.

Christoph Hermann Probst wurde am 19. November 1919 in Murnau als Sohn eines Privatdozenten geboren. Neben ihm gab es noch seine eineinhalb Jahre ältere Schwester Angelika (geb. 7. April 1918). Die Ehe der Eltern wurde früh geschieden. In zweiter Ehe war sein Vater Hermann mit Elise Rosenthal, einer Jüdin, verheiratet, so dass Probst und seine Schwester den Nationalsozialismus vom Tage der Hitlerschen Machtergreifung an als sehr konkrete Bedrohung erfuhren. In den Jahren 1932 bis 1937 lernte Probst die humanistisch-liberale Erziehung der Internate Marquartstein und Schorndorf am Ammersee kennen, die ihn in der Ablehnung gegenüber dem NS-Regime und der HJ bestärkten. Dennoch war er von 1934 bis 1937 Mitglied der HJ.

Mit siebzehn Jahren machte Probst im März 1937 im Internat Schorndorf sein Abitur. Nach seinem Reichsarbeitsdienst leistete er seinen Militärdienst bei der Luftwaffe. „Er haßte, wie Schmorell, den Zwang und den Drill, litt aber offenbar nicht so unter der äußerlichen Unfreiheit.“¹⁷

Im Mai 1939 nahm er – wie Hans Scholl – das Medizinstudium an der Universität München auf, ohne dass sich die beiden Studenten begegneten. Bereits im Oktober wurde Probst als Unteroffizier zur Luftgau-Sanitätsabteilung in München eingezogen. 1941, im Alter von 21 Jahren heiratete Probst Hertha Dohrn, die Tochter des regimekritisch eingestellten Privatlehrers Harald Dohrn. Noch im selben Jahr kam ihr erster Sohn zur Welt. Bis zu seiner Hinrichtung wurde er noch einmal Vater eines Sohnes und einer Tochter. Sein Studium setzte er im Wintertrimester 1941/1942 in Straßburg fort. Für das Sommertrimester wechselte er wieder an die Münchener Universität. In seiner Funktion als Sanitätsfeldwebel wurde er zur Famulatur an das Kur-lazarett am Eibsee bei Garmisch abkommandiert. So blieb Probst der Einsatz in Russland erspart.

Obwohl Christoph Probst seit dem Sommer 1942 an den abendlichen Diskussionen des Freundeskreises teilgenommen hatte, setzte ihn Alexander Schmorell erst im Dezember über die Urheber der Flugblätter in Kenntnis. Für das Wintertrimester 1942/1943, das Ende November begann, wurde

17 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 20.

Probst nach Innsbruck versetzt und dort später verhaftet. In den Stunden zwischen der Urteilsverkündung und der Hinrichtung am 22. Februar 1943 verlangte der konfessionslose Probst einen katholischen Geistlichen. „Er wollte die Taufe empfangen, nachdem er sich schon lange innerlich dem katholischen Glauben zugewandt hatte.“¹⁸

Wilhelm (Willi) Graf, am 2. Januar 1918 in Kuchenheim bei Euskirchen im Rheinland geboren, wuchs mit zwei Schwestern, Mathilde (geb. 31. Dezember 1915) und Anneliese (geb. 30. Januar 1921), in einem streng katholisch orientierten Elternhaus auf. 1922 zog die Familie nach Saarbrücken, da der Vater dort die Geschäftsführung einer Gesellschaft für Weingroßhandel und Saalvermietung übernahm. „Dem Leben in der typisch bürgerlichen Familie mit strengem Vater und liebevoller Mutter entsprach die ebenso typische Bindung Willi Grafs an die Bündische Jugend.“¹⁹ So schloss sich Graf als Elfjähriger 1929 der Jugendgruppe „Neudeutschland“ (ND) an. „Kennzeichnend für solche Gruppen waren die wöchentlichen Gruppenabende sowie Fahrten und Wanderungen an den Wochenenden.“²⁰ Diese Gruppen boten den Jugendlichen die Möglichkeit, sich von den konventionellen Bindungen zu lösen, „sich von den von Erwachseneninteressen geprägten Lebensräumen möglichst abzusondern und ein eigenes Jugendreich zu bauen.“²¹

Genau dies machte für Willi Graf den Reiz aus, denn Freiheit bedeutete für ihn, frei zu sein in seinen Entscheidungen, im Denken und Handeln ohne sich vorgegebenen Maßstäben und Denkweisen unterzuordnen. „Dieses Bedürfnis intensivierte sich, als die Nationalsozialisten nach 1933 immer mehr Einfluss auf die Jugendgruppen ausübten.“²² Der zunehmende Einfluss der HJ hatte zur Folge, dass es in den Jugendgruppen zu zahlreichen Mitgliederaustritten kam. Durch die drohende Vereinnahmung durch die HJ baute sich bei den Jugendlichen Widerstand gegen das NS-Regime auf. Sie wollten keiner Organisation angehören, die sich nicht für den Einzelnen oder sich nicht für eine andere Meinung interessierte. Nach dem bereits begonnenen Auflösungsprozess aller Jugendverbände wurde Anfang 1934 der Bund „Grauer Orden“ gegründet. Seine Mitglieder kamen überwiegend aus der „Deutschmeister-Jungenschaft“ und dem Bund „Neudeutschland“. „Im Mit-

18 Scholl, Inge: Die Weiße Rose. Frankfurt am Main. 1986. S. 80.

19 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 22.

20 Blaha, Tatjana: Willi Graf und die Weiße Rose. München 2003. S. 31.

21 Ebd. S. 31.

22 Ebd. S. 32.

telpunkt des Gruppenlebens standen die geistigen Auseinandersetzungen mit Dichtung und Kunst sowie die Großfahrten, bei denen die katholische Tradition spürbar blieb.“²³

Die Rückgliederung des Saargebietes in das Deutsche Reich im Jahre 1935 hatte für die Jugendbewegung zur Folge, dass ab sofort die Gesetze und Erlasse über die HJ auch für sie galten. Auf die Jugendlichen wurde der Druck, in die HJ einzutreten, erhöht. In den Schulen wurden ihnen die Konsequenzen einer Nicht-Mitgliedschaft aufgezeigt: Nichtzulassung zur Reifeprüfung, was wiederum zur Nichtzulassung zum Studium führte oder das Nichterhalten eines Ausbildungsplatzes. „Im Gegensatz zu vielen Mitschülern, die sich aufgrund dieser drohenden Benachteiligung der Hitler-Jugend anschlossen, verweigerte Willi Graf seinen Eintritt trotz der möglichen Konsequenzen.“²⁴ In diesem Zusammenhang wurde bereits zu diesem Zeitpunkt seine ablehnende Haltung zum NS-Regime deutlich. Im „Grauen Orden“, dem er im Jahre 1936 beitrug, fand er den nötigen Rückhalt und die Bestätigung, dass jedes Individuum in der Gemeinschaft zählt. Nach seinem Abitur im Jahre 1937, zu dem er trotz der Drohungen zugelassen wurde, absolvierte er einen halbjährigen Reichsarbeitsdienst in Dillingen an der Saar.

Im November 1937 immatrikulierte sich Willi Graf an der Bonner Universität. Den Entschluss, Medizin zu studieren, begründete er in seinem in der Haft für die Gestapo verfassten Lebenslauf mit seiner christlichen Erziehung und dem Wunsch, anderen Menschen zu helfen. Christian Petry führt an, dass seine Schwestern dies jedoch als eine Verlegenheitslösung ansahen, „weil Medizin durch die Nazi-Ideologie noch nicht so reglementiert war.“²⁵ Sein eigentliches Interesse galt der Philosophie, der Geschichte, der Literatur und der Theologie. Kurz nach der Aufnahme des Studiums hatte Willi Graf einen ersten Kontakt mit der Gestapo. Wegen seiner Mitgliedschaft im „Grauen Orden“ und wiederholter Fahrten und Wanderungen saß er vom 22. Januar bis zum 5. Februar 1938 in Untersuchungshaft. Zu einer Verurteilung wegen „bündischer Umtriebe“ kam es jedoch nicht, da das Verfahren aufgrund einer Amnestie eingestellt wurde.

Im Herbst 1939 musste er für die Fortsetzung seines Studiums an die Münchner Universität wechseln, da die Bonner Universität mit Beginn des Krie-

23 Blaha, Tatjana: Willi Graf und die Weiße Rose. München 2003. S. 36.

24 Ebd. S. 38.

25 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 24.

ges geschlossen wurde. Bereits im Januar 1940 wurde er zur Sanitäts-Ersatz-Abteilung eingezogen und zum Sanitäter ausgebildet. Nach seinem Einsatz bei einer Krankentransporteinheit im Schwarzwald wurde er als Sanitätsunteroffizier zur motorisierten schweren Artillerieabteilung 740 ins besetzte Frankreich, an die Kanalküste und nach Burgund, versetzt. Vor der Verlegung seiner Einheit an die Ostfront im Frühjahr 1941 nahm er im April noch am Feldzug gegen Serbien teil. Ab Mai 1941 war er, bis zum Einmarsch in die Sowjetunion am 22. Juni 1941, in Polen stationiert.

Im April 1942 erfolgte dann eine Beurlaubung zur Studentenkompanie in München, bei der er die Bekanntschaft mit Hans Scholl und dessen Freunden machte.

Kurt Huber wurde am 24. Oktober 1893 als drittes von vier Kindern in Chur in der Schweiz geboren. Als er vier Jahre alt war, übersiedelte die Familie nach Stuttgart, wo der Vater – er war Lehrer – maßgeblich am Aufbau des württembergischen Handelsschulwesens beteiligt war. Hubers Eltern begegneten allem Künstlerischen und Geistigen sehr offen. Besonderen Wert legten sie auf die musikalische Erziehung ihrer vier Kinder. Schon auf dem Gymnasium zeigte sich Hubers ausgewogene Begabung für Mathematik, Sprachen, Geschichte und Musik.

Ein Jahr nach dem Tod des Vaters zog die Mutter 1912 mit ihren Kindern nach München. Dort studierte Kurt Huber Musikwissenschaft, Psychologie und Philosophie und promovierte 1917 summa cum laude im Fach Musikwissenschaft. Bereits drei Jahre später habilitierte er sich über ein musikpsychologisches Thema. 1926 wurde er zum außerordentlichen Professor ernannt und übernahm einen vierstündigen Lehrauftrag für experimentelle und angewandte Psychologie sowie für Ton- und Musikpsychologie. Später kamen noch Lehraufträge in der Philosophie, insbesondere für Methodenlehre, hinzu. „Diese scheinbar sehr weit auseinanderliegenden wissenschaftlichen Interessen trafen, wie Hubers Freund Georgiades analysiert, in der Beschäftigung mit einem Gebiet zusammen: der Volksliedkunde.“²⁶ Für Huber war das Volkslied Ausdruck der Volksseele, besonders dann, wenn es stark christlich-katholische Züge hatte. Hubers Volksliedarbeit „war eine Kampfansage des historischen Volkstumsbegriffs gegen eine die historischen

26 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 45.

Wurzeln abschneidende Entwicklung zur revolutionären und zugleich farblosen Masse.“²⁷

Zu Beginn der Machtergreifung Hitlers sympathisierte Huber kurzzeitig mit den Nationalsozialisten, da sie „großen Wert auf die Pflege des Volkstums legten und dem Gedanken Hubers von der Rettung der ›Volkseele‹ durch ›Volksliedpflege‹ nicht fernzustehen schienen.“²⁸ Im April 1940 trat Huber in die NSDAP ein. Darüber, wie es zu dieser Mitgliedschaft kam, gibt es in der wissenschaftlichen Literatur unterschiedliche Hinweise: Zum einen heißt es, dass Hubers Frau Clara ihn ohne sein Wissen als Parteimitglied einschreiben ließ, denn die Nichtmitgliedschaft in der NSDAP hatte zur Folge, dass Huber bei der Lehrstuhlvergabe nicht berücksichtigt wurde. So musste die vierköpfige Familie von nicht einmal 300 Mark im Monat leben.²⁹ Zum anderen sei Huber auf das Drängen seiner Frau Clara und aus rein beruflichen Gründen beigetreten.³⁰ Fest steht, dass sich bereits wenige Wochen nach dem Beitritt Hubers Gehalt verdoppelt hatte. „Seine Feindschaft gegen die Nationalsozialisten, verschärft durch die Enttäuschung der ursprünglich auf sie gesetzten Hoffnungen, musste sich bis zum Unerträglichen steigern bei dem Gedanken, aus materieller Not auf diese Leute angewiesen zu sein.“³¹ In dieser Stimmungslage lernte er im Juni 1942 den Freundeskreis um Scholl und Schmorell kennen. Erst im Winter des gleichen Jahres erfuhr er von der Urheberschaft der Flugblätter und beteiligte sich selbst an den Widerstandsaktionen der *Weißten Rose* insoweit, als er das sechste Flugblatt verfasste. Er hatte aber keinen Anteil am Entschluss der Studenten, den Weg in den Widerstand zu gehen.

Biographien der Mitglieder des äußeren Kreises

Carl Muth war Herausgeber der katholischen literarisch-philosophischen Zeitschrift „Hochland“. „Nach 1933 wurde der Kampf gegen die nationalsozialistische Ideologie, die **›Verteidigung des abendländischen Erbes‹** zum eigentlichen Programm der Zeitschrift.“³² In der Zeit von April 1933 bis zu ihrem Verbot im Juni 1941 wurde Hitlers Name nicht ein einziges Mal im „Hochland“ genannt. Die anhaltende Opposition gegen das NS-Regime

27 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 45.

28 Ebd. S. 46.

29 Vgl. Ebd. S. 47.

30 Vgl. Bald, Detlef: Die Weiße Rose. Berlin 2003. S. 40.

31 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 47.

32 Ebd. S. 37.

fürhte zu einer zunehmenden Beachtung der Zeitschrift in Kreisen des Widerstandes.

Hans Scholl lernte den katholischen Publizisten Carl Muth durch Zufall im Herbst 1941 kennen – er hatte eigentlich nur etwas bei ihm abzugeben. Muth fand Gefallen an Scholl und lud in ein, wiederzukommen. „Um ihm die Gelegenheit zu regelmäßigen Besuchen zu geben, beauftragte er ihn mit der Katalogisierung seiner Bibliothek.“³³ Der Zugang zu dieser Bibliothek war für die Studenten besonders wertvoll, da viele Bücher bei der Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 durch die Nazis vernichtet worden waren. In stundenlangen Gesprächen mit Muth, seinem geistigen Mentor, wurde Scholl in seinem christlichen Protest gegen die NS-Herrschaft bekräftigt. Carl Muth beschränkte sich jedoch nicht darauf, nur in geistiger und religiöser Hinsicht auf Hans Scholl Einfluss zu nehmen. „Er machte ihn mit dem Kreis gleichgesinnter Freunde bekannt, der in seinem Hause zusammenkam, und empfahl ihn weiter an Leute, von denen er meinte, ihr Umgang könne für Scholl nützlich sein.“³⁴ So lernte Scholl Pater Romuald Bauerreis vom Kloster St. Bonifaz kennen. Ihm war Scholl bei der Rettung der Klosterbibliothek behilflich und bekam auf diese Art und Weise wiederum Zugang zu verbotenen Büchern.

Der katholische Philosoph und Schriftsteller *Theodor Haecker* war vor seinem Rede- und Schreibverbot, verhängt im Jahre 1935, mit Beiträgen in der Zeitschrift Carl Muths vertreten gewesen.

Bei den Zusammenkünften, die in München im Atelier des Architekten Manfred Eickemeyer stattfanden, las Haecker unter anderem aus seinen unveröffentlichten Manuskripten vor.

Muth sowie Haecker „erlebten nicht mehr, was sie ersehnten, die Wiederkunft der geistigen Freiheit.“³⁵ Muth starb im November 1944 in Reichenhall, Haecker im April 1945 bei Augsburg.

33 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 36.

34 Ebd. S. 39.

35 Steffahn, Harald: Die Weiße Rose. Reinbek bei Hamburg 1993. S. 52.

3 Der Schritt vom passiven zum aktiven Widerstand

Bei einer literarisch-gesellschaftlichen Zusammenkunft am 3. Juni 1942 lernten die Studenten Professor Kurt Huber kennen. Zum Entsetzten der Gastgeberin, der Pianistin und Sängerin Gertrud Mertens, kam es im Verlauf des Abends zu einer offenen politischen Diskussion. „Sie entzündete sich an der Frage, was man nach dem Krieg machen solle. Einig war man sich in der Klage über die ‚Zerstörung der inneren Werte‘.“³⁶ Allen in der Diskussionsrunde war klar, dass sie dem Treiben des Nationalsozialismus nicht mehr länger zusehen konnten. Kurt Huber sagte: „Man muß etwas tun, und zwar noch heute!“³⁷ Hans Scholl begrüßte diese Äußerung: „Eine Tat sei nötig, man könne sie jetzt nicht mehr zurückhalten.“³⁸

Nach Ansicht Inge Scholls fasste ihr Bruder bereits im Herbst 1941 den Entschluss, Flugblätter herauszugeben. Ein Freund der Familie machte Hans Scholl auf die Briefe und Predigten des Bischofs von Münster, Graf von Galen, aufmerksam. Der Bischof war seit geraumer Zeit Kritiker der Nazis und hatte sich bereits seit 1934 gegen ihre Rassenpolitik gewandt. „Im Juli des Jahres 1941 nun stellte er sich auf die Kanzel und ließ von dort aus seinem Zorn freien Lauf über ein Programm, das ‚Gottes Willen, das Gesetz der Natur und das System der Rechtsprechung in Deutschland‘ verhöhne.“³⁹ Die Predigten richteten sich in erster Linie gegen die Euthanasiamorde der Nazis. Sie wurden seit dem Spätsommer des Jahres 1942 hektographiert und an vielen Stellen in Deutschland verbreitet. Auch die Familie Scholl fand wiederholt Vervielfältigungen in ihrem Briefkasten.

Inge Scholl berichtete, dass ihr Bruder Hans, nachdem er die Abschriften gelesen hatte, tief erregt war. Denn er sagte: „Endlich hat einer den Mut zu sprechen. Eine Zeitlang betrachtet er nachdenklich die Drucksachen und sagt schließlich: Man sollte einen Vervielfältigungsapparat haben.“⁴⁰

Zwischen dieser Aussage und dem ersten *Flugblatt der Weißen Rose* verging mehr als ein halbes Jahr. In diesem Zusammenhang folgert Christian Petry: „Das Vorbild der Galen-Briefe kann deshalb seinen Entschluß schwerlich

36 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 42.

37 Steffahn, Harald: Die Weiße Rose. Reinbek bei Hamburg 1993. S. 55.

38 Ebd. S. 55.

39 Dumbach, Annette E., Newborn, Jud: Die Geschichte der Weißen Rose. Stuttgart 1994. S. 104.

40 Scholl, Inge: Die Weiße Rose. Frankfurt am Main. 1986. S. 31.

allein begründen.“⁴¹ Für Petry liegen die Hauptmotive für den Entschluss zum aktiven Widerstand in den Diskussionsabenden.

Plausibel erscheint aber die Annahme, beides, die Diskussionen und das Vorbild der Galen-Briefe, als entscheidende Momente für den Schritt zum aktiven Widerstand zu werten.

4 Die Aktionen der Widerstandsgruppe

Im Juni/Juli 1942 fertigten Hans Scholl und Alexander Schmorell mit Hilfe einer Schreibmaschine und eines Abziehgerätes die ersten vier Flugblätter an. Diese bezeichneten sie als die *Flugblätter der Weißen Rose*. In der Zeit vom 27. Juni bis 12. Juli 1942 verschickten sie Hunderte von Exemplaren an vor allem in München lebende Menschen, die die Flugblätter an eine möglichst große Zahl von Bekannten weitergeben konnten, d. h. außer Professoren und Studenten auch an Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und an Gastwirte. Ziel der Flugblattaktion war, die Bevölkerung über die Machenschaften des Nationalsozialismus aufzuklären und zum passiven Widerstand aufzurufen, um letztendlich das NS-Regime zu stürzen. In diesem Zusammenhang forderten sie in ihrem dritten Flugblatt unter anderem zur Sabotage in rüstungs- und kriegswichtigen Betrieben auf (siehe Anhang). Des Weiteren wollten sie mit ihren Flugblättern verdeutlichen, dass nicht alle Deutschen hinter dem NS-Regime standen.

Den jungen Männern war klar, dass der Schritt aus der kontemplativen Opposition hinein in die oppositionelle Praxis gleichzusetzen war mit Illegalität und einer permanenten Bedrohung des eigenen Lebens.

Hans Scholl und Alexander Schmorell kamen nicht mehr dazu, die Flugblattaktionen auf ein sicheres Fundament zu stellen. Am 15. Juli 1942 bestätigte sich das kursierende Gerücht, dass die 2. medizinische Studentenkompanie an der Ostfront famulieren musste. Aufgrund der erzwungenen Unterbrechung machte sich im Freundeskreis Enttäuschung breit. „Endlich hatten sie angefangen zu handeln, und jetzt mußte der ganze schwierige und sorgfältig entwickelte Prozeß gestoppt werden, bevor sie überhaupt etwas erreicht hatten.“⁴²

41 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 51.

42 Dumbach, Annette E., Newborn, Jud: Die Geschichte der Weißen Rose. Stuttgart 1994. S. 144.

Zusammen reisten Hans Scholl, Willi Graf und Alexander Schmorell am 23. Juli in Richtung Sowjetunion ab.

Die Studentenkompagnie in Russland

Dem Aufenthalt der medizinischen Studentenkompagnie in der Sowjetunion wird in der wissenschaftlichen Literatur – dies ist das überraschende Resultat der Recherche – entweder keine entscheidende oder eine falsche Bedeutung zugeschrieben. Aus Tagebuchnotizen von Scholl und Graf und aus Briefen von Schmorell geht aber deutlich hervor, dass die emotional geprägten Eindrücke von der russischen Landschaft und der Kontakt mit der Zivilbevölkerung eine tiefere Wirkung hatten als die persönliche Erfahrung des Kriegsgeschehens und der Verbrechen an der Bevölkerung.

Zweifellos haben die Studenten Erschütterndes gesehen. „Zu der Zeit, in der die Medizinstudenten in Warschau ankamen, im Juli 1942, hatten Hunger und Epidemien bereits den größten Teil der jüdischen Bevölkerung, die hinter die Mauern und Stacheldrahtzäune des jüdischen Viertels gesperrt worden waren, ausgerottet.“⁴³ Ein paar Wochen zuvor hatte die SS mit den Deportationen in die Vernichtungslager Auschwitz und Treblinka begonnen. Von Warschau aus fuhren sie weiter nach Gschatsk, eine Stadt, die rund hundert Kilometer westlich von Moskau liegt.

Trotz des gesehenen Elends entwickelte sich bei ihrer Einreise in die Sowjetunion eine ganz andere Stimmung: Sie waren von der Weite des Landes und des Himmels überwältigt. „Das Politische wich einem ganz unpolitischen, romantischen Rußlanderlebnis.“⁴⁴ Durch Alexanders dolmetschende Hilfe öffneten sich Holztüren in Bauernhöfe, armselige Hütten und Scheunen, die für Deutsche sonst verschlossen geblieben wären.

Ein zweites Erlebnis, das für ihr Verständnis der russischen Bevölkerung und des Kommunismus prägend war, war die Heranführung an die russische Literatur – vor allem der Dostojewskijs. Christian Petry beurteilt diese dreimonatige Episode folgendermaßen: „Wenn sich dieses Rußlanderlebnis nun auch sehr unpolitisch ausnimmt, so war es doch aus dem gleichen Geist wie der Widerstand der *Weißten Rose*. In Rußland erlebten Schmorell und Scholl im Grunde genau das, was sie in Deutschland in München vermißt hatten.

43 Dumbach, Annette E., Newborn, Jud: Die Geschichte der Weißten Rose. Stuttgart 1994. S. 147.

44 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 65.

Wenn es richtig ist, daß sie die *Weißerose* als Symbol einer anderen, heilen und reinen Welt gegen die ›mechanisierte Welt des Bösen‹ verstanden haben, so wird man sagen dürfen, daß Rußland, wie sie es erlebten, ihnen als die positive Utopie der *Weißerose* vorgekommen sein muß.⁴⁵

Ausweitung des Kampfes der Weißerose

Nach ihrer Rückkehr von der Front – Anfang November 1942 – hatten Hans Scholl, Alexander Schmorell und Willi Graf keine konkreten, sofort realisierbaren Vorstellungen über den weiteren Verlauf ihres Widerstandes. Ihre Einstellung hatte sich verändert.

Vorrangiges Ziel war es, etwas Großes aufzubauen, das mehr Bedeutung und eine stärkere Wirkung haben sollte. In diesem Zusammenhang bemühten sie sich erstmals um eine Ausdehnung ihres Widerstandes, indem sie zu Gleichgesinnten in anderen Städten Verbindung aufnahmen. „Sie planten, Zellen des Widerstandes an allen wichtigen deutschen Universitäten aufzubauen; von dort aus sollte ihr Wort an das deutsche Volk gehen und es über die Realität informieren, von der es abgeschirmt war: daß der Krieg verloren war, auch wenn die Lügen weitergingen, und daß es, um der eigenen Würde und seines reinen Gewissens willen, sich jetzt gegen Hitler und das Dritte Reich erheben müsse.“⁴⁶

Ein Ausweitungsversuch ging auf Traute Lafrenz zurück, die in Hamburg einer Widerstandsgruppe angehörte, bevor sie ihr Medizinstudium in München fortsetzte. Sie versuchte, über die Widerstandsgruppe in Hamburg die *Flugblätter der Weißerose* zu verbreiten. Einige Mitglieder erklärten sich dazu bereit und sollten später als der *Hamburger Zweig der Weißerose* bekannt werden. Willi Graf versuchte, Bekannte aus der katholischen Jugendbewegung im Rheinland, dem Saargebiet, in Freiburg und Ulm für den Widerstand zu gewinnen. „Die Reisen waren, wie alles, was sich damals jenseits der Legalität abspielte, lebensgefährliche Unternehmungen.“⁴⁷

Über eine Freundin Alexander Schmorells lernten Hans Scholl und Alexander Schmorell den Dramaturgen Falk Harnack kennen. Mit Flugblättern im Gepäck fuhren sie am letzten November-Wochenende 1942 nach Chemnitz,

45 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 71.

46 Dumbach, Annette E., Newborn, Jud: Die Geschichte der Weißerose. Stuttgart 1994. S. 168f.

47 Knoop-Graf, Anneliese: Zum Gedenken an die Weiße Rose. München 1993. S. 42.

wo Harnack stationiert war. Dieser begrüßte die Flugblattaktion der *Weißten Rose*, denn er fühlte sich als Bindeglied der noch bestehenden Widerstandsgruppen. Dies war darauf zurückzuführen, dass Falks älterer Bruder Arvid sich seit August 1942 als Mitglied der von der Gestapo als ›Roten Kapelle‹ bezeichneten sowjetfreundlichen Widerstandsgruppe in Haft befand. Die beiden Münchener Medizinstudenten legten Falk Harnack die bis dahin veröffentlichten *Flugblätter der Weißten Rose* vor. Aus dem anschließenden politischen Gespräch resultierte, „daß Scholl und Schmorell ihre bisherige illegale Tätigkeit aus einer gefühlsmäßig anständigen und idealistischen Haltung heraus durchgeführt hatten, sie aber nunmehr praktisch politische Beratung suchten.“⁴⁸

Des Weiteren informierte Harnack die beiden jungen Männer darüber, dass es eine militärische Gruppe gebe, die einen Putsch plane – mit dem Ziel Hitler zu töten und die Regierung zu stürzen. Nachdem Hans und Alexander von dieser Nachricht überwältigt waren, versprach Harnack ihnen, einen Kontakt nach Berlin herzustellen. Mit neuem Vertrauen und dem Bewusstsein neuer Verantwortung kehrten Hans und Alexander nach München zurück. „Die Verbindung der studentischen Widerstandsgruppe mit den Kreisen der Verschwörer des 20. Juli war wohl im Dezember und in den Wochen bis zum 22. Februar eine Möglichkeit, Wirklichkeit war und wurde sie nicht.“⁴⁹

Anfang Dezember weihen Hans Scholl und Alexander Schmorell Kurt Huber über die Autoren der *Flugblätter der Weißten Rose* ein. Dieser zeigte sich zunächst überrascht und zweifelte die Wirksamkeit der Flugblätter an, da seiner Meinung nach nur die Wehrmacht die Nazis vernichten könne. Hans erzählte ihm von den Putschplänen. „Da wurde der Professor aufgeregt, das waren tatsächlich gute Nachrichten, und jetzt, ja, jetzt würde er natürlich die Weiße Rose unterstützen.“⁵⁰

In nur zwei Monaten, von November 1942 bis Januar 1943, hatte sich die *Weißten Rose* von einer isolierten, edelmütigen Aktion idealistischer und romantischer Studenten zu einem sich ausweitenden Netzwerk des Widerstandes entwickelt, das sich über den Südwesten Deutschlands und das Saarland bis nach Hamburg und nach Berlin erstreckte.

48 Steffahn, Harald. Die Weiße Rose. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 90.

49 Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. München 1968. S. 87.

50 Dumbach, Annette E., Newborn, Jud: Die Geschichte der Weißten Rose. Stuttgart 1994. S. 175.

Die Aufgabenverteilung in der Gruppe

Anhand der späteren Vernehmungsprotokolle konnte die Aufgabenverteilung der Gruppe rekonstruiert werden. Nachdem Hans und Sophie Scholl ihre Unschuldsbeteuerung aufgrund des belastenden Materials nicht mehr aufrechterhalten konnten, nahmen sie allerdings so viel Schuld wie möglich auf sich. Daher muss eine vorsichtige Auswertung der Protokolle vorgenommen werden.

Generell lässt sich sagen, dass Hans Scholl und Alexander Schmorell gleichberechtigte Initiatoren der Gruppe waren. „Sie formulierten die Texte und verschickten zusammen die ersten Flugblätter der Weißen Rose.“⁵¹ Bis auf die Verteilaktion am 18. Februar 1943 waren Alexander Schmorell und Hans Scholl an allen Aktionen gemeinsam beteiligt.

Sophie Scholls und Willi Grafs Unterstützung konzentrierte sich in erster Linie auf das Besorgen von Schreibpapier, Briefumschlägen und Briefmarken. Sophie war nebenbei noch für die Finanzen der Gruppe verantwortlich. Des Weiteren war sie aktiv an den Vervielfältigungen der Flugblätter beteiligt und half bei der Adressierung der Briefumschläge. Außerdem reiste sie mit den Briefen nach Ulm, Stuttgart und Augsburg, um sie auf dortige Briefkästen zu verteilen, damit die Gestapo den Eindruck gewann, es mit einem weitverbreiteten Netzwerk zu tun zu haben. Sophie verteilte mit ihrem Bruder am 18. Februar das sechste und letzte Flugblatt der *Weißen Rose* in der Münchener Universität.

Wie bereits erwähnt, besorgte auch Willi Graf Papier und Umschläge. Auch er half seinen Freunden bei der Vervielfältigung der Schriften und beim Beschriften der Umschläge. Zusätzlich war er zweimal an den nächtlichen Aktionen beteiligt, in denen die Gruppe politische Parolen an die Häuserwände schrieb. Neben seinen Bemühungen, in Südwestdeutschland neue Mithelfer zu gewinnen, versorgte er Freunde aus Saarbrücken mit einem Hektographiergerät, damit die Flugblätter vor Ort hergestellt werden konnten. Professor Kurt Hubers aktive Beteiligung beschränkte sich ausschließlich auf das Verfassen des sechsten Flugblattes.

Wie weit Christoph Probst in alle Aktivitäten involviert war, lässt sich heute wohl nicht mehr klären. Fest steht, dass er als junger Familienvater eine Sonderrolle innerhalb der Gruppe einnahm. Hinzu kam, dass er ab Dezember

51 Blaha, Tatjana: Willi Graf und die Weiße Rose. München 2003. S. 86.

1942 in Innsbruck stationiert war. „Insofern stand er den anderen lediglich als Gesprächspartner in unterstützender Weise bei und beteiligte sich an Diskussionsabenden im Atelier Eickemeyer oder in der Wohnung der Geschwister Scholl.“⁵² Sein Entwurf für das sechste Flugblatt, das die Gestapo bei Hans Scholl im Zuge von dessen Verhaftung fand, wurde ihm zum Verhängnis.

Die Widerstandsaktionen im Januar und Februar 1943

Noch vor Mitte Januar entstand das fünfte Flugblatt – das erste nach dem Russlandaufenthalt. Wie schon bei den ersten vier Flugblättern verfassten Hans Scholl und Alexander Schmorell je einen Entwurf. „Doch diesmal gingen sie zu Kurt Huber und baten ihn um seine Meinung und um stilistische Verbesserungen.“⁵³ Schmorells Vorlage lehnte er in Stil und Inhalt ab, weil er darin kommunistische Gedankengänge glaubte entdeckt zu haben. Hans' Version ließ er erst nach einigen Korrekturen durchgehen.

Dieses fünfte Flugblatt ist ein Beleg für die agitatorische Lernfähigkeit Hans Scholls: Der Aufruf war nicht mehr so stark akademisch eingefärbt und die zu langen Sätze wurden knapper oder wichen einer eingängigen Diktion. Außerdem präsentierten die Autoren zum ersten Mal ihr Flugblatt nicht unter dem Namen der *Weißten Rose*, sondern als *Flugblätter der Widerstandsbewegung in Deutschland*.

In der Zeit vom 7. bis 18. Januar 1943 wurde das Flugblatt geschrieben, überarbeitet und getippt. Jetzt begann die Arbeit des Druckens. Diese war vor allem eine physische Leistung, da der Vervielfältiger mit einer Handkurbel bedient werden musste. Als Schablonen ausgewechselt werden mussten und Zylinder kaputt gingen, wurde die Anspannung unerträglich. Um tagsüber ihrer Arbeit nachkommen zu können, nahmen die Widerständler Aufputschmittel aus den Militärkliniken, in denen die Medizinstudenten arbeiteten. „Irgendwie, Tag für Tag, Nacht für Nacht, trotz Verspätungen, schwacher Nerven und Planungen, wurden die Flugblätter fertig gedruckt und zur Verteilung vorbereitet.“⁵⁴

52 Blaha, Tatjana: Willi Graf und die Weiße Rose. München 2003. S. 87.

53 Dumbach, Annette E., Newborn, Jud: Die Geschichte der Weißen Rose. Stuttgart 1994. S. 179.

54 Ebd. S. 183

Am 20./21. Januar reiste Willi Graf mit einem Teil der Abzüge ins Rheinland, nach Saarbrücken, Freiburg und Ulm. Am 25. Januar reiste Sophie mit dem Zug nach Augsburg, wo sie 250 Briefe einwarf. Am nächsten Tag warf Alexander Schmorell in Salzburg 100 bis 150 frankierte und adressierte Briefe, in Linz rund 100 und in Wien 1000 in Briefkästen ein. Mit 600 bis 700 Exemplaren – in für den Ortsverkehr frankierten Umschlägen – reiste Sophie am 27. und 28. Januar nach Stuttgart und verteilte sie auf die verschiedensten Postkästen. Der Gesamtumfang, der mit der Post versendeten Flugblätter ist auf 4.300 beziffert. „Erkennbar wird das Bestreben, Flugblätter nicht von München mit der Post in andere Städte zu versenden, um die **Hauptstadt der Bewegung** nicht als Hauptstadt der Studenten-Bewegung erkennen zu lassen.“⁵⁵ In der Nacht vom 28. auf den 29. Januar verteilten Scholl, Schmorell und Graf im großen Umfang Flugblätter in der Münchener Innenstadt. Dabei legten sie die Blätter in Hauseingänge, Briefkästen und in Splitterschutzsockel vor Fenstern und Türen. Später schätzte die Gestapo, dass zwischen acht- und zehntausend Kopien des „Aufrufs an alle Deutsche!“ verteilt worden waren, das war insgesamt die zwanzigfache Menge der ersten vier Flugblätter.

Die Nachricht von der Kapitulation der 6. Deutschen Armee vor Stalingrad am 3. Februar 1943 veranlasste die Mitglieder der *Weißer Rose* zu neuen Aktionen. Sie glaubten in dieser Niederlage ein Signal für den nahen Zusammenbruch des Hitler-Regimes zu erkennen. So brachten Hans Scholl, Alexander Schmorell und Willi Graf in der Nacht vom 3. auf den 4. Februar an Wänden von Mietshäusern, Staatsgebäuden und der Universität mit schwarzer Teerfarbe antifaschistische Parolen wie „Freiheit“, „Nieder mit Hitler“ und „Hitler ist ein Massenmörder“ an und fügten an einigen Stellen ein rot durchgestrichene Hakenkreuze hinzu. Diese Aktionen wiederholten sie mit ähnlichen Parolen in den Nächten vom 8. und 15. Februar. Trotz der Original-Gestapo-Protokolle lässt sich bis heute nicht eindeutig klären, ob die Studenten bei diesen Malaktionen bewaffnet waren. Erschwert wird die Forschung in dem Zusammenhang, dass sich Hans Scholl und Alexander Schmorell in ihren Aussagen gegenüber der Gestapo widersprachen.

Die Katastrophennachricht von Stalingrad bewirkte einen Stimmungseinbruch unter der Bevölkerung. „Er sicherte solchen schwarzfarbigen Protestschreien, ebenso dem zuvor versendeten und ausgelegten Flugblatt, eine weit

55 Steffahn, Harald. Die Weiße Rose. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 96.

höhere Aufmerksamkeit und bewußtere Wahrnehmung als den Aufrufen vom Frühsommer 1942.“⁵⁶

Hervorgerufen durch die Stalingrad-Tragödie verfasste Kurt Huber am 14. Februar 1943 ein eigenes Flugblatt. Gemeinsam mit Scholl und Schmorell veränderte er einige kleinere Passagen. Hubers Aufsatz wurde schließlich fast unverändert gedruckt, außer einer entscheidenden Zeile. Darin forderte er die Studenten auf, „unsere herrliche Wehrmacht“ zu unterstützen. Da für Scholl und Schmorell die Wehrmacht eine Säule des Nazi-Regimes war, war für sie dieser Gedanke nicht annehmbar. In Hubers Abwesenheit strichen die Studenten eigenverantwortlich diesen Passus. Diese Meinungsverschiedenheit konnte nicht mehr ausdiskutiert werden, weil sofort mit dem Hektographieren begonnen wurde und sich dann die Ereignisse überschlugen. Kurt Huber sah Hans Scholl nicht mehr wieder. Insgesamt wurden rund 3.000 Abzüge gemacht, die zu einem Großteil mit der Post versandt wurde. Den Rest verteilten Hans und Sophie Scholl im Hauptgebäude der Münchner Universität.

Die Entdeckung der studentischen Widerstandsgruppe

Am Donnerstag, dem 18. Februar 1943, betreten Hans und Sophie Scholl gegen kurz vor elf Uhr die Münchener Universität und legten einen Teil der Flugblätter auf die Treppen und Fenstersimse. Die restlichen Flugblätter warfen sie von der Galerie des obersten Stockwerkes in den Lichthof, kurz bevor die Vorlesungen beendet waren und sich die Türen der Vorlesungsräume wieder öffneten.

Der Hausmeister der Universität, Jakob Schmied, hatte den Vorgang des „Papierregens“ beobachtet und hinderte daraufhin die Geschwister daran, das Gebäude zu verlassen. Nach der sofortigen Verständigung der Gestapo wurde das gesamte Universitätsgelände abgesperrt und alle anwesenden Studenten wurden durchsucht. Die Scholl-Geschwister ließen sich widerstandslos festnehmen. „Und nun begannen die Verhöre. Tage und Nächte, Stunden um Stunden.“⁵⁷

Da der Hausmeister der einzige Zeuge der Aktion war, leugneten sie zunächst hartnäckig ihre Beteiligung an der Flugblattaktion. Ebenfalls bestritten sie, Urheber der Flugblätter zu sein. Nach einer Durchsuchung von Hans

56 Steffahn, Harald. Die Weiße Rose. Reinbek bei Hamburg 1992. S. 98.

57 Scholl, Inge: Die Weiße Rose. Frankfurt am Main 1986. S. 72.

Scholls Wohnung brach diese Verteidigungsstrategie zusammen: Bei der Verhaftung von Hans Scholl hatte man bei ihm einen handschriftlichen Entwurf für ein weiteres Flugblatt gefunden. Die Handschrift entschlüsselte man als die von Christoph Probst, nachdem der Entwurf mit Briefen aus Hans Scholls Wohnung verglichen wurde. Zum corpus delicti wurden letztlich aber die Acht-Pfennig-Briefmarken, die in Streifen zu jeweils 100 Stück in seiner Wohnung gefunden wurden. Aufgrund des Flugblattentwurfes wurde Christoph Probst am 19. Februar 1943 bei seiner Einheit in Innsbruck von der Gestapo verhaftet.

Hans und Sophie Scholl nahmen alle Schuld auf sich, auch schon deswegen, um die Freunde zu schützen, was ihnen aber nicht gelang. Alexander Schmorell musste fliehen, weil man bei Hans Scholl dessen Uniform gefunden hatte. Mit einem gefälschten russischen Ausweis gelang ihm die Flucht nach Innsbruck, wo er in einem russischen Kriegsgefangenenlager untertauchen konnte. Am 24. Februar kehrte er nach München zurück und wurde in einem Luftschutzkeller von einer ehemaligen Freundin erkannt und an die Gestapo verraten. Willi Graf wurde zusammen mit seiner jüngeren Schwester Anneliese noch am gleichen Tag wie die Geschwister Scholl verhaftet. Wie die Gestapo auf Graf aufmerksam wurde ist nicht bekannt.

Anneliese Knoop-Graf vermutet, „dass eine Freundin von Hans Scholl bei ihrem Gestapo-Verhör die Namen von weiteren Gruppenmitgliedern preisgegeben hat.“⁵⁸ Kurt Hubers Festnahme erfolgte am 27. Februar.

5 Die Prozesse gegen die Mitglieder der Weißen Rose

Der NS-Staat, durch die Vorgänge in höchstem Maße alarmiert, wollte an Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst ein Exempel statuieren und setzte deshalb den Prozess bereits vier Tage nach der Festnahme an. Das große Interesse der Behörden an diesem Fall zeigte sich auch darin, dass eigens Roland Freisler, der Präsident des „Volksgerichtshofes“, von Berlin nach München kam, um in dem Prozess den Vorsitz zu führen. Die Anklage lautete auf „landesverräterische Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftersetzung“.

So wurden Christoph Probst und die Geschwister Scholl im ersten Prozess gegen die Mitglieder der *Weißen Rose* am 22. Februar zum Tode durch Fall-

58 In meinem Gespräch mit Anneliese Knoop-Graf am 15. November 2004.

beil verurteilt. Das Urteil wurde noch am gleichen Tag um 17 Uhr im Gefängnis Stadelheim vollzogen.

Die Möglichkeit, selbst einen Anwalt zu benennen, gab es nicht. Der ihnen zugewiesene Pflichtverteidiger setzte sich während der dreieinhalbstündigen Verhandlung nicht für seine Mandanten ein. Hans und Sophie Scholl versuchten nicht, sich zu verteidigen, sondern sie begründeten das, was sie getan hatten. Christoph Probst verteidigte sich bis zuletzt, indem er angab, auf Grund des Stalingrad-Dramas unter psychotischen Depressionen gelitten zu haben. Außerdem führte er das Kindbettfieber seiner Frau als weitere Belastung an. Er hatte lediglich mit einer Freiheitsstrafe gerechnet, umso härter traf ihn das Todesurteil, das zusammen mit dem der Geschwistern Scholl vollstreckt wurde. „Die Gefängniswärter berichteten: Sie haben sich so fabelhaft tapfer benommen. Das ganze Gefängnis war davon beeindruckt. Deshalb haben wir das Risiko auf uns genommen – wäre es rausgekommen, hätte es schwere Folgen für uns gehabt –, die drei noch einmal zusammenzuführen, einen Augenblick vor der Hinrichtung. [...] Es waren nur ein paar Minuten, aber ich glaube, es hat viel für sie bedeutet.“⁵⁹

„Und Hans, eher er sein Haupt auf den Block legte, rief laut, daß es durch das große Gefängnis hallte: ›Es lebe die Freiheit!‹“⁶⁰

Im zweiten Prozess wurden am 19. April 1943 Kurt Huber, Alexander Schmorell und Willi Graf angeklagt. Auch ihnen wurde „landesverräterische Feindbegünstigung, Vorbereitung zum Hochverrat und Wehrkraftersetzung“ vorgeworfen. „Des Weiteren wurde Willi Graf noch die Teilnahme an den Besprechungen über die Flugblattherstellung, die Beihilfe beim Abziehen der Flugblätter, die Beschaffung von Briefumschlägen, die Mithilfe bei der Versendung der Briefe sowie deren Finanzierung, die Beteiligung an zwei ›Schmieraktionen‹ und die Werbung weiterer Gesinnungsfreunde vorgeworfen.“⁶¹ Nach einer vierzehnstündigen Verhandlung wurde das Todesurteil für Alexander Schmorell, Kurt Huber und Willi Graf verkündet. Die Hinrichtung Hubers und Schmorells erfolgte am 13. Juli 1943, bei Willi Graf wurde das Todesurteil erst am 12. Oktober 1943 vollstreckt, da man sich von ihm die Nennung weiterer Mitwisser erhoffte. Willi Graf schwieg in der Überzeugung, dass das, was er und seine Freunde getan hatten, richtig war.

59 Scholl, Inge: Die Weiße Rose. Frankfurt am Main 1986. S. 82.

60 Ebd. S. 83.

61 Blaha, Tatjana: Willi Graf und die Weiße Rose. München 2003. S. 84.

6 Reaktionen auf die Hinrichtung der Mitglieder

Die Nachricht über die Entdeckung der Widerstandsgruppe *Weißer Rose* und der ersten bereits vollstreckten Urteile löste im In- und Ausland unterschiedliche Reaktionen aus. Das NS-Regime war bemüht, die fünf Studenten und ihren Professor als Landesverräter darzustellen. Mit Pressemeldungen, die über die Verurteilung und Hinrichtung der Mitglieder der *Weißer Rose* berichteten, sollte der Bevölkerung gezeigt werden, was Regimegegner zu erwarten hatten. Außerdem behauptete die Nazi-Propaganda, „dass es sich bei den Tätern um eine Randerscheinung handelte und dass diese Einzelgänger keine Chance hätten, in irgendeiner Form etwas zu erreichen, und falls sie es dennoch versuchten, die Regierung gnadenlos gegen die Verräter vorgehen würde.“⁶² Dennoch tippten der Münchener Chemie-Student Hans Konrad Leipelt mit seiner Kommilitonin Marie-Luise Jahn kurz nach der Verhaftung der Geschwister Scholl und Christoph Probst das sechste Flugblatt ab und ergänzten es um die Überschrift: „Und ihr Geist lebt trotzdem weiter!“ Nach der Vervielfältigung reiste Leipelt mit dem Flugblatt nach Hamburg, um es dort durch seine Freunde verbreiten zu lassen.

Die Nachricht über die Hinrichtung der Mitglieder der *Weißer Rose* erreichte auch die Widerstandskämpfer des Kreisauer Kreises. So erfuhren Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg Ende Februar 1943 erstmals von der studentischen Widerstandsgruppe. Da der engere Kreis der *Weißer Rose* bereits verhaftet war, besorgte sich Moltke das letzte Flugblatt. „Inhaltlich entsprach das Blatt der Kreisauer Denkweise, so dass Vertreter des Kreisauer Kreises den Text vervielfältigten und verbreiteten.“⁶³

Neben den Presseberichten erreichten auch Flugblätter das Ausland. Auf diese Weise fanden dort die Aktionen der *Weißer Rose* ebenfalls eine nachträgliche Anerkennung. So nutzte Graf von Moltke eine Dienstreise, um ein *Flugblatt der Weißer Rose* nach Norwegen mitzunehmen. Nach der Übersetzung ins Norwegische wurde der Text in verschiedenen Publikationen der norwegischen Widerstandsbewegung abgedruckt. Parallel dazu übermittelte Graf von Moltke auch dem Chefredakteur der schwedischen Zeitung „Svenska Dagbladet“ den Text. So erschien dort bereits im April 1943 ein Bericht über die Münchener Widerstandsgruppe.

62 Blaha, Tatjana: Willi Graf und die Weiße Rose. München 2003. S. 88.

63 Ebd. S. 91.

Aufgrund der Bemühungen Graf von Moltkes erreichte der Text über Schweden England. „Von dort aus starteten dann im Juli 1943 Flugzeuge der Royal Air Force und warfen das Flugblatt der Weißen Rose in tausendfacher Auflage über Deutschland ab.“⁶⁴

Der im amerikanischen Exil lebende große deutsche Schriftsteller Thomas Mann, eine der mutigsten Stimmen gegen Hitler, würdigte in einer BBC-Rundfunksendung die Aktionen der Münchener Widerstandsgruppe; er sprach die Überzeugung aus, dass der Tod der Mitglieder der *Weißen Rose* nicht vergeblich gewesen war.

Anhang

Das III. Flugblatt der Weißen Rose:

„Salus publica suprema lex.“

Alle idealen Staatsformen sind Utopien. Ein Staat kann nicht rein theoretisch konstruiert werden, sondern er muß ebenso wachsen, reifen wie der einzelne Mensch. Aber es ist nicht zu vergessen, daß am Anfang einer jeden Kultur die Vorform des Staates vorhanden war. Die Familie ist so alt wie die Menschen selbst, und aus diesem anfänglichen Zusammensein hat sich der vernunftbegabte Mensch einen Staat geschaffen, dessen Grund die Gerechtigkeit und dessen höchstes Gesetz das Wohl Aller sein soll. Der Staat soll eine Analogie der göttlichen Ordnung darstellen, und die höchste aller Utopien, die *civitas Dei*, ist das Vorbild, dem er sich letzten Endes nähern soll. Wir wollen hier nicht urteilen über die verschiedenen möglichen Staatsformen, die Demokratie, die konstitutionelle Monarchie, das Königtum usw. Nur eines will eindeutig und klar herausgehoben werden: jeder einzelne Mensch hat einen Anspruch auf einen brauchbaren und gerechten Staat, der die Freiheit des einzelnen als auch das Wohl der Gesamtheit sichert. Denn der Mensch soll nach Gottes Willen frei und unabhängig im Zusammenleben und Zusammenwirken der staatlichen Gemeinschaft sein natürliches Ziel, sein irdisches Glück in Selbständigkeit und Selbsttätigkeit zu erreichen suchen.

64 Blaha, Tatjana: Willi Graf und die Weiße Rose. München 2003. S. 91.

Unser heutiger „Staat“ aber ist die Diktatur des Bösen. „Das wissen wir schon lange“, höre ich Dich einwenden, „und wir haben es nicht nötig, daß uns dies hier noch einmal vorgehalten wird.“ Aber, frage ich Dich, wenn Ihr das wißt, warum regt Ihr Euch nicht, warum duldet Ihr, daß diese Gewalt-haber Schritt für Schritt offen und im verborgenen eine Domäne Eures Rechts nach der anderen rauben, bis eines Tages nichts, aber auch gar nichts übrigbleiben wird als ein mechanisiertes Staatsgetriebe, kommandiert von Verbrechern und Säufnern? Ist Euer Geist schon so sehr der Vergewaltigung unterlegen, daß Ihr vergeßt, daß es nicht nur Euer Recht, sondern Eure sittliche Pflicht ist, dieses System zu beseitigen? Wenn aber ein Mensch nicht mehr die Kraft aufbringt, sein Recht zu fordern, dann muß er mit absoluter Notwendigkeit untergehen. Wir würden es verdienen, in alle Welt verstreut zu werden wie der Staub vor dem Winde, wenn wir uns in dieser zwölften Stunde nicht aufrafften und endlich den Mut aufbrächten, der uns seither gefehlt hat. Verbergt nicht Eure Feigheit unter dem Mantel der Klugheit. Denn mit jedem Tag, da Ihr noch zögert, da Ihr dieser Ausgeburt der Hölle nicht widersteht, wächst Eure Schuld gleich einer parabolischen Kurve höher und immer höher.

Viele, vielleicht die meisten Leser dieser Blätter sind sich darüber nicht klar, wie sie einen Widerstand ausüben sollen. Sie sehen keine Möglichkeiten. Wir wollen versuchen, ihnen zu zeigen, daß ein jeder in der Lage ist, etwas beizutragen zum Sturz dieses Systems. Nicht durch individualistische Gegnerschaft, in der Art verbitterter Einsiedler, wird es möglich werden, den Boden für einen Sturz dieser „Regierung“ reif zu machen oder gar den Umsturz möglichst bald herbeizuführen, sondern nur durch die Zusammenarbeit vieler überzeugter, tatkräftiger Menschen, Menschen, die sich einig sind, mit welchen Mitteln sie ihr Ziel erreichen können. Wir haben keine reiche Auswahl an solchen Mitteln, nur ein einziges steht uns zur Verfügung – der passive Widerstand.

Der Sinn und das Ziel des passiven Widerstandes ist, den Nationalsozialismus zu Fall zu bringen, und in diesem Kampf ist vor keinem Weg, vor keiner Tat zurückzuschrecken, mögen sie auf Gebieten liegen, auf welchen sie auch wollen. An allen Stellen muß der Nationalsozialismus angegriffen werden, an denen er nur angreifbar ist. Ein Ende muß diesem Unstaat möglichst bald bereitet werden – ein Sieg des faschistischen Deutschland in diesem Kriege hätte unabsehbare, fürchterliche Folgen. Nicht der militärische Sieg über den Bolschewismus darf die erste Sorge für jeden Deutschen sein, son-

dem die Niederlage der Nationalsozialisten. Dies muß unbedingt an erster Stelle stehen. Die größere Notwendigkeit dieser letzten Forderung werden wir Ihnen in einem unserer nächsten Blätter beweisen.

Und jetzt muß sich ein jeder entschiedene Gegner des Nationalsozialismus die Frage vorlegen: Wie kann er gegen den gegenwärtigen „Staat“ am wirksamsten ankämpfen, wie ihm die empfindlichsten Schläge beibringen? Durch den passiven Widerstand – zweifellos. Es ist klar, daß wir unmöglich für jeden einzelnen Richtlinien für sein Verhalten geben können, nur allgemein andeuten können wir, den Weg zur Verwirklichung muß jeder selber finden.

Sabotage in Rüstungs- und kriegswichtigen Betrieben, Sabotage in allen Versammlungen, Kundgebungen, Festlichkeiten, Organisationen, die durch die nationalsozialistische Partei ins Leben gerufen werden. Verhinderung des reibungslosen Ablaufs der Kriegsmaschine (einer Maschine, die nur für einen Krieg arbeitet, der allein um die Rettung und Erhaltung der nationalsozialistischen Partei und ihrer Diktatur geht). Sabotage auf allen wissenschaftlichen und geistigen Gebieten, die für eine Fortführung des gegenwärtigen Krieges tätig sind – sei es in Universitäten, Hochschulen, Laboratorien, Forschungsanstalten, technischen Büros. Sabotage in allen Veranstaltungen kultureller Art, die das „Ansehen“ der Faschisten im Volke heben könnten. Sabotage in allen Zweigen der bildenden Künste, die nur im geringsten im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus stehen und ihm dienen. Sabotage in allem Schrifttum, allen Zeitungen, die im Solde der „Regierung“ stehen, für ihre Ideen, für die Verbreitung der braunen Lüge kämpfen. Opfert nicht einen Pfennig bei Straßensammlungen (auch wenn sie unter dem Deckmantel wohlthätiger Zwecke durchgeführt werden). Denn dies ist nur eine Tarnung. In Wirklichkeit kommt das Ergebnis weder dem Roten Kreuz noch den Notleidenden zugute. Die Regierung braucht dies Geld nicht, ist auf diese Sammlungen finanziell nicht angewiesen – die Druckmaschinen laufen ja ununterbrochen und stellen jede beliebige Menge Papiergeld her. Das Volk muß aber dauernd in Spannung gehalten werden, nie darf der Druck der Kandare nachlassen! Gebt nichts für die Metall-, Spinnstoff- und andere Sammlungen. Sucht alle Bekannten auch aus den unteren Volksschichten von der Sinnlosigkeit einer Fortführung, von der Aussichtslosigkeit dieses Krieges, von der geistigen und wirtschaftlichen Versklavung durch den Nationalsozialismus, von der Zerstörung aller sittlichen und religiösen Werte zu überzeugen und zum passiven Widerstand zu veranlassen!

Aristoteles, „Über die Politik“: „... ferner gehört es“ (zum Wesen der Tyranis), „dahin zu streben, daß ja nichts verborgen bleibe, was irgendein Untertan spricht oder tut, sondern überall Späher ihn belauschen, ... ferner alle Welt miteinander zu verhetzen und Freunde mit Freunden zu verfeinden und das Volk mit den Vornehmen und die Reichen unter sich. Sodann gehört es zu solchen tyrannischen Maßregeln, die Untertanen arm zu machen, damit die Leibwache besoldet werden kann, und sie, mit der Sorge um ihren täglichen Erwerb beschäftigt, keine Zeit und Muße haben, Verschwörungen anzustiften... Ferner aber auch solche hohe Einkommensteuern, wie die in Syrakus auferlegten, denn unter Dionysios hatten die Bürger dieses Staates in fünf Jahren glücklich ihr ganzes Vermögen in Steuern ausgegeben. Und auch beständig Kriege zu erregen, ist der Tyrann geneigt ...“

Bitte vervielfältigen und weitergeben!

Literatur

- Bald, Detlef: Die Weiße Rose. Von der Front in den Widerstand, Berlin 2003
- Blaha, Tatjana: Willi Graf und die Weiße Rose. Eine Rezeptionsgeschichte, München 2003
- Dumbach, Annette E., Newborn, Jud: Die Geschichte der Weißen Rose, Stuttgart 1994
- Jens, Inge: Hans Scholl. Sophie Scholl. Briefe und Aufzeichnungen, Frankfurt am Main 1984
- Knoop-Graf, Anneliese: Zum Gedenken an die Weiße Rose. In: Die Weiße Rose und das Erbe des deutschen Widerstandes. Münchner Gedächtnisvorlesungen, München 1993
- Petry, Christian: Studenten aufs Schafott. Die Weiße Rose und ihr Scheitern, München 1968
- Scholl, Inge: Die Weiße Rose, Frankfurt am Main 1986
- Schüler, Barbara: Im Geiste der Gemordeten. Die Weiße Rose und ihre Wirkung in der Nachkriegszeit, Paderborn 2000
- Steffahn, Harald: Die Weiße Rose. Mit Selbstzeugnissen und Bilddokumenten, Reinbek bei Hamburg 1992
- Steinbach, Peter, Tuchel, Johannes: Widerstand in Deutschland 1933-1945. Ein historisches Lesebuch, München 1994
- Vinke, Hermann: Das kurze Leben der Sophie Scholl, Ravensburg 1980

Klaus Finke

Widerstand und Erinnerungskultur

Mit dem Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 erreichte der Widerstand gegen das verbrecherische Regime des Nationalsozialismus seinen sichtbaren Kulminationspunkt. Die Gruppe um Henning v. Tresckow und Claus Graf von Stauffenberg war Teil einer jahrelang im Verborgenen operierenden Widerstandsbewegung, in der Strömungen von ganz unterschiedlicher politischer und sozialer Herkunft zusammenliefen, in der zivile und militärische, adlige und bürgerliche sowie bedeutende Kräfte aus der Arbeiterbewegung mit ebenso unterschiedlicher programmatischer Zielsetzung zusammenwirkten; diese locker verbundenen Zirkel und Gruppen repräsentierten auch in ihrer Heterogenität mit ihrem Widerstand das „andere“ Deutschland.

Die Probleme des Widerstands gegen das nationalsozialistische Regime und der komparative Blick auf den Widerstand gegen die SED-Diktatur sowie seine Bedeutung für die Erinnerungskultur in der Bundesrepublik waren Gegenstand der Tagung „Der 20. Juli 1944 in der deutschen Erinnerungskultur. Widerstand gegen Diktaturen in Deutschland.“ Diese Probleme sind komplex und kompliziert. Eine der Zauberformeln der gegenwärtigen wissenschaftlichen Debatten, der der Systemtheorie entlehene Begriff „Komplexitätsreduktion“, kann insbesondere bei unserem Gegenstand leicht dazu führen, die Reduktion der bestehenden Probleme bis zu ihrer Simplifizierung zu treiben. Der folgende Beitrag will dieser Gefahr mit einigen Anmerkungen zur Erinnerungskultur entgegenwirken.

Das von Peter Steinbach und anderen entwickelte Konzept des „integrativen Widerstands“ gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime, das vom damaligen Regierenden Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker Anfang der 1980er Jahre inaugurieren und in der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ im Bendler-Block realisiert wurde, ist zum leitenden Paradigma

der Widerstandsforschung gegen Diktaturen in Deutschland geworden; die Vielfältigkeit und Vielschichtigkeit dessen, was als Verweigerung, Insubordination und Resistenz auch unter den Begriff Widerstand fällt, ist in den Blick der Forschung gerückt und hat damit befruchtend auch für die Aufarbeitung von Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur gewirkt. Damit ist auch ein Ansatz gegen simplifizierende Darstellungen vorhanden. Das mit diesem Ansatz bereitgestellte begriffliche Instrumentarium, das auf Vergleich und präziser Nachzeichnung auch von Ambivalenzen gerichtet ist, wurde auf der Tagung von Karl Wilhelm Fricke mit großer Klarheit und Stringenz für den Widerstand gegen den SED-Staat angewandt.

Fricke gilt heute als einer der besten Kenner der Herrschafts- und Repressionsgeschichte der SED; er hat seit den 1950er Jahren in zahllosen publizistischen und wissenschaftlichen Beiträgen die Widerstandsgeschichte gegen die SED-Diktatur auch gegen verbreitete Vorbehalte in der – alten – Bundesrepublik immer wieder thematisiert. Aus Fricke's Feder stammen solche Pre-tiosen der politischen Publizistik wie sein Artikel „Erich Mielke – Revolverheld neuen Typus“ – erschienen 1954, ein Jahr bevor ihn Mielke von seinen Schergen aus West-Berlin entführen und für vier Jahre im berüchtigten Zuchthaus Bautzen II inhaftieren ließ.¹

Mit diesem komparativen Ansatz werde, wie Karl Wilhelm Fricke betonte, ein lange dominierendes „Defizit“ der Forschung, das „Widerstand als Synonym für politische Gegnerschaft in der Zeit 1933-1945“ nahm, behoben. Mit der Einbeziehung des Widerstands nach 1945 in der SBZ/DDR könne ein zentrales Postulat der demokratischen Erinnerungskultur, die nichtselektive Erinnerung an den „antitotalitären Widerstand“ in Deutschland erfüllt werden. Eine demokratische „Geschichtspolitik“ müsse auf „historischer Rationalität“ beruhen; „heroisierende Legendenbildung“ oder gar „ein Widerstandsmythos“ sei, wie Fricke nicht nur mit Blick auf den Widerstand in der DDR betonte, „nicht gefragt.“

Das Eröffnungsreferat zum Widerstand gegen das NS-Regime von Prof. Karl Otmar von Aretin (München), der den vornehmlich vom Adel getragenen Widerstands an „Henning von Tresckow und der militärische Widerstand

1 vgl. dazu: Fricke, Karl Wilhelm, Der Wahrheit verpflichtet. Texte aus fünf Jahrzehnten zur Geschichte der DDR. Herausgegeben von der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und vom Deutschlandfunk. Wissenschaftlicher Bearbeiter Ilko-Sascha Kowalczyk, Berlin 2000.

gegen Hitler“ darstellte, zeigte ganz deutlich die Berechtigung der von Fricke betonten geschichtspolitischen und wissenschaftlichen Position, also die Relevanz des neuen forschungsleitenden Paradigmas. In seiner klassisch historiographischen Narration verknüpfte v. Aretin drei Erzählstränge: die allgemeine politische Entwicklung in Deutschland von 1918 bis zum Juli 1944, die Entwicklung des militärischen Widerstands und die persönliche Entwicklung des Offiziers H. v. Tresckow. Die Darstellung der Verschränkung von politischer, militärischer und individueller Perspektive wurde vornehmlich durch historische Personalisierungen geleitet; dadurch blieb der Problemhorizont eingeschränkt.

v. Aretin stellte in seiner Darstellung deutlich auf den frühen Beginn des militärischen Unbehagens ab: er habe sich, obwohl die Wehrmacht mit dem Regime einen „Teufelspakt“ eingegangen war, bereits 1938 artikuliert. Bei H. v. Tresckow sei nach den Morden vom 30. Juni 1934 ein deutlicher Wandel eingetreten; die bei ihm vorher vorhandene Hoffnung, Hitlers Regime werde für Deutschland die „Erlösung aus einem unerträglichen Dilemma“ bringen, verwandelte sich in einen Blick „mit kritischen Augen“ auf „den nationalen Aufbau“. Dies gelte aber nicht für die Wehrmacht insgesamt, denn in der Zeit der forcierten Aufrüstung habe sie „keine Zeit gehabt, über den Charakter der NS-Diktatur nachzudenken“.

Die hier den Militärs zugeschriebene Unfähigkeit *gleichzeitig* die Arbeit an der Aufrüstung und das Denken in politischen Kategorien leisten zu können, ist schon bemerkenswert genug; das Hinzutreten von militärischen Siegen steigerte – in der Darstellung von v. Aretins – beim militärischen Führungspersonal aber die bestehende politisch-moralische Defizienz noch einmal, denn, so v. Aretin, nach dem siegreichen „Frankreichfeldzug ging von der Spitze der Wehrmacht kein Widerstand mehr aus“. Dieser wird vielmehr marginalisiert und konzentriert sich „ab 1940 auf eine kleine Gruppe von jüngeren Offizieren“. Zu ihr gehören „Fabian von Schlabrendorff, Rudolf von Gersdorff, die Grafen Lehndorff und Hans Hardenberg, sowie Bernd von Kleist, zu denen später noch einige andere Gesinnungsgenossen, wie Philipp von Boeselager stießen.“

Die im Krieg gegen die Sowjetunion begangenen Verbrechen, von denen Tresckow „erst ab August 1941“ erfährt, steigern, so v. Aretin, seine „Empörung“ und forcieren seine Umsturzpläne. Mit dieser Darstellung wendet sich v. Aretin gegen „die immer wieder aufgestellte Behauptung, das Motiv des

militärischen Widerstands wären nicht die Morde an den Juden gewesen, sondern die militärische Lage“.

Auf die Rolle der Wehrmacht in der Sowjetunion kommt v. Aretin auch zu sprechen; er stellt sie so dar: die Wehrmacht wurde „mißbraucht“ dafür, „Schmiere für Verbrechen zu stehen, die alle Vorstellungskraft überstiegen“. Hier stellt sich besonders eindringlich die Frage, ob das Argot-Vokabular („Schmiere stehen“), das sich doch bekanntlich auf die Welt der kleinen Ganoven bezieht, überhaupt angemessen ist zur Beschreibung und Erfassung von Verbrechen, die „alle Vorstellungskraft“ überstiegen.

Die Frage wird man verneinen müssen. Erkennen läßt sich aber die Funktion dieses Sprachspiels: die mit diesem Vokabular vorbereitete Diminutivform des Verbrechens läßt sich nämlich recht zwanglos verknüpfen mit der alten These von der „sauberen“ Wehrmacht, die bloß – und zwar als Objekt einer anderen Instanz – „mißbraucht“ wurde. Diese mißliche, aber in Bezug auf die Verbrechen *passive* Lage der Wehrmacht reproduzierte sich, so v. Aretins Darstellung, auch auf der individuellen Ebene für H. v. Tresckow: er schloß „Sabotage“ und „Rücktritt“ aus und entschied, trotz allem, auf seinem „Posten ausharren“ zu wollen.

Die gleichzeitige Beteiligung Tresckows an der Ausarbeitung des „Sichelschnittplanes“, mit dem der Angriff auf Frankreich geführt wurde, und sein Selbstverständnis als „Gegner“ des Regimes wird von v. Aretin nicht problematisiert. Ähnlich verhält es sich mit der Betonung der Bedeutung der „Morde an den Juden“ als Widerstandsmotiv und der komplementären Untergewichtung der hoffnungslosen militärischen Lage, die aber wiederum in seiner Darstellung der handelnden Personen des militärischen Widerstands seit der „Katastrophe von Stalingrad“ und der „Krise in Italien“ immer mehr an Gewicht gewinnt.

In v. Aretins Darstellung erscheint die Widerstandshaltung der Offiziere, nachdem sie einmal den Kairos der Dezsision ergriffen hatten, als quasi teleologischer Prozeß: ganz konsequent blendet er daher die in den politisch-historischen Kontext des militärischen Widerstands gehörenden Ambivalenzen seiner Haltung zwischen Kooperation und Konflikt mit dem mörderischen Regime völlig aus.

Das von v. Aretin gezeichnete Bild seines Protagonisten H. v. Tresckow zeigt eine heroisch-tragische Figur, die – trotz aller Anfechtungen – mit konsequenter Haltung eine Handlung vollzieht, die Tresckow selbst mit den

berühmten Worten beschrieben hat: „Das Attentat muß erfolgen, coûte que coûte. (...) Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, daß die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat.“

Der Geist dieser Worte charakterisiert treffend die Verschwörergruppe; Stauffenbergs Affinität zu dieser Haltung ist bekannt; so ging auf ihn im „Herbst 1943 die Führung im militärischen Widerstand über“ und der Plan zur Beseitigung des Tyrannen gelangte zur Ausführung.

Die aus heutiger Sicht irritierenden Momente am Willen zum Widerstand, der sich im „Aufstand der Offiziere“ vom 20. Juli 1944 manifestierte, artikulieren sich eindringlich in den berühmten letzten Worten Stauffenbergs: „Es lebe das heilige Deutschland“.² Diese elitäre Widerstandshaltung verfügt über eine ethisch – ästhetische Fundierung; sie ist deutlich erkennbar im einflußreichen und für Stauffenberg wichtigen Gedicht Stefan Georges „Der Widerchrist“, in dem vom ›Führer und Reichskanzler‹ so die Rede ist: „Der Fürst des Geziefers verbreitet sein reich ...“.

›Adel im Widerstand‹, mit dieser Variation des Romantitels ›Adel im Untergang‹ von Ludwig Renn³, einem zum Kommunismus konvertierten Adeligen, ließe sich v. Aretins vorliegender Vortrag charakterisieren. v. Aretins Beitrag schichtet daher, wie mit dem Meißel geschrieben, komplexe Problemlagen zu großen Blöcken einer vermeintlichen „Faktizität“ auf; „monumentale“ Geschichtsschreibung, mit Nietzsche zu sprechen, deren Ziel, ein Leitbild für die Gegenwart zu entwerfen, allerdings verfehlt wird.

Widerstand durch Mitarbeit – diese paradoxe Formel faßt v. Aretins Argumentation zusammen; Mitarbeit dabei keineswegs in subalternen Funktion, ganz im Gegenteil: in exponierter Position, wie etwa Tresckows Beteiligung an der militärisch genialen Konzeption des Krieges gegen Frankreich („Sichelschnitt-Plan“). Das, was sich als Resultat dieser Dialektik eines ›kooperativen Widerstands‹ herausstellt, besteht dann darin, den subjektiv intendierten Übergang zum „offenen“ Widerstand immer weiter zu verzögern, denn angesichts der Kriegserfolge, an denen die adligen Widerständler

2 Als Hinweis auf die vorhandenen Differenzen der Haltungen: Hans Scholls letzte Worte lauteten: „Es lebe die Freiheit!“ Vgl. dazu den Beitrag von Dorit Bückmann zur ›Weißen Rose‹ in diesem Band.

3 Arnold Vieth von Golzenau veröffentlichte diesen Roman 1944.

im Wartestand nicht unmaßgeblich beteiligt sind, wird ein Coup gegen Hitler immer unmöglicher.

Eine der zentralen Behauptungen v. Aretins, der Antisemitismus des NS-Regimes sei für die adligen Offiziere durchaus unerträglich gewesen und ein wesentlicher Grund für ihren Wechsel zum *aktiven* Widerstand wird von der Forschung keineswegs geteilt. So urteilt etwa Johannes Hürter bezogen auf v. Arentins These: „Diese Darstellung verkennt, daß der Feldzug gegen die Sowjetunion – anders als der im Westen ein Jahr zuvor – völlig einseitig als ›Blitzkrieg‹ angelegt war. Die entsprechenden Planungen, an denen Tresckow als Ia der zentralen Heeresgruppe maßgeblich beteiligt war, mußten im September 1941 als endgültig gescheitert angesehen werden. In der Operation ›Taifun‹ ging es vor allem darum, vor Wintereinbruch noch eine günstige Ausgangsbasis für das Frühjahr 1942 zu erreichen. Tresckow konnte die begrenzten Mittel der deutschen Kriegsführung genauso gut wie den bereits überstrapazierten Zustand des Ostheeres. Nachdem die ›Blitzkrieg‹-Illusionen zerstoßen waren, wurde der Ostkrieg von vielen Offizieren als langwieriges Vabanquespiel erkannt, das die Existenz des Deutschen Reiches bedrohte – erst recht, wenn es nicht gelang, durch einen Friedensschluß mit England wenigstens den Zweifrontenkrieg zu beenden, um sich ganz auf den ›Existenzkampf‹ gegen den sowjetischen Erzfeind konzentrieren zu können. Dies war der Hintergrund der Schlabrendorff-Mission.“⁴ Das seit vielen Jahren von der militärischen Elite der Reichswehr gezeichnete Selbstbild „läßt sich verkürzt auf die Formel bringen: Sie hat einen sauberen Krieg geführt, hatte von Kriegsverbrechen größeren Ausmaßes keine oder kaum Kenntnis, und die militärische Niederlage war zu einem Gutteil den dilettantischen Eingriffen Hitlers als Obersten Befehlshabers in die Kriegsführung zuzuschreiben. Es erübrigt sich näher darauf einzugehen, daß dieses Bild von der Geschichtswissenschaft längst gründlich widerlegt worden ist.“⁵

Der Beitrag von K. O. v. Aretin versucht sich in der Fortschreibung dieses positiven Selbstbildes. Sein Exkurs zu der eindrucksvollen und in der aktuel-

4 Hürter, Johannes, Auf dem Weg zur Militäropposition. Tresckow, Gersdorff, der Vernichtungskrieg und der Judenmord. Neue Dokumente über das Verhältnis der Heeresgruppe Mitte zur Einsatzgruppe B im Jahr 1941, in: VfZ 3/2004, S. 527-562., hier S. 545 Fn 68.

5 Neitzel, Sönke, Deutsche Generäle in britischer Gefangenschaft 1942-1945. Eine Auswahl-edition der Abhörprotokolle des Combined Services Detailed Interrogation Centre UK, VfZ 2/2004, S. 289-348, hier: S. 289.

len Forschung stark beachteten, 1200 seitigen Studie von Christian Gerlach⁶ macht dies besonders deutlich. In Gerlachs Studie werden die Verstrickungen der Gruppe um H. v. Tresckow in die Verbrechen von Teilen der Wehrmacht in der Sowjetunion und die Motive des militärischen Widerstands *anders* dargestellt und gedeutet als dies bei v. Aretin geschieht. Seine eigene Darstellung schließt v. Aretin mit dem Satz ab: „Das sind die feststehenden Tatsachen“.

Eine kühne Behauptung. Die Darstellung von Gerlach qualifiziert v. Aretin hingegen als „unhistorisch und unredlich“; Gerlachs Methode sei als „Manipulation der Tatsachen“ zu bezeichnen! In der Hitze des Gefechts blendet v. Aretin bedauerlicherweise das Entstehen und die wissenschaftliche Relevanz von neuen Ansätzen in der zeitgeschichtlichen Forschung aus. Er meint offenbar, sich „auf die Tatsachen selbst“ nicht nur verlässlich berufen zu können, sondern zu ihnen sogar einen *privilegierten* Zugang zu haben. Seit Leibniz (Monadologie § 33) ist die Unterscheidung von „Tatsachenwahrheiten“ und „Vernunftwahrheiten“ für die wissenschaftliche Diskussion wesentlich. Daß aber den vermeintlich „feststehenden Tatsachen“ nur aus der Perspektive der erkenntnisleitenden Präsumptionen dessen, der „feststellt“, diese Festigkeit zugeschrieben werden kann, d. h. daß der wissenschaftliche Streit gerade auch um das geht, was „festgestellt“ werden kann, ist jene erkenntnistheoretische Einsicht, der sich, seit Kant, niemand entheben kann.

Der Grundzug in v. Aretins Beitrag besteht in einer Bezugnahme auf „die Tatsachen“, in der redundanten Wiedergabe von eigenen Behauptungen, die mit „den Ergebnissen der Forschung“ identisch sein sollen, und in der verzerrenden Wiedergabe der kritisierten Positionen, die abwechselnd als „absurd“ oder die „Wahrheit auf den Kopf stellend“ bezeichnet werden. Mit einer sachlichen Diskussion hat diese furibunde Attacke wenig gemein; als Frage bleibt, woraus sich dieser Furor speist.

Indem v. Aretin einige Vorstufen Gerlachs Arbeit – einen Artikel in der Wochenzeitung „Freitag“ und einen Beitrag im Katalog der „Wehrmachtausstellung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung – nennt, Publikationsforen, die aus seiner Sicht mit epitheta wie „links“, „kritisch“, „unseriös“ konnotiert sein sollen, versucht er, Gerlachs Studie bei einem nicht-

6 Gerlach, Christian, Kalkulierte Morde. Die deutsche Wirtschafts- und Vernichtungspolitik in Weißrußland 1941 bis 1944, Hamburg 1999.

wissenschaftlichen Publikum zu diskreditieren. Zu diesem ersten Schritt einer genealogischen Denunzierung des Werks von Gerlach tritt ein zweiter: der Versuch, seine Ausführungen zum „Partisanenkrieg“ als eine marginale Meinung erscheinen zu lassen.

Zutreffend ist aber das Gegenteil. Gerlachs Werk, in dem dieser Punkt im übrigen nur einen Teilaspekt eines übergreifenden Erkenntnisinteresses darstellt, ist Teil einer breiten und intensiven, seit vielen Jahren betriebenen Forschung über die ›Rationalität‹ der nationalsozialistischen Kriegs- und Vernichtungspolitik. Es liegt nicht nur bereits eine große Zahl von Arbeiten vor, die Forschungslandschaft weitet sich vielmehr noch stark aus. Ein Blick etwa in die aktuellen Forschungsprojekte des Münchener Instituts für Zeitgeschichte zeigt dies jedem Interessierten ganz deutlich.

In seinem Aufsatz „Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht?“ resümiert Christian Hartmann: „Neben dem grausamen Sterben der sowjetischen Kriegsgefangenen gehört das, was gewöhnlich unter den Begriff Partisanenkrieg fällt, zu den größten Verbrechen ›der‹ Wehrmacht.“⁷

7 Hartmann, Christian, *Verbrecherischer Krieg – verbrecherische Wehrmacht? Überlegungen zur Struktur des deutschen Ostheeres 1941-1944*, VfZ 1/2004, S. 1-75, hier: S. 24. Hartmann verweist in einer Fußnote zu dieser Aussage auf folgende, natürlich auch nur ausgewählte, Forschungsliteratur, die hier, um v. Aretins Insinuation zu entkräften, wiedergegeben sei:
 „Edgar M. Howell, *The Soviet Partisan Movement 1941-1944*, Washington 1956; J. A. Armstrong (Hrsg.), *Soviet Partisans in World War II*, Madison/Wisc. 1964; Erich Hesse, *Der sowjetrussische Partisanenkrieg 1941 bis 1944 im Spiegel deutscher Kampfanweisungen und Befehle*, Göttingen 1969/ 2 1993; Matthew Cooper, *The Phantom War. The German Struggle against Soviet Partisans 1941-1944*, London 1979; Witalij Wilenchik, *Die Partisanenbewegung in Weißrußland 1941-1944*, in: *Forschungen zur Osteuropäischen Geschichte* 34 (1984), S. 129-297; Bernd Bonwetsch, *Sowjetische Partisanen 1941-1944. Legende und Wirklichkeit des „allgemeinen Volkskrieges“*, in: Gerhard Schulz (Hrsg.), *Partisanen und Volkskrieg. Zur Revolutionierung des Krieges im 20. Jahrhundert*, Göttingen 1985, S. 92-124; Bernd Wegner, *Der Krieg gegen die Sowjetunion 1942/43*, in: DRZW, Bd. 6: *Der globale Krieg. Die Ausweitung zum Weltkrieg und der Wechsel der Initiative 1941-1943*, Stuttgart 1990, S. 761-1102, hier: S. 91 ff.; Ruth Bettina Birn, *Zweierlei Wirklichkeit? Fallbeispiel zur Partisanenbekämpfung im Osten*, in: Wegner (Hrsg.), *Zwei Wege nach Moskau* (1991), S. 275-290; Kenneth D. Slepyan, „The peoples’ avengers“: *Soviet partisans, Stalinist society and the politics of resistance, 1941-1944*, Univ. of Michigan, 1994; Umbreit, *Das unbewältigte Problem*, in: Förster (Hrsg.), *Stalingrad*; Arno Lustiger, *Zum Kampf auf Leben und Tod. Vom Widerstand der Juden 1933-1945*, Köln 1994, S. 259 ff.; Timm C. Richter, „Herrenmensch“ und „Bandit“: *Deutsche Kriegsführung und Besatzungspolitik als Kontext des Partisanenkrieges (1941-1944)*, Münster 1998; Leonid Grenkewich, *The Soviet Partisan Movement 1941-1944. A Critical Historiographical Analysis*, London 1999; Gerlach, *Morde*, S. 859 ff.; Philip W. Blood, *Bandenbekämpfung: Nazi occupation security in Eastern Europe and Soviet Russia 1942-45*, Diss. Kren-

Dem von v. Aretin evozierten Bild, bei der wissenschaftlich fundierten und imponierenden Studie von Christian Gerlach handele es sich um eine „unwissenschaftliche“ Arbeit muß daher nachdrücklich widersprochen werden. Die – kritische und kontroverse – Auseinandersetzung mit dem von Christian Gerlach repräsentierten Forschungsansatz befruchtet die wissenschaftliche Diskussion nachhaltig. Einen instruktiven Bericht über den aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand gibt Johannes Hürter.⁸

Nach diesem Blick auf die bemerkenswerten Selbstrestriktionen zeitgeschichtlicher Darstellungen erfolgt nun eine Erörterung der möglichen Bedeutung und Stellung des militärischen Widerstands in einer demokratischen Erinnerungskultur.

Der ›20. Juli‹ hat in der Bundesrepublik eine durchaus zwiespältige Rezeptionsgeschichte erlebt; seit einigen Jahren ist er aber ein herausragender „deutscher Erinnerungsort“⁹ Die Integration des ›Aufstands der Offiziere‹, einer Widerstandshaltung, deren Ambivalenzen nicht zu übersehen sind, in die Vorgeschichte einer demokratischen Erinnerungskultur ist geschichtspolitisch nicht unproblematisch. Das „andere Deutschland“, das der Widerstand als Ensemble seiner heterogenen Teile insgesamt repräsentierte, stellt in der Version des militärischen Widerstands in der Tat in seinen politischen Leitvorstellungen ein „anderes“ Deutschland dar als jenes in der rechtsstaatlich-parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik realisierte. Es führt keine gerade Linie vom militärischen Widerstand gegen Hitler zur freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik.

Dies schmälert aber die ethisch-politische Bedeutung der Verschwörung der Offiziere im Kontext ihrer Zeit keineswegs. Die hier aufgeworfene Problematik hat Peter Steinbach bereits vor einigen Jahren an einem Beispiel vom anderen Ende der breiten Skala des deutschen Widerstands, am Fall der „Roten Kapelle“, erörtert.

Der in der Nachkriegszeit gängige Vorwurf gegen diese Widerstandsgruppe lautete, bei ihr handele es sich um „Verräter“, die im Interesse einer „auswärtigen Macht“ Landesverrat begangen hätten, einen Tatbestand, den sie

field 2001; Ben Shepherd, Hawks, Doves and Tote Zonen: A Wehrmacht Security Division in Central Russia, 1943, in: *Journal of Contemporary History* 37 (2002), S. 349-369.

8 vgl. Hürter, J., *Auf dem Weg zur Militäropposition ...*, a. a. O., S. 527-562.

9 vgl. Jürgen Danyel, *der 20. Juli*, in: *Deutsche Erinnerungsorte*, hrsg. v. Etienne Francois u. Hagen Schulze, Bd. 2, München 2001, S. 220-237.

mit der Weitergabe von militärisch relevanten Informationen an das „feindliche Ausland“, hier sogar auch noch an die Sowjetunion, erfüllt haben sollten. Daraus wurde der Schluß abgeleitet, diese Widerstandsgruppe sei „negativ von den ethischen Rechtfertigungsgründen des deutschen Widerstands“¹⁰ zu unterscheiden.

Diese Ansicht ist vornehmlich von Fabian von Schlabrendorff in seinem Buch „Offiziere gegen Hitler“ vorgetragen worden. Dieses Urteil hat dann wenig später Gerhard Ritter in seiner Goerdeler-Biographie noch verschärft, indem er die Organisation um Harnack und Schulze-Boysen als „Kreis von ›Edelkommunisten, die nicht nur der Haß gegen Hitler‹, sondern auch ›der Reiz des geistigen Abenteueriums‹, ›unklarer sozialer Enthusiasmus‹, schließlich die ›Bewunderung der technisch-ökonomischen Leistung des bolschewistischen Systems‹ dazu geführt habe, ›sich bedingungslos dem Landesfeind als höchst gefährliches Werkzeug zur Verfügung zu stellen.“¹¹

Diesem Verdikt ist bereits „in ganz klarer Weise von Hans Rothfels und Egmont Zechlin widersprochen“¹² worden. Der Vorwurf des „Landesverrats“ impliziert den Vorsatz, dem eigenen Land schaden zu wollen: „Dieser Vorwurf trifft die Mitglieder dieser Gruppe jedoch kaum, denn niemals erwägten sie den Gedanken, ihr Land fremden Herrscherwillen preiszugeben.“¹³ Ziel dieser Widerständler war nicht der „Verrat“ und der „Schaden“ Deutschlands, sondern seine Rettung. Steinbach kritisiert „das Urteil der frühen Nachkriegszeit“ mit Hinweis auf die „Lebensgeschichtliche Entwicklung vieler Mitglieder“, die „Dynamik ihrer Auseinandersetzung mit dem Regime“ und die „Radikalisierung ihrer Gegnerschaft“; dies zusammengekommen erweist den Vorwurf, es handele sich bei der ›Roten Kapelle‹, um Landesverräter mit der Neigung, die Herrschaft einer Diktatur lediglich durch eine andere zu ersetzen, als unangemessen und böswillig.“¹⁴

Wegen ihrer Einsicht in den verbrecherischen Charakter des NS-Systems „verweigern die führenden Gruppenmitglieder, die in institutionalisierten

10 Steinbach, Peter, Widerstandsorganisation Harnack/Schulze-Boysen. Die ›Rote Kapelle‹ – ein Vergleichsfall für die Widerstandsgeschichte, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht, 42. Jg. 1991, H. 3, S. 133-152, hier: S. 133.

11 Ritter, Gerhard, Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung, Stuttgart 1956, S. 107, zit. nach Steinbach, a. a. O., S. 133.

12 ebd.

13 Steinbach, a. a. O., S. 146.

14 Steinbach, a. a. O., S. 149.

herrschaftsnahen Positionen sitzen, sehr früh jede Kooperationsmöglichkeit mit dem Regime. Dies unterscheidet sie von den Widerstandskämpfern in der Abwehr, in der Wehrmacht und im Auswärtigen Amt, die hofften, den schmalen Grad zwischen Kooperation und Konfrontation ...bis zum Gelingen eines Umsturzes oder auch nur bis zum Zusammenbruch des Systems gehen zu können.“¹⁵

Steinbach gelingt es mit seinem Ansatz, „in der Widerstandsorganisation Harnack/Schulze-Boysen einen ›Vergleichsfall‹ zu sehen und Urteile zum Widerstand, der Produkt und Gegensatz seiner Zeit ist, in eine komparatistische historische, aber auch vergleichend moralische, ethische und soziokulturelle Perspektive zu rücken, die schließlich in den verhaltensgeschichtlichen Vergleich mündet.“¹⁶ Steinbach verweist auf die strukturelle Analogie zu den anderen Widerstandsorganisationen: soziale und ideologische Heterogenität, frühe und unbedingte Gegnerschaft gegen das Regime, Mut der Mitglieder und Bereitschaft zur Opferung des eigenen Lebens; gleiches gelte für die Ziele, den Sturz des Regimes durch innere und äußere Schwächung zu beschleunigen und Deutschland vom Nationalsozialismus zu befreien. Die ›Rote Kapelle‹ weise somit „bemerkenswerte Vergleichsmöglichkeiten mit Gruppen und ihrer jeweiligen Geschichte auf, die in ein positives Geschichtsbild vom Widerstand integriert worden sind.“¹⁷ Die „List der Geschichte“ hat übrigens zur analogen Wiederholung der Vorwürfe der Nachkriegszeit gegen die Widerständler der ›Roten Kapelle‹ in den 1960er Jahren geführt – diesmal allerdings gewendet gegen die Widerstandskämpfer im Umfeld des 20. Juli.

Die „moderne Widerstandsforschung“ steht daher vor der Aufgabe, die „Geschichte der Resistenz und der moralischen Radikalisierung, die schließlich auf das Handeln drängt, genau und in ihrer spezifischen Dynamik nachzuzeichnen“¹⁸ und sich politischer Instrumentalisierung zu entziehen. Mit diesem Ansatz kann auch eine den normativen Ansprüchen einer demokratischen Erinnerungskultur entsprechende Würdigung des militärischen Widerstands vorgenommen werden. Dass sie überhaupt Widerstand gegen das mörderische Regime artikulierten und praktizierten, das ist Ertrag und blei-

15 ebd.

16 ebd.

17 ebd.

18 Steinbach, a. a. O., S. 150.

bendes Verdienst all der verschiedenen Widerstandsformen gegen das NS-Regime, dies bleibt auch das Verdienst des militärischen Widerstands, dies weist den Weg in die gegenwärtige Erinnerungskultur. Vor Überzeichnungen, die die Ambivalenzen ausblenden, ist allerdings Vorsicht angebracht. Es war kein geringerer als Hans Mommsen, der bereits früh auf die Problematik hingewiesen hat, aus den politischen Vorstellungen der militärischen Opposition gegen Hitler Leitbilder für eine an den Normen der parlamentarischen Demokratie orientierte Erinnerungskultur ableiten zu wollen.¹⁹

Die *differentia specifica* der Widerstandsbewegungen in beiden deutschen Diktaturen wird deutlich beim Blick auf das Phänomen einer breiten, während der gesamten Dauer der SED-Diktatur vorhandenen, facettenreichen und für jedermann ohne heroische Eigenschaften praktizierbaren und praktizierten Widerständigkeit, die gelegentlich, wie etwa am 17. Juni 1953, sogar den Charakter eines Volksaufstandes annehmen konnte. Auf der einen Seite – am Exempel des militärischen Widerstands dargestellt – steht eine innenpolitisch isolierte Verschwörergruppe, deren Pläne die Öffentlichkeit nicht nur wegen der totalitären Kontrolle nicht erreichen konnten, sondern sie sogar wegen mangelnder Zustimmung hätten meiden müssen. Auf der anderen Seite – am Exempel des Widerstands gegen die SED-Diktatur – steht eine von vornherein massive und massenhaft sich artikulierende widerständige Haltung, die immer wieder, gegen die totalitäre Abschirmung der öffentliche Sphäre, eben diese Öffentlichkeit sucht und erreicht.

Am Ende der SED-Diktatur stand daher nicht ein ethisch ehrenvoller Verzweiflungsakt einer konspirierenden Kleingruppe, sondern als Resultat eines langjährigen Prozesses der (semi-) öffentlichen Delegitimierung des Regimes sein von den ›Massen‹ selbst besorgter Sturz: Das sich öffentlich neu konstituierende ›Volk‹ entfernt den Usurpator der Macht von diesem Platz und nimmt ihn selbst ein.

Zu den vordringlichen Aufgaben der Politischen Bildung wird daher die intensive Aufarbeitung und Vermittlung auch der Widerstandsgeschichte in der DDR gehören; sie bietet der Erinnerungskultur einer demokratischen Gesellschaft jene ihre politisch-historische Identität fundierenden Anknüpfungspunkte. Der Gesamtkomplex des Widerstands gegen das NS-Regime

19 Mommsen, Hans, Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands, in: Walter Schmidthener/ Hans Buchheim (Hrsg.), Die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler, Köln/Berlin 1966, S. 73-167.

wird auch zukünftig eines der wichtigsten Themen der Politischen Bildung sein. Eine wissenschaftlich aufgeklärte und den Normen einer demokratischen Gesellschaft verpflichtete Erinnerungskultur wird in Hinblick auf den Widerstand in beiden deutschen Diktaturen stets eine kritisch-differenzierende Haltung einnehmen und sich geschichtspolitischen Instrumentalisierungsversuchen widersetzen.

Eine selbstreflexive Erinnerungskultur wird aber auch immer die Positionen und Praktiken des gegenwärtigen Erinnerns und Gedenkens kritisch in den Blick nehmen, so wie dies Jan Philipp Reemtsma kürzlich demonstriert hat.²⁰ Gegen einen unkritischen Imperativ der Erinnerung und den naiven Appell gegen das Vergessen unterstreicht er im Anschluß an Nietzsche die Komplementarität von Erinnern und Vergessen. Seine rhetorische Frage: „Was soll am Erinnern Positives sein?“²¹, denn es handele sich dabei „um menschliche Eigenschaften, die weder gut noch schlecht sind, sondern beide dazu gehören, das Leben zu bewältigen“²², gipfelt in der Feststellung: „Erinnern per se für etwas Gutes zu halten ist Unsinn.“²³ Gegen die herrschende Form des Erinnerungsdiskurses, der jedes konkrete Gedenken an konkreten Orten mit dem Glauben an die Sinnhaftigkeit eines allgemeinen Gedenkens auflädt, nimmt Reemtsma Stellung mit dem Hinweis: „Ein Gedenken schlechthin ist schwer vorstellbar.“²⁴

Zentraler Topos der gängigen Gedenk- und Erinnerungskultur ist der Satz: ›Diejenigen, die sich nicht an die Vergangenheit erinnern, sind dazu verurteilt, sie zu wiederholen‹. Dieser Satz, darauf weist Hennig Ritter²⁵ in einer Besprechung des Vortrags von Reemtsma hin, entstammt der Feder des hierzulande nahezu unbekannteren amerikanischen Philosophen George Santayana. Der Philosoph hat ihn 1905 formuliert: “Those who cannot remember the past are condemned to repeat it“; der Satz steht allerdings im Zusammenhang von anthropologischen Reflexionen über Fortschritt und Geschichte nach dem Modell der Lebensalter. Die Berufung auf diesen Satz und sein heutiger Gebrauch stelle aber, so Ritter, eine Verkehrung seiner Maxime dar, die nämlich eine kategoriale Differenz zwischen Geschichte und Erinnerung

20 Reemtsma, Jan Philipp, Wozu Gedenkstätten?, in: Mittelweg 36, 2/2004, S. 49-63.

21 Reemtsama, a. a. O., S. 49.

22 ebd.

23 Reemtsama, a. a. O., S. 50.

24 Reemtsama, a. a. O., S. 53.

25 Hennig Ritter, Altern des Gedenkens. Ohne Tränen, in: FAZ Nr. 99 v. 28. 04. 2004, S. N3.

annahme und daher auch den Versuch, Erinnerung zum verbindlichen Imperativ zu machen, als Unsinn erscheinen lasse.

Im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Gedenken richtet Reemtsma einen instruktiven komparativen Blick auf die „Krise des Welt- und Menschenbildes in der Folge des Dreißigjährigen Krieges in der Literatur“ – sie wurde dort repräsentiert „im Immer – wieder – neu – Besingen der Unbeständigkeit des menschlichen Lebens, von den Metaphern von verwehendem Rauch und die gelöschten Kerzen in der Lyrik über die Todesallegorien im Schauspiel bis zum großen Auswandererroman ›Insel Felsenburg‹. (...) Die Lyrik des Barock (ist) der Ort gewesen, an dem sich die Erschütterungen ablesen lassen, die Krieg und Krankheit und Massentod bewirkt haben.“²⁶ Als Beleg dient ihm Andreas Gryphius' Gedicht ›Tränen des Vaterlands‹.

Die Frage nach heutigen „äquivalenten Repräsentationen“ dieses Zentralthemas ergibt folgende Antwort: „Wir finden weder in der Literatur noch in der Malerei oder in anderen Kunstformen ein ähnlich insistentes Sichdrehen um ein Thema wie im Barock.“²⁷ Dieser Vergleich nicht des Schreckens, sondern der Erschütterung, evoziert beunruhigende Fragen über die eingespielten Formen des gegenwärtigen Gedenkens. Die öffentliche Debatte und die wissenschaftliche Arbeit an der Erinnerungskultur wird auch die kritische Frage, worauf der „handlungsleitende Konsens eigentlich ruht“²⁸ nicht unbeachtet lassen können.

26 Reemtsma, a. a. O., S. 57.

27 ebd.

28 Reemtsma, a. a. O., S. 49.

Dirk Lange

**„Widerstand und politische Bildung“.
Interview zur Tagung (gesendet am 9.7. 04 um 16:05 Uhr
auf oeins)**

Frage: Zum 60. Jahrestag des versuchten Staatsstreichs gegen die NS-Diktatur am 20. Juli 1944 haben Sie heute, am 09. Juli (2004) an der Uni Oldenburg eine Tagung durchgeführt. Was genau war der Gegenstand dieser Tagung?

Antwort: Am 20. Juli diesen Jahres, also in 11 Tagen, wird sich das Attentat auf Hitler zum 60. Mal jähren. Wir wollen dieses Erinnerungsdatum nutzen, um uns hier an der Universität, aber auch gemeinsam mit einer breiteren Öffentlichkeit, mit dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus auseinander zu setzen. Wir interessieren uns für die Träger, für die Ziele und auch für die Formen des Widerstandes im NS-Staat und konnten für unsere heutige Veranstaltung renommierte Wissenschaftler aus Deutschland und den USA gewinnen: Freiherr von Aretin, Karl-Wilhelm Fricke, Armin Mruck und Werner Boldt konnten uns einen Einblick in die aktuellen Forschungen zum Themengebiet geben. Wir interessieren uns nicht nur für die Geschichte des Widerstandes, also für die vergangenen Ereignisse, Prozesse und Vorkommnisse, sondern wir interessieren uns auch dafür, wie diese Geschichte des Widerstandes in Deutschland nach 1945 rezipiert worden ist; also die Geschichte des Erinnerns an den Widerstand im Nationalsozialismus ist auch Gegenstand unserer Tagung. Und dabei stellt sich für uns die Frage, welche Bedeutung das Erinnern an den Widerstand für unsere heutige Gegenwarts-kultur noch hat.

Frage: Die Tagung dreht sich also nicht nur um den Widerstand in der NS-Diktatur?

Antwort: Blickt man in die Geschichte, in die Rezeptionsgeschichte des Erinnerns an den Widerstand, fällt auf, dass in den 50-er Jahren und auch 60-er Jahren das Erinnern noch sehr stark auf die Attentäter des 20. Julis

konzentriert war und diese entweder noch gegenüber dem Verdacht des Verätertums in Schutz genommen werden mussten oder aber als Helden geradezu verklärt wurden. Wir haben dies auf der Tagung am Beispiel der Schulbuchdarstellungen aus den 1950er und 1960er Jahren kennen gelernt. Erst in den 70-er Jahren hat es eine Erweiterung des Widerstandsbegriffs gegeben und damit auch der Widerstandsforschung. Unter dem Einfluss der Sozialgeschichte wurde zur Kenntnis genommen, dass der Widerstand nicht nur aus dem Militär und von wenigen bürgerlichen Eliten getragen worden ist, sondern von der gesamten Gesellschaft. Er ist aus allen sozialen Schichten der deutschen Gesellschaft hervorgegangen. Im Durchgang durch diese Rezeptionsgeschichte haben wir auf der Tagung gelernt, dass die neuere Forschung davon weggekommen ist, den Widerstand sehr eindeutig in einem Gegenüber von Widerstehen und Mitmachen zu sehen. Immer stärker kommt es darauf an, die Widerstandsleistenden auch in ihrer Zeit wahrzunehmen. Und da fällt auf, dass es sich oftmals – eigentlich in allen Formen des Widerstandes – um ein Zusammenspiel von Mitmachen und Widerstehen, von Dissensmomenten gegenüber der NS-Gesellschaft, aber auch von Konsensmomenten mit Teilen der NS-Ideologie handelte.

Frage: *Die NS-Diktatur ist ja mit der SED-Diktatur nicht vergleichbar. Kann man denn die entsprechenden Widerstandsbewegungen nebeneinander stellen?*

Antwort: Im letzten Jahr jährte sich ja der 17. Juni 1953, der Aufstand in der DDR, und hier am Institut für Politikwissenschaft hat damals die Arbeitsstelle DEFA-Film eine Veranstaltung durchgeführt, ein Seminar mit Studierenden und auch eine öffentliche Tagung zum Thema „Widerstand in der DDR“. Wir knüpfen an diese Vorarbeiten an wollen durch die heutige Veranstaltung eine vergleichende Perspektive zum Widerstand in Diktaturen gewinnen – nicht im Hinblick darauf, irgendetwas gleichsetzen zu wollen, sondern im Sinne eines analytischen Vergleichs unter der Frage, wie Herrschaft funktioniert. Der Fokus liegt nicht auf einer Gleichsetzung des Widerstandes in Diktaturen. Unter normativen Gesichtspunkten ist die DDR nicht mit dem NS-Staat gleichzusetzen, auch nicht als System. Vielmehr geht es darum, das für den Widerstand im Nationalsozialismus sehr gut entwickelte und ausdifferenzierte Forschungsinstrumentarium zu nutzen, um auch die Erkenntnisse bezüglich des Herrschaftssystems und der Opposition in der DDR zu verfeinern. Insofern interessiert nicht die chronologische Geschichte des Widerstandes, sondern es geht um eine Anregung, in der deutschen Ge-

schichte, die ja in erster Linie eine Geschichte des Obrigkeitsstaates ist, Elemente einer Demokratiegeschichte zu entdecken. Diese sind leider nur spärlich gesät. In jedem Fall gehören der 17. Juni 1953 und der 20. Juli 1944 dazu. Wir nutzen die Erinnerung an die Geschehnisse, um für die demokratische Selbstvergewisserung der Gegenwart historische Bezüge zu eröffnen.

Frage: *Welche Bedeutung hat der 20. Juli 1944 und der Widerstand im Nationalsozialismus für die politische Bildung heute?*

Antwort: Das ist einmal, wie ich gesagt habe, dieses Aufmachen einer Demokratiegeschichte, das Aufzeigen von demokratischen Wurzeln in einer oft diktatorischen und obrigkeitsstaatlichen deutschen Geschichte. Und es ist zum anderen das Bemühen, demokratische Prinzipien und Werthaltungen an historischen Beispielen zu entwickeln, also am Widerstand gegen den Nationalsozialismus, an so kleinen Formen des Widerstandes, wie Menschen in Not zu helfen, vor Verfolgung zu schützen, oder sich auch nur gegen bestimmte Anforderungen des Regimes zu verweigern und sich zurückzuziehen. Das Erinnern an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus kann heute aufzeigen, wie wichtig es ist, und dass es möglich ist, sich totalitären Ansprüchen zu verweigern und Prinzipien von Menschenwürde, von Menschlichkeit auch unter schlechtesten Bedingungen weiterleben zu lassen.

Autoren

Karl Otmar Freiherr von Aretin, Dr., Prof., Historiker, München

Dorit Bückmann, Studentin der Politikwissenschaft, Germanistik, Geschichte an der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg

Werner Boldt, Dr., Professor em. am Institut für Politikwissenschaft der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg

Klaus Finke, M.A., Politikwissenschaftler, Arbeitsstelle ›DEFA-Filme als Quellen zur Politik und Kultur der DDR‹ am Institut für Politikwissenschaft der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg

Helmut Freiwald, Dr., Prof. em. am Institut für Politikwissenschaft der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg

Karl Wilhelm Fricke, Dr., Historiker, Publizist, Köln

Dirk Lange, Dr., Juniorprofessor am Institut für Politikwissenschaft der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg

Armin E. Mruck, Dr., Professor of History, Emeritus, Towson University, Towson, Maryland / USA

Wolf-Dieter Scholz, Dr., Prof., Vizepräsident der Carl-von-Ossietzky Universität Oldenburg

Bisher sind in der Reihe

**Oldenburger Beiträge zur
DDR- und DEFA-Forschung**

folgende Bände erschienen:

Band 1 – Gebhard Moldenhauer / Volker Steinkopff (Hrsg.)

Einblicke in die Lebenswirklichkeit der DDR durch dokumentare Filme der DEFA. – 2001. – 160 S. – ISBN 3-8142-0784-X. – € 12,80

Band 2 – Klaus Finke (Hrsg.)

Politik und Mythos. Partei und Kader, Arbeit und Aktivisten im DEFA-Film. – 2002. – 337 S. – ISBN 3-8142-0821-8. – € 15,50

Band 3 – Klaus Finke (Hrsg.)

Erinnerung an einen Aufstand. Der 17. Juni 1953 in der DDR. – 2003. – 211 S. – ISBN 3-8142-0882-X. – € 8,00